

UniPress

AUGSBURGER MODELL

ABSCHIED MIT ANSTAND

Die Wirtschaft gibt Schnellstudenten mit Baccalaureat keine Chance



Bayerische Reform-Universität Augsburg: Zwei Jahre studieren und fertig

Geht es um Studienzeitverkürzung, entwickelt Reinhard Blum missionarischen Eifer. Mit ausladenden Handbewegungen preist der Rektor der Augsburger Universität den „einzig sinnvollen Reformansatz“. Beschwörend wirbt er für das „Augsburger Modell“. Seine bei jeder Gelegenheit wiederholte Lösungsformel lautet: „Bac.“

Für den bayerischen Uni-Boss sind die langen Studienzeiten das Grundübel an den deutschen Hochschulen. Sie sind schuld an der Überlastung, der Raumnot und den Finanzlücken. Das Wundermittel dagegen soll der akademische Grad des Baccalaureus sein, kurz Bac genannt: Zwei Jahre studieren und fertig.

Das Baccalaureat ist in der aktuellen Diskussion um die Reform des deutschen Hochschulsystems der radikal-

ste Vorschlag und heftig umstritten. Ein offizieller Studienabschluß, dem die Studenten bereits nach zwei oder drei Jahren die Hochschule verlassen, würde die überlangen Studienzeiten in der Bundesrepublik entscheidend verkürzen, so der Radikalreformer. Der Augsburger Rektor Blum hält in Köln dagegen die Abschaffung des Baccalaureats für „unreal“. „Der Ausschuss für die Hochschulreform des Wissenschaftsrates und der Bundesregierung hat sich für eine lockere Variante seiner Bac-Variante fest. Von umfassender wissenschaftlicher Bildung keines jeden Studenten hält Blum ohnehin nicht viel. „Meine Kollegen haben noch nicht kapiert, daß Humboldt tot ist“, kritisiert er. Das Ideal des Voll-Akademikers taugt für die heutige Zeit nicht mehr.

Blum glaubt an seinen Baccalaureus: „Von den Thesen des Wissenschaftsrates halte ich nichts. Statt 1,8 Millionen haben wir bei einem vierjährigen Stu-

Aufruhr in Augsburg?

Habil.-Verfahren in der Kritik

Aktionsprogramm: Pflicht erfüllt

Baccalaureus im Kontext der Hochschulreform

den noch 1,5 Millionen Studenten viel zu viele seiner Meinung nach. Nur ein Bac reduziere die Zahl der Studierenden im nötigen Umfang. Blum will seinen Studenten in möglichst kurzer Zeit ein gutes Grundwissen vermitteln, die berufsspezifische Qualifikation soll die Wirtschaft in eigenen Traineeprogrammen leisten. „Den Praxisteil der Ausbildung muß die Industrie bezahlen und nicht der Staat.“

Der Überzeugungstäter drängt die Wirtschaft, seinen Bac-Abschluß zu unterstützen, er will die Personalchefs in die Pflicht nehmen: „Ich biete denen junge Absolventen, jetzt sollen sie die auch einstellen.“

Unabhängig davon, wie sein Modellversuch angenommen wird, hat er seiner Meinung nach nichts zu verlieren. „Wenn in drei Jahren der erste Absolvent mit Baccalaureat Vorgesetzter eines Diplom-Betriebswirtes ist, dann habe ich gewonnen.“ Sollte das Baccalaureat auf dem Markt keine Chancen haben, hält Blum die Forderungen der Wirtschaft nach massiver Verkürzung der Studienzeit für erledigt: „Dann sollen die die Klappe halten.“

INHALT

Nachrichten

Aufbruch in Augsburg?	2
Kuratorium und Senat an einem Tisch	9
Senatstelegramm	9
Studienzeitverkürzung	10
Der Bac. und die Hochschulreform	13
Kooperation Augsburg - Budweis	19
Augsburger Humanismus	21
Neue Scheinhammer-Bilder	22
IKB-Grundsteinlegung	23
Ilse Lichtenstein-Rother-Schule	25
Lernwerkstatt eröffnet	26
Augsburger bei der Universiade 1993	28
Frauenforschung in Bayern	28
Förderung von VPM-Kenntnissen	29

Thema

Vom deutschen Habilitationswesen und seiner Reformbedürftigkeit	31
--	----

Berichte

Lernerwörterbuch der deutschen Sprache	42
Sozialethikertagung in Mönchengladbach	45
7. Augsburger Sportgespräch	47
10 Jahre Videolabor	49
Wien-Exkursion des Marketing-Lehrstuhls	51

Forum

Otto Scheinhammer - Leben und Werk	52
Theorie und Praxis	56
Romanisten ja, Theater nein...	59

Zur Person

Akihiko Fujii im Zentrum der Inkunabeln	60
Prof. Kotow: Gast bei den Politologen	61
Prof. Lyon: Bert-Brecht-Gastprofessor	62
Neu an der Universität	63
Rufe	63
Personalia	64

Autoren/Impressum

65	Prof. Dr. Reinhard Blum
----	-------------------------

Liebe UniPress-
Leserinnen und -Leser,

am 15. Juli 1993 konnten wir das Richtfest für den Neubau des Instituts- und Seminargebäudes der WISO-Fakultät feiern. Zweitfello ist damit, wie die beiden anwesenden Staatssekretäre Sauter und Kränzle betonten, wieder ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der Universität getan. Dies gilt zumal dann, wenn der Bau tatsächlich, wie angekündigt, Mitte 1995, in zwei Jahren also, fertiggestellt sein wird.



In absehbarer Zeit also wird zumindest für die WISO-Fakultät ein nun seit fast einem Vierteljahrhundert währendes Provisorium in der Memminger Straße zu Ende gehen. Es wird sich zeigen, ob das dann noch verbleibende halbe Jahrzehnt ausreichen wird, um alle Fakultäten und Fächer der Universität Augsburg - bis hin zu einem Zentrum für Kunst und Musik - an der Jahrtausendwende auf dem Campus vereinigt zu sehen, wie es erklärtes Ziel der Bayerischen Staatsregierung ist oder jedenfalls war.

Staatsregierung und Landtag haben die Universität Augsburg mit Baumitteln in den letzten Jahren großzügig bedacht. Die im Haushalt verfügbaren Mittel würden ausreichen, um mit den Projekten Jura und Naturwissenschaften zu beginnen, die vom Wissenschaftsrat beide zur Aufnahme in die Kategorie I des 23. Rahmenplans für den Hochschulbau empfohlen worden sind. Voraussetzung wäre allerdings, daß auch der Bund seinen Anteil zur Finanzierung leisten würde. In dieser Beziehung sind die Aussichten gegenwärtig denkbar schlecht. Mittlerweile wurde von der Seite des Bundes sogar ein Veto gegen das bislang vielfach praktizierte Verfahren erhoben, daß das Land den Bundesanteil vorfinanziert, um auf diese Weise die Bauvorhaben zu beschleunigen.

Unter diesen Vorzeichen bleibt allenfalls die Hoffnung, daß Bemühungen, die Baukonjunktur vielleicht auch in den Alten Bundesländern zu unterstützen, eventuell doch noch zur Bereitstellung von Mitteln führen.

"Aufruhr in Augsburg"?

Senat sieht Funktionsfähigkeit der Universitäten durch Mittelkürzungen und Personalabbau akut gefährdet/Weitere Verschlechterung der Studienbedingungen und Einschränkungen des Studienangebots unvermeidlich/Kultusministerium sieht unter Verweis auf Physik-Ausbau keine Gefahr für Funktionsfähigkeit

"Aufruhr in Augsburg", "Senat droht Rücktritt an", "Uni-Senat erwägt Rücktritt" - Schlagzeilen, die sich Mitte Juni 1993 über Beiträgen in der Süddeutschen Zeitung und in der Augsburger Allgemeinen fanden. Hintergrund: In seiner ersten Sitzung im Sommersemester 1993 hatte sich der Senat der Universität Augsburg mit den aktuellen Sparmaßnahmen im Öffentlichen Dienst und ihren katastrophalen Konsequenzen für die Universitäten befaßt. Aufgrund dieser Beratungen hatte er die Universitätsleitung damit beauftragt, die Öffentlichkeit über die Sparbeschlüsse des Landtags und ihre Folgen zu informieren sowie an die Verantwortlichen zu appellieren, die unüberlegte Entscheidung für Personalabbau und Arbeitsplatzvernichtung an den Universitäten zu revidieren. Denn neben zusätzlichen Sperrungen und Zwangsreserven im Haushalt 1993, der gegenüber dem Vorjahr real auf das Niveau von 1991 zurückfällt, bedeuten vor allem die anstehenden Stellenstreichungen eine zusätzliche akute Gefährdung der Funktionsfähigkeit der Universitäten, die ohnehin seit Jahren durch sprunghaft wachsende Studentenzahlen kontinuierlich beeinträchtigt wird. Ein widerspruchloses Hinnehmen der massiven zusätzlichen Belastungen, die sich aus den bildungspolitisch unverständlichen Beschlüssen einer willkürlich scheinenden Sparpolitik ergeben, glaubt der Augsburger Universitätssenat nicht mehr länger verantworten zu können. Mehrere seiner Mitglieder hatten in der genannten Sitzung deshalb sogar für einen geschlossenen Rücktritt plädiert, falls es zu keiner Korrektur dieser Sparbeschlüsse kommen sollte.

Aufgrund des Artikels 6 a des bayerischen Haushaltsgesetzes sollen in den kommenden fünf Jahren 3.000 freiwerdende Planstellen des Öffentlichen Dienstes gestrichen werden. Von diesen entfallen ca. 500 - rund 17% also - auf die Universitäten, obwohl diese am Stellenvolumen des Freistaats insgesamt mit nur 2% beteiligt sind. Diese überproportionale Belastung, die unabhängig davon ist, daß der Gesetzgeber Professorenstellen von den Streichungen ausgenommen hat, ergibt sich daraus, daß der akademische Mittelbau zum größten Teil auf Stellen beschäftigt ist, die befristet sind und somit regelmäßig nach wenigen Jahren frei werden.

Fatal für wissenschaftlichen Nachwuchs

Es scheint vom Gesetzgeber bei der Verabschiedung des Artikels 6 a schlichtweg übersehen worden zu sein, daß der akademische Mittelbau einen Großteil der Last und der Überlast in der Lehre trägt. Ebenfalls unbeachtet geblieben ist offenbar, daß es nach Ansicht des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst "wichtigstes Ziel der nächsten Jahre" sein muß, "die Förderung des wissen-

schaftlichen Nachwuchses zu vertiefen und den anstehenden Generationswechsel bei den Professoren zu vollziehen". Zwischen 1995 und 2005 werden 50% aller Professorenstellen frei. Qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs in hinreichendem Umfang auszubilden, um die entstehenden Lücken zu schließen, wird durch die Streichung befristeter Qualifikationsstellen unmöglich.

Mit dem Abbau von 6.000 Studienplätzen gegen die Überlast?

Die Streichung von 500 Stellen im Universitätsbereich bedeutet den Wegfall von ca. 6.000 Studienplätzen und kommt damit faktisch der Auflösung einer der kleineren bayerischen Universitätsneugründungen gleich. Höchst widersprüchlich ist dies auch unter dem Aspekt, daß vor kurzer Zeit in Reaktion auf das explosionsartige Anwachsen der Studentenzahlen von der Bildungspolitik noch ebenso notwendige wie hektische Anstrengungen unternommen wurden, um im Rahmen von Hochschulsonder- und Überlastprogrammen zusätzliche Stellen verfügbar zu machen und die Hochschulen auf diese Weise einigermaßen funk-

tionsfähig zu erhalten. Es kann keine Rede davon sein, daß die Überlastung der Universitäten inzwischen zurückgegangen wäre. Und auch die derzeit diskutierten Hochschulreformpläne stellen keinerlei Entlastung in Aussicht: Selbst wenn sich das gängige, auf die Durchsetzung einer vier- bis fünfjährigen Regelstudienzeit bauende Reformkonzept tatsächlich relativ rasch realisieren ließe, würde bei einem Bestand von 900.000 Studienplätzen die Zahl der derzeit 1,8 Millionen Studierenden allenfalls auf 1,5 Mio. sinken.

Politik der Widersprüche: Auf Sonderprogramme folgt Stellenabbau

Vor diesem Hintergrund erscheint der jetzt beschlossene Planstellenabbau an den bayerischen Universitäten, der mit dem Auslaufen der Hochschulsonderprogrammstellen zusammenfällt, als Ausfluß einer Sparpolitik, hinter der eine schlüssige bildungs- und hochschulpolitische Linie beim besten Willen nicht mehr erkennbar ist. Die Tatsache, daß die Kapazitäten in den NC-Fächern unter Einbeziehung der Sonderprogrammstellen berechnet wurden, die jetzt - statt etatisiert zu werden - wieder eingezogen werden sollen, ist nur einer von vielen Belegen für den konzeptionellen Mangel. Von ihm zeugt auch der Umstand, daß der Abbau von Lehrpersonal und der damit verbundene Ausfall von Lehrveranstaltungen unweigerlich eine weitere Verlängerung der Studienzeiten nach sich ziehen wird, während andererseits die Bildungspolitik gleichzeitig die Verkürzung der Studienzeiten als Ziel in den Mittelpunkt der Hochschulreformüberlegungen stellt. Eine drastische Reduzierung der Personalressourcen der Universitäten zu beschließen, ohne gleichzeitig zu sagen, welche ihrer bisherigen Leistungen die Universitäten künftig nicht mehr erbrin-

gen müssen, sollen oder dürfen, hat mit (Bildungs-) Politik nurmehr wenig zu tun. Selbst unter sparpolitischen Gesichtspunkten läßt die Vernichtung von Arbeitsplätzen an den Universitäten keinen Sinn erkennen: Qualifizierte Kräfte wechseln auf diese Weise von den Universitäten über in das Heer der Arbeitslosen, das der Staat, ohne daß er eine Gegenleistung erhält, mit jährlich 150 Mrd DM finanzieren muß.

Über den akademischen Mittelbau hinaus sind von den Streichungen auch Arbeitsplätze in dem über Jahrzehnte hinweg vernachlässigten Infrastrukturbereich der Universitäten betroffen. Durch den Wegfall von Stellen in den Verwaltungen und in den Serviceeinrichtungen der Universitäten wächst der durch chronische Stellenknappheit ohnedies seit Jahren bestehende Zwang, universitäre Aufgaben und Funktionen zu privatisieren. Um die Widersprüchlichkeiten auf die Spitze zu treiben, werden gleichzeitig mit den Stellenstreichungen zusätzliche Haushaltssperren verfügt, die nicht nur den Spielraum für die Übertragung von Aufgaben an private Dienstleister drastisch reduzieren, sondern die noch grundsätzlichere Frage aufwerfen, womit die laufenden Betriebskosten ohne gravierende Einschränkungen überhaupt noch finanziert werden sollen.

Defizite vorprogrammiert, Leistungseinschränkungen unvermeidlich

Schon im letzten Jahr hatte die Universität Augsburg trotz größter, auch vom Ministerium anerkannter Sparsamkeit in diesem Bereich ein Defizit von ca. 450.000 DM zu verkraften, da die staatlichen Zuweisungen zur Deckung der Energiekosten nicht ausreichten. Für das laufende Jahr droht nun ein weit höheres

Bürgerinformation



Stadt Augsburg

Maximilianstraße 4, 86150 Augsburg
Eingang Rathausplatz.
Montag bis Mittwoch 7.30-16.30 Uhr
Donnerstag 7.30-17.30 Uhr
Freitag 7.30-12.00 Uhr

Telefon 324 21 63 und 324 28 00
Gehörlosenanschluß unter 324 28 00
Telefonischer Kundendienst 31 11 11

Wir informieren Sie über Leistungen der Stadt Augsburg.

Wir nehmen Anregungen und Beschwerden für die Stadtverwaltung entgegen.

Wir halten für Sie Vordrucke und Informationsschriften bereit.

Wir helfen Ihnen beim Ausfüllen von behördlichen Formularen und leiten diese weiter.

Defizit. Denn die verfügbaren staatlichen Mittel sind aufgrund der Haushaltssperren faktisch auf den Stand von 1991 zurückgefallen. Gleichzeitig sind nicht nur die Preise gestiegen, sondern mit Inbetriebnahme der neuen Sportstätten werden sich auch die Energie-, Heizungs- und allgemeinen Betriebskosten erhöhen. Das bedeutet, daß gravierende Einschränkungen des Lehrbetriebs ins Auge gefaßt werden müssen. Ernsthaft zu überlegen ist, ob man das Wintersemester nicht kürzen und erst Anfang Dezember statt, wie bislang üblich, Anfang November mit dem Lehrbetrieb beginnen soll. An eine grundsätzliche Reduzierung der Öffnungszeiten - z.B. der Bibliothek oder der Mensa - muß als mögliche Maßnahme ebenfalls in Betracht gezogen werden. Die weitere gravierende Verschlechterung der Studienbedingungen, die mit dem Zwang zu solchen Maßnahmen und mit den ebenfalls gekürzten Bibliotheksmitteln vorprogrammiert ist, trägt gewiß nicht zur Studienzeitverkürzung bei.

"Gießkannenprinzip" nicht länger zu verantworten, Schließung ganzer Fächer und Studiengänge als einzige Alternative

Die Universität Augsburg, die als junge Universität noch keine "Fettpolster" anlegen konnte, also über keine personellen Reserven verfügt und innerhalb Bayerns mit 17,8 Studierenden pro Planstelle die schlechteste Betreuungsrelation aufzuweisen hat, wird - einschließlich der auslaufenden Stellen des Hochschulsonderprogramms I - in den nächsten fünf Jahren mindestens zwanzig Stellen verlieren. Die Überlastung gewinnt durch diesen Einschnitt in die Personalressourcen eine neue Qualität. Sich weiterhin darauf einzulassen, unter kontinuierlich schlechter werdenden Bedingungen irgendwie weiterzuimprovisieren und inneruniversitär von jeder Fakultät und jedem Fach laufend auf Kosten des Niveaus mehr oder weniger große Abstriche einzufordern, kann unter den neuen Bedingungen in keiner Weise mehr als eine vertretbare Strategie gelten. Der im Grunde hilflose Versuch, den immer gravierender werdenden Ressourcenmangel fortdauernd nach dem "Gießkannenprinzip" innerhalb der Universität gleichmäßig zu verteilen, ist nach Auffassung des Senats gegenüber den Studierenden und gegenüber den Lehrenden endgültig nicht mehr zu verantworten.

Um die verlangten Stellenopfer bringen zu können, wird man also zwangsläufig einzelne Fächer bzw. Studiengänge opfern müssen. Bereiche, mit deren Schlie-

Bung die eingeforderten zwanzig Stellen aufgebracht werden könnten, wären von ihrer Größenordnung her z. B. die Grundschullehrer- oder die Fremdsprachenausbildung. Um sich die Dimension des Personalabbaus bewußt zu machen, muß man sehen, daß etwa die Katholisch-Theologische Fakultät, abgesehen von den Professoren, rund 70% ihres wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personals verlore, wenn die Stellen, die die Universität abzugeben hat, allein aus dieser Fakultät herausgeschnitten würden.

Politik muß Verantwortung für die inhaltlichen Konsequenzen ihrer Sparbeschlüsse übernehmen

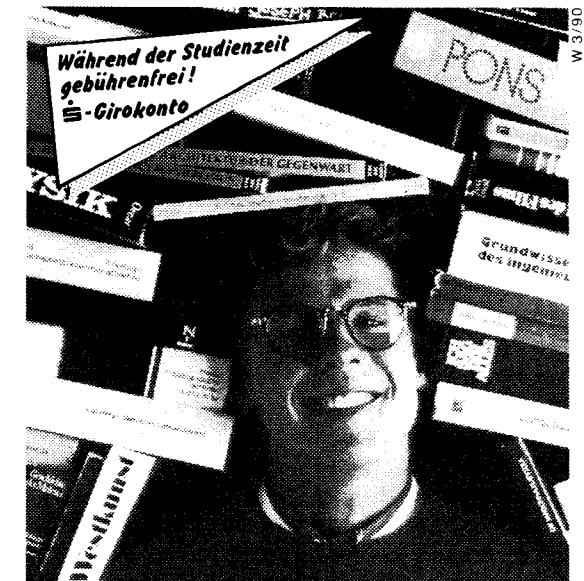
Da die Universität Augsburg ihrer eigenen Auffassung nach keine Fächer und Studiengänge anbietet, die überflüssiger Luxus sind und insofern verzichtbar wären, hat der Senat die dringende Aufforderung an die Politik gerichtet, die Verantwortung für die Sparbeschlüsse zu übernehmen, also auch die inhaltlichen Konsequenzen aus diesen Beschlüssen zu ziehen und zu erkennen zu geben, in welchen Bereichen die einzelnen Universitäten ihre Arbeit in Forschung und Lehre künftig einstellen sollen. Solche Vorgaben im Sinne eines schlüssigen Strukturkonzepts machen und verantworten zu können, setzt nach Auffassung des Universitätssenats allerdings voraus, daß die Bildungspolitik sich zunächst selbst darüber klar wird, welchen Stellenwert und welche Funktionen die Universitäten in dieser Gesellschaft fortan noch haben sollen. Bei der Formulierung eines solchen Konzepts dürfe nicht aus den Augen gelassen werden, daß die Leistungsfähigkeit dieses Landes, das trotz Rohstoffarmut zu den reichsten Industrieländern der Welt zählt, zu einem Großteil auf einem leistungsfähigen Bildungs- und Wissenschaftssystem beruht. Es wäre ebenso unverantwortlich wie kurzsichtig, dieses System auszuhungern, um einem wenig durchdachten Spareifer Befriedigung zu verschaffen. Der Senat der Universität Augsburg schloß seinen Appell deshalb mit der Hoffnung, daß die unverständliche Einbeziehung der seit Jahren auf Diät gesetzten Universitäten in die ohnehin wenig einleuchtende personelle "Schlankheitskur" des Öffentlichen Dienstes als bildungs- und strukturpolitisch katastrophaler Fehler erkannt und rasch korrigiert wird.

Weg vom jammernden business as usual

Angesichts des bislang üblichen, dem Vernehmen nach auch von engagierten Bildungspolitikern selbst

schon mit Verwunderung beobachteten Stillhaltens der Universitäten gegenüber den immer neuen Belastungen, die ihnen aufgebürdet werden, habe der Appell des Augsburger Senats, so war zu hören, wie ein kleiner "Donnerschlag" gewirkt. Dies dürfte nicht zuletzt auf seine etwas deutlichere Sprache zurückzuführen sein und auf seine damit zusammenhängende Resonanz in den Medien, die des schon traditionellen, längst zur Normalität gewordenen und über die Jahre hinweg abgenutzten Überlastgejammeres der Universitäten wohl mit Recht etwas überdrüssig sind. Denn das kontinuierliche Klagen über die kontinuierliche Verschlechterung der Rahmenbedingungen ging über die letzten Jahre hinweg mit der ebenso kontinuierlichen Bereitschaft einher, irgendwie weiterzuimprovisieren und weiterzuwursteln. Dadurch wurde, wenn gleich unfreiwillig, in der Öffentlichkeit der Eindruck zunächst erweckt und dann immer weiter verstärkt, daß man die regelmäßigen universitären Hilferufe wohl nicht allzu ernst nehmen müsse, weil unabhängig von jedem neuen Anschwellen der Überlast eben doch alles wie gewohnt weiterlaufe an den Universitäten, wenn diese nur an der kurzen Leine gehalten und dazu "ermuntert" werden, sich ein bißchen mehr anzustrengen.

Daß nun Mitglieder des Augsburger Universitätssenats durch die Erwägung ihres Rücktritts deutlich zu verstehen gaben, wie satt sie es haben, diesen Eindruck durch die widerspruchslose Hinnahme einer schleichenden Paralyse der Qualität von Lehre und Forschung und damit auf Kosten v. a. der Studierenden aufrechtzuerhalten, wurde zum Teil leider als PR-Gag mißverstanden. Hämische Ratschläge, die besagen, daß man mit dem Rücktritt nicht zu warten brauche, weil der Personalabbau an den Universitäten so sicher sei wie das Amen in der Kirche, verweisen lediglich auf zwei wohl weit verbreitete und deswegen um so deprimierendere und fragwürdigere Überzeugungen: daß nämlich zum einen das für die Qualität seiner Arbeit und für seine Studenten empfundene persönliche Verantwortungsbewußtsein eines deutschen Universitätsprofessors wohl nie weit genug gehen würde, um für den Fall, daß verantwortungsbewußtes Arbeiten definitiv unmöglich wird, persönliche Konsequenzen nahezulegen; und daß zum anderen hierzulande politische Entscheidungen auch dann nicht mehr überdacht werden können, wenn man sich ihrer abträglichen Konsequenzen zwar erst im nachhinein, aber im Prinzip noch rechtzeitig bewußt wird.



Ein Girokonto hält Ihnen den Kopf frei

Vorlesungen, Seminare, Referate, Scheine, Klausuren, Regelstudienzeit, Prüfungen, Examina: Die Anforderungen eines Studiums sind enorm.

Um das zu schaffen, muß man alle Kraft konzentrieren.

Da bleibt für die Erledigung der Dinge des Alltags oft nur wenig Zeit, und nicht selten wünscht man sich einen zuverlässigen Partner, der einem wichtige Routinearbeiten abnimmt.

Ein Konto bei der Kreissparkasse Augsburg kann hier schon zu einer angenehmen Entlastung führen.

Kommen Sie zu uns. Wir beraten Sie gerne.

Kreissparkasse 
Augsburg

Den Kopf zu weit herausgestreckt?

Ob nun eher besorgt oder mit einem kleinen Schuß antizipierter Schadenfreude wurde auch die Frage gestellt, ob die Universität Augsburg mit ihrer unbotmäßig offenen Darstellung der Folgen des geplanten Personalabbaus und der Mittelkürzungen sich nicht einen Bärendienst erwiesen haben könnte, weil Stillehalten vielleicht die bessere Taktik wäre, um in der Konkurrenz um den immer kleiner werdenden Stellen- und Mittelkuchen letztlich vielleicht doch ein bißchen besser zu fahren als die anderen. Die Hoffnung zu hegen, sich durch geduldig schweigendes Wohlverhalten, als Fleißbildchen sozusagen, einen Zuschlag verdienen zu können, hieße nicht nur, denkbar unsachgemäße und irrationale Entscheidungskriterien bei denjenigen zu unterstellen, die beim Verteilen des Kuchens das Sagen haben; vielmehr übersähe solches Spekulieren auch, daß beim weiteren Schrumpfen des Kuchens es für keinen mehr reichen wird - selbst für diejenigen nicht, die, warum auch immer, womöglich ein bißchen mehr bekämen als die anderen.

Im übrigen hat das Augsburger Papier ganz bewußt in keiner Hinsicht den Eindruck zu erwecken gesucht, als ginge es den anderen bayerischen Universitäten wesentlich besser und als sei Augsburg wesentlich härter von den Personal- und Mittelkürzungen betroffen als alle anderen. Die Nennung von Fakten, z. B. des Umstands, daß die Universität Augsburg im innerbayerischen Vergleich das schlechteste Verhältnis von Planstellen zur Zahl der Studierenden aufzuweisen hat, kann wohl schwerlich als unlauterer Wettbewerb gelten, ebensowenig übrigens wie der Hinweis auf die an sich logische Tatsache, daß sich die noch relativ jungen und - auch im Hinblick auf den Personalbestand - relativ kleinen Universitätsneugründungen mangels personeller Manövriermasse beim Verkraften der Stellenverluste *noch* schwerer tun werden als größere und ältere Universitäten.

LMU zieht nach

Die allergrößte, die LMU München nämlich, hat sich mittlerweile ebenfalls zu Wort gemeldet, und zwar so, daß sich der Augsburger Senat in seinem Vorgehen durchaus bestätigt sehen darf: Beim Stiftungsfest der LMU Ende Juni wollte Präsident Steinmann zwar "kein Klagegedicht anstimmen, nicht schimpfen und nicht fordern", aber er wollte dem durch seinen Präsidenten und mehrere Abgeordnete vertretenen Landtag auch

nicht verhehlen, daß der von ihm beschlossene Personalabbau an den Universitäten Konsequenzen haben werde: "Diese Sparmaßnahme wird Studienplätze kosten, und es werden wichtige, förderungswürdige Forschungsvorhaben nicht durchgeführt werden können, vor allem aber wird der Stellenabbau zu Lasten des wissenschaftlichen Nachwuchses gehen." Und mit Blick auf die Unverhältnismäßigkeit, mit denen die Stellenkürzungen innerhalb des Öffentlichen Dienstes ausgerechnet die Universitäten treffen, forderte Steinmann Staatsregierung und Landtag auf, "die Lasten in den kommenden Jahren gleichmäßiger zu verteilen".

Einsichtige Interessenparallelitäten ...

Der Süddeutschen Zeitung zufolge hatte "die Augsburger Erklärung ... zusätzliche Brisanz durch den Umstand" bekommen, "daß sie just an dem Tag veröffentlicht wurde, an dem der Augsburger CSU-Vorsitzende Bernd Kränzle zum neuen Staatssekretär für Wissenschaft und Kunst im bayerischen Kultusministerium berufen wurde. Kränzle", so die SZ weiter, "wurde auf diese Weise gleich mit der harten Wirklichkeit in seinem neuen Aufgabenbereich konfrontiert." Es ist davon auszugehen, daß Staatssekretär Kränzle schon vor seiner Berufung mit dieser harten Wirklichkeit hinreichend vertraut war. Als Mitglied des Kuratoriums der Universität Augsburg kennt er deren Probleme seit geraumer Zeit sozusagen aus nächster Nähe; der Inhalt des Senatspapiers kann ihn also schwerlich überrascht haben. Es wäre ohnedies und zumal im konkreten Kontext der Stellenstreichungen ein Mißverständnis, als die eigentlichen Adressaten des aus den Universitäten meist leise, manchmal auch etwas lauter kommenden Protests in erster Linie nur die Bildungspolitiker zu sehen. Schließlich sind sie diejenigen, für die das Management der allgemeinen Hochschulmisere ebenso zum tristen Alltag gehört wie für die Betroffenen an den Universitäten selbst; und insofern können gerade auch sie wohl nicht allzu glücklich sein über eine Sparpolitik, die diese Misere weiter verschärft und die ohnehin trüben Aussichten auf Besserung weiter verdüstert. Der Senat der Universität Augsburg hatte seinen Vorstoß deshalb nicht zuletzt als Beitrag zu jenem öffentlichen Rückhalt verstanden, den die Bildungspolitiker und die Bildungsressorts nur allzu dringend brauchen, wenn der Wert Bildung im heftig tobenden Konkurrenzkampf der Interessen um den geschrumpften Kuchen nicht gänzlich unter die Räder kommen soll.

... auch wenn sie nicht immer gesehen werden

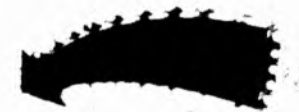
Um so enttäuschender und wenig konstruktiv war aus Sicht des Senats der Universität Augsburg die in der Presse nachzulesende Reaktion aus München, die sich ohne inhaltliche Auseinandersetzung auf ein pauschales Dementi des Augsburger Senatspapiers in Form der Behauptung beschränkte, daß die Funktionsfähigkeit der Universität Augsburg "nach Auffassung von Kultusstaatssekretär Kränzle außer Frage" stehe; "der vorgesehene Stellenabbau sei angesichts der schwierigen Lage der öffentlichen Finanzen beschlossen worden." Genau dies, daß im konkreten Fall die Dominanz eines starren Sparzieles alle bildungspolitischen Überlegungen verdrängt zu haben schien, war vom Augsburger Senat in den Mittelpunkt der Kritik gestellt worden.

Darüber hinaus führte auch die Feststellung des Ministeriums, "daß Augsburg in den letzten Jahren überproportional viele Stellen erhalten habe", in Verbindung mit dem Hinweis auf den hohen Stellenwert, den die Bayerische Staatsregierung dem Ausbau der Augsburger Physik zuzuschreiben, zu Irritationen. Denn ungeachtet aller Verzögerungen, die es gegenüber den anfänglichen Planungen beim Ausbau des Faches Physik an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät gegeben hat, ist es zwar in der Tat richtig, daß die Universität Augsburg allen Grund zur Zufriedenheit hat mit dem Engagement, das die Bayerische Staatsregierung in Sachen Physik zeigt. Zuletzt wurde dieses Engagement auch wieder in der Regierungserklärung des neuen Bayerischen Ministerpräsidenten, die "im Interesse des Wirtschaftsstandorts Bayern" den zukunftsweisenden Ausbau der Augsburger Physik als einen von insgesamt vier Schwerpunkten auf dem Gebiet des Hochschulbaus nannte. Andererseits schien bislang aber nicht nur innerhalb der Universität Augsburg und ihres Senats, sondern auch zwischen der Universität und dem Kultusministerium unmißverständlicher Konsens darüber zu bestehen, daß es sich bei der Einrichtung der Physik (und später vielleicht auch der Chemie) um die Schaffung jener *zusätzlichen* Studienplätze handle, die bis zu der nach wie vor nicht erreichten Augsburger Ausbauplanzahl von 8.000 Studienplätzen noch fehlen; und daß der Ausbau der Naturwissenschaften eben keineswegs als eine Schwerpunktsetzung zu verstehen sei, die zu Lasten anderer bestehender Fächer gehen und dort zum Abbau von Studienplätzen führen werde. Der Ausbau der Physik kann denkbar wenig zur Beseitigung der

drängenden Probleme in den einschlägigen Überlastfächern beitragen, und so sehr die Universität Augsburg die Schaffung der für den Endausbau der Physik absolut notwendigen Stellen begrüßt: daran, daß sich die Studien- und Lehrbedingungen in den Überlastfächern durch den gleichzeitigen Planstelleneinzug weiter verschärfen werden, können die zusätzlichen Physik-Stellen absolut nichts ändern.

Widersprüche bleiben bestehen ...

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Befürchtungen, die der Senat der Universität Augsburg im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen im Öffentlichen Dienst und ihren Auswirkungen auf die Universitäten geäußert und erläutert hat, steht also nach wie vor aus. Wie v. a. der Stellenabbau ohne die im Papier des Augsburger Senats beschriebenen negativen Konsequenzen für den wissenschaftlichen Nachwuchs, für das Studienangebot sowie für die Bedingungen und die Qualität von Forschung und Lehre an den bayeri-

**Wir bieten mehr**

- Wir stellen Ihnen unser Mietbüro zur Erstellung Ihrer Fach-/Diplomarbeiten stundenweise zur Verfügung.
- Wir drucken Ihre vorgefertigten Arbeiten auf Laser- oder Tintenstrahldruckern aus.
- Wir führen für Sie Markenhardware zu günstigen Schulpreisen und Software zu Hochschulkonditionen.
- Wir beraten Sie ausführlich und bieten Ihnen qualifizierten Service und Support.

Dr. **NAUMANN**
Elektronik + Vertriebs GmbH

Hofrat-Rohrer-Straße 7 86161 Augsburg
Telefon 06 21 / 55 50 17, Fax 56 44 47
im Informatik-Forum Augsburg

schen Universitäten verdaut werden soll, bleibt vorerst weiterhin das Geheimnis derer, die faktisch die Schließung einer der kleineren dieser bayerischen Universitäten innerhalb der kommenden fünf Jahre beschlossen haben, dies logischerweise aber ja nicht getan haben können, ohne zumindest eine grobe Idee davon zu haben, wie dieser Beschluß mit dem aller Voraussicht nach weiteren Anschwellen der Studenzahlen in Einklang zu bringen ist oder gar mit der Forderung nach kürzeren Studienzeiten, die - zumindest hierüber dürfte Konsens bestehen - eine Verbesserung der Studienbedingungen impliziert, mit einer weiteren Verschlechterung, wie sie jetzt vorprogrammiert ist, aber vollends illusionär wird.

Selbst wenn der Stellenabbau dazu gedacht sein sollte, die Universitäten dazu zu zwingen, auf tatsächlich oder vermeintlich "überflüssige" Fächer zu verzichten und die dadurch frei werdenden Personalressourcen in tatsächlich oder vermeintlich "wichtige" und "relevante" Fächer zu stecken, bleibt es - abgesehen von der Frage, wer über "überflüssig" bzw. "relevant" entscheidet - bei dem unauflösbaren Widerspruch zwischen dem Abbau von Forschungs- und Lehrkapazitäten einerseits und der wachsenden Nachfrage nach einem Universitätsstudium andererseits. Denn wie die Erfahrungen mit dem Numerus clausus zeigen, führt die Verknappung des Studienangebots (sie es quantitativ in Form einer Beschränkung der Studienplätze in einem Fach, sei es qualitativ in Form einer Ausdünnung des gebotenen Fächerspektrums) eben keineswegs dazu, daß diejenigen, die nicht ihr Wunschfach studieren können, ganz auf ein Universitätsstudium

verzichten. Statt dessen drängen sie einfach in irgendwelche anderen Fächer, die zugänglich sind.

... es sei denn ...

Einerseits Stellen an den Universitäten abzubauen, aber gleichzeitig deren Lehrkapazitäten der steigenden Nachfrage anpassen zu wollen, ist allenfalls dann ein halbwegs nachvollziehbares Unterfangen, wenn man die Umschichtung von Forschungskapazitäten in den Bereich der Lehre ins Auge faßt und damit die Einheit von Forschung und Lehre als Charakteristikum des Hochschultyps Universität preiszugeben bereit ist. Bekanntlich sind die Professorenstellen von der aktuellen Stellenstreichung grundsätzlich ausgenommen. 50% von ihnen werden zwischen 1995 und 2005 aber frei werden. Ob sich deren Weiterverwendung dereinst eventuell am Ziel einer solchen Umschichtung zugunsten einer Erhöhung der Lehrkapazitäten orientieren soll? Wenn ja, bleibt nur zu hoffen, daß für die relativ vielen und vergleichsweise billigeren, mehr oder weniger reinen Lehr-Stellen, in die die relativ wenigen und vergleichsweise teureren Professorenstellen umgewandelt werden könnten, auch tatsächlich genügend qualifizierte akademische Lehrer zur Verfügung stehen werden. Daß die Bedingungen für die Ausbildung qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses derzeit nicht zum besten stehen und durch die Verringerung von Qualifikationsstellen im Gefolge des aktuellen Stellenabbaus alles andere als besser werden, gibt auch in dieser Beziehung Anlaß zu Skepsis und Sorge.

UniPress



SCHLOSSER'SCHE
BUCHHANDLUNG

Annastraße 20 · 86150 Augsburg · Telefon (0821) 314548/49

Fil. I: Universität Augsburg, juristischer Fachbereich, Eichleitnerstraße 30
86159 Augsburg · Telefon (0821) 571628

Kuratorium und Senat tagten erstmals gemeinsam

Landrat Dr. Dietrich lud ins Apollo-Grannus-Heiligtum nach Faimingen

Was seit langem schon für den 21. Juni 1993 als eher geselliger Anlaß geplant war, bei dem erstmals Kuratorium, Senat und alle Alt-Präsidenten der Universität gemeinsam tagen sollten, wurde kurz vor dem 21. Juni aufgrund der Senatsresolution gegen den Stellenabbau und die Mittelkürzungen in der Erwartung des einen oder der anderen zur "Krisensitzung", die letztlich dann aber doch den Charakter eines eher friedlichen Diskurses hatte.

Das Bild zeigt vor dem Apollo-Grannus-Tempel im Lauinger Ortsteil Faimingen, wo der Landrat des Landkreises Dillingen für seine Gäste ein "Tagungszelt" hatte aufbauen lassen, von links nach rechts Gastgeber Dr. Dietrich selbst, dann den Kanzler der Universität Augsburg, Dr. Köhler, die Alt-Präsidenten Knöpfle und Meessen, den Kuratoriumsvorsitzenden, Staatssekretär a. D. Meyer, Alt-Präsidenten Perridon, Rektor Blum und Alt-Präsidenten Becker. Während der Senat der Universität Augsburg bei dieser gemeinsamen Sitzung fast vollzählig vertreten war, konnten zahlreiche Mitglieder des Kuratoriums den Termin leider nicht wahrnehmen. Im



Kuratorenkreise ganz besonders vermißt wurde selbstverständlich der frischgebackene Staatssekretär Bernd Kränzle. Für seine Absage wurde aber angesichts der neuen Aufgaben und Herausforderungen, die erst wenige Tage vorher durch seine Berufung ins Kultusministerium auf ihn zugekommen waren, allseits Verständnis aufgebracht. (Foto: Landratsamt Dillingen)

UniPress

Senatstelegramm

In seiner 5. Sitzung am 26. Mai 1993 hat der 13. Senat der Universität Augsburg u. a. - die Rankings der Zeitschriften "Stern" und "Spiegel" diskutiert und ist dabei zu dem Schluß gekommen, daß solche Rankings - unabhängig von der in den vorliegenden Fällen durchaus fraglichen Solidität ihrer Methoden und der davon abhängigen Validität ihrer Ergebnisse - das Bild einer Universität gegenüber Außenstehenden prägen, so daß ggf. über die HRK auf die Erstellung wirklich fundierter Ranglisten hingewirkt werden sollte; - sich mit dem Bericht des Bayerischen Staats-

ministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst zum "Aktionsprogramm zur Verkürzung der Studiendauer an den bayerischen Universitäten befaßt, das positive Abschneiden der Universität Augsburg in diesem Bericht mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, aber gleichzeitig auf den Widerspruch aufmerksam gemacht, der zwischen dem Ziel einer Verkürzung der Studiendauer einerseits und weiteren Personal- und Mittelkürzungen andererseits besteht; - einerseits mit Blick auf die Folgerungen, die aus dem Bericht der Externen Expertenkommission und der

Internen Organisationskommission zu ziehen sind, und andererseits mit Blick auf die Umsetzung der anstehenden Einsparungsmaßnahmen die Gründung einer Senatskommission für Strukturangelegenheiten beschlossen; - einem neuen Vorschlag der Haushaltskommission für die Verteilung von Mitteln der Titelgruppe 73 und von Exkursionsmitteln zugestimmt, nachdem der ursprüngliche Vorschlag aufgrund einer zusätzlichen Haushaltssperre von 5% hinfällig geworden ist; - die Konsequenzen einer Umsetzung des Artikels 6 a des Bayerischen Haushaltsgesetzes beraten, die den Abbau von rund 500 Stellen an den bayerischen Universitäten innerhalb der kommenden fünf Jahre bedeuten würde, und die Universitätsleitung beauftragt, das Bayerische Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, v. a. aber den für diesen Stellenabbau politisch verantwortlichen Landtag und die Öffentlichkeit auf die mit der Realisierung des Artikels 6 a drohende Funktionsunfähigkeit der Universitäten aufmerksam zu machen; - der von der Philosophischen Fakultät II beantragten Verleihung der Bezeichnung "außerplanmäßiger Professor" an Priv. Doz. Dr. Werner Hupka sowie der eben-

falls von der Philosophischen Fakultät II beantragten Erteilung der Lehrbefugnis an Dr. Carmine Chiellino (Vergleichende Literaturwissenschaft) und Dr. Ingrid Baumgärtner (Mittelalterliche Geschichte) zugestimmt; - eine zwischen der Universität Augsburg und dem Staatsarchiv Augsburg vereinbarte Benützerordnung für das Universitätsarchiv beschlossen.

In seiner 6. Sitzung am 23. Juni 1993 hat der 13. Senat der Universität Augsburg u. a. - eine Liste zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Finanz- und Bankwirtschaft (Nachfolge Prof. Dr. Richard Stehle) verabschiedet; - auf Vorschlag der Fakultäten und Gruppen die Mitglieder der in der 5. Sitzung beschlossenen Senatskommission für Strukturangelegenheiten benannt; - Änderungswünsche zum vorliegenden Entwurf einer Neufassung der Betriebsordnung des Rechenzentrums formuliert; - dem Vorschlag der Philosophischen Fakultät II zu einer Teilung des Ständigen Promotionsausschusses der Philosophischen Fakultäten I und II zugestimmt.

UniPress

Pflicht erfüllt, Klassenziel erreicht

Wenn sich die Probleme mit dem "Aktionsprogramm zur Verkürzung der Studiendauer" lösen ließen, hätte die Universität Augsburg keine

Im Mai 1992 war die Bayerische Staatsregierung vom Landtag aufgefordert, bis zum 1. Februar 1993 einen Bericht über die Vorarbeiten zum sogenannten "Aktionsprogramm zur Verkürzung der Studiendauer an den bayerischen Universitäten" und über dessen Umsetzung vorzulegen. Inzwischen liegt dieser Bericht vor. Aufgrund ihres recht befriedigenden Abschneidens muß die Universität Augsburg nunmehr darüber rätseln, warum eigentlich auch sie nicht die Insel der seligen Regelstudienzeitabsolventen ist; warum vielmehr auch sie - nicht anders als andere Universitäten, die mit ihren studienzeitverkürzenden Maßnahmen noch nicht ganz so weit sind - ihre Probleme mit der Überlast hat. Ob es denn wohl sein kann, daß der ganze studienzeitverkürzungsaktivismus an der Überlastproblematik vorbeigeht? Daß er gar nichts oder nur reichlich wenig mit ihr zu tun hat und hauptsächlich dazu dient, das Geld zu sparen, das eine schlüssige Bildungs- und Hochschulpolitik, die an die Wurzeln der Probleme heranginge, kosten würde?

Die Vorgeschichte des Aktionsprogramms datiert zurück auf den Herbst 1988, als die Kultusministerkonferenz 23 Empfehlungen zur Studienzeitverkürzung verabschiedete und anschließend entsprechende Beschlüsse zur Umsetzung und Konkretisierung dieser Empfehlungen faßte. Im März 1990 beauftragte der

Münchener Ministerrat das Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, auf die Umsetzung entsprechender Maßnahmen hinzuwirken, die zuvor von einer Kommission zu Hochschul- und Bildungsfragen erarbeitet worden waren. Einen Monat später wurden die Hochschulen per Landtagsbeschluß

dazu angehalten "unverzüglich alle organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um die tatsächliche Studierendauer deutlich an die Regelstudienzeit heranzuführen". Um dieser Aufforderung Nachdruck zu verleihen und den bekanntlich träge vor sich hin dümpelnden Universitäten Beine zu machen, wurde diesen damit gedroht, "die Zuteilung zusätzlicher Haushaltsmittel vom Erfolg solcher Maßnahmen abhängig zu machen".

Kritik "in mehreren Punkten nicht unberechtigt"

Auf der Basis dieser Beschlüsse erarbeitete das Kultusministerium einen Maßnahmenkatalog, der den Universitäten mit der Bitte um Überprüfung der Umsetzbarkeit in den einzelnen Studiengängen und um anschließende Berichterstattung im November 1991 übersandt wurde. Die darin teils recht pauschal geforderte Entrümpelung des Studiums und die damit heraufziehende Gefahr einer drastischen Verschulung des Universitätsstudiums lösten vielerorts heftige Proteste der Studierenden aus. Zu undifferenziert erschien die eindimensionale Schuldzuweisung an die Adresse der Universitäten und insbesondere der Studierenden, die sich in der Diskussion um die Verantwortung für die Hochschulmisere verständlicherweise nicht widerstandslos den Schwarzen Peter zustecken lassen wollen. Die Kritik wies v. a. darauf hin, daß die mangelhaften Studienbedingungen, der steigende Anteil der zu Erwerbstätigkeit gezwungenen Studierenden und dazu die verschärfte Lage auf dem Wohnungsmarkt in den Statistiken über die Studienzeiten nicht berücksichtigt worden seien - Argumente, die Kultusminister Zehetmair in seinem nunmehr vorliegenden Bericht über das Aktionsprogramm als "in mehreren Punkten nicht unberechtigt" einstuft.

Dennoch: Studienzeitverkürzung als exklusive Aufgabe der Universitäten

Gleichwohl beschränkte sich das Aktionsprogramm auf Forderungen, die "in hochschulautonomer Verantwortung von den Hochschullehrern sowie den Fakultäts- und Hochschulleitungen zu verwirklichen" und kurz- bis mittelfristig realisierbar sein sollten, nämlich: "1. Verbesserung der Studienberatung und Studentenbetreuung; 2. Revision der Studieninhalte und des Lehrveranstaltungsangebots mit dem Ziel der Aktualisierung, Straffung und Reduzierung des Angebots in einem Maße, daß der anerkannte Qualitätsstandard hiesiger Hochschulausbildung erhalten bleibt. Insbe-

sondere sollte auch überprüft werden, ob die immer mehr in Mode gekommenen zahlreichen Studienleistungen (Scheine) nicht reduziert werden können. 3. Straffung von Prüfungsverfahren (hier insbesondere im Verfahrensablauf und bei der Dauer der Abschlußarbeit); 4. Schaffung von Anreizen für Studenten, zügiger zu studieren."

Intensivere Betreuung mit weniger Personal?

Zum Punkt "Studienberatung und Studentenbetreuung" stellt der Bericht des Kultusministers fest, daß an allen bayerischen Universitäten seit langem schon zentrale Informations- und Beratungsstellen existieren; deren Arbeit müßte allerdings weiter intensiviert werden, und dazu bedürfte es einer Aufstockung der hierfür verfügbaren Stellen. In Form von Einführungsveranstaltungen, Vorkursen für Erstsemester, Individualberatungsangeboten sowie durch die Herausgabe von Studienführern haben alle Universitäten die Fachstudienberatungen mittlerweile verstärkt. Diese Ansätze dürften durch Stellenstreichungen im Gefolge des Art. 6a des Haushaltsgesetzes allerdings rasch wieder zunichte gemacht werden. Um das Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden wenigstens in Teilbereichen wieder zu normalisieren, wurden an einigen Universitäten Tutoren für die Betreuung der Anfangssemester eingesetzt. Das Ministerium stellte dafür DM 500.000.- aus Restmitteln des laufenden Haushaltsjahres bereit und konnte so 36 Tutorienmodelle an neun Universitäten unterstützen. Aber auch diese Mittel sind bereits im Doppelhaushalt 1993/94 wieder auf DM 400.000.- gekürzt.

Akademische Freiräume verantwortungsbewußt nutzen

Was die Straffung der Prüfungsverfahren betrifft, so hätten sich hier die Universitäten oder - konkreter - die Prüfer selbst an der Nase zu fassen und den Vollzug der allgemein bestehenden Prüfungsordnungen zu überprüfen. Überzogene Scheinanforderungen und der Trend zu überlangen Seminararbeiten müßten revidiert werden. Mit dem Prädikat "nachahmenswert" versieht der Bericht in diesem Zusammenhang übrigens eine Initiative der Universität Augsburg, den Umfang von Proseminararbeiten grundsätzlich auf 12, von Hauptseminararbeiten auf 20 sowie von Magister- bzw. Diplomarbeiten auf etwa 80 bis 100 Seiten zu begrenzen. Es gelte auch zu vermeiden, daß Pflichtveranstaltungen nur unregelmäßig angeboten werden.

Hier gehe es um akademische Freiräume, die mit Mitteln der Rechtsaufsicht nicht zu fassen seien; sie müssen also von ihren Inhabern verantwortungsbewußt und so genutzt werden, daß sie sich nicht negativ auf die Länge der Studienzeit auswirken. Der Bericht räumt übrigens ein, daß der Staat in diesem Bereich durch eine Überprüfung der von ihm selbst bestimmten Prüfungsanforderungen in den Staatsexamina mit gutem Beispiel vorangehen könnte.

Als ein Gradmesser für die Qualität der Studienorganisation kann die Verbreitung von Magister-Studienordnungen an den einzelnen Universitäten gewertet werden. Einsamer Spitzenreiter in dieser Beziehung ist die Universität Erlangen-Nürnberg, an der es Studienordnungen für alle angebotenen Magisterstudiengänge gibt. Demgegenüber sind z. B. an den Universitäten Bamberg und Würzburg dem Bericht zufolge in dieser Beziehung bisher noch keinerlei Regelungen getroffen worden. An der Universität Augsburg liegen immerhin für 22 von 53 Magisterstudiengängen Studienordnungen bereits vor, für die anderen sind zu

mindest Entwürfe ausgefertigt oder entsprechende Vorlagen in Bearbeitung. Zum Vergleich: Bayreuth hat für 9 von 35 und die LMU für 13 von 70 MA-Fächern Teilstudienordnungen.

Aktionsprogramm teils vorweggenommen und Klassenziel erreicht

Hier hat Augsburg das Klassenziel also erreicht. Der Bericht stellt zusammenfassend fest, "daß die Universität Augsburg ihre Pflicht zum Erlaß von Studienordnungen im Sinne des Aktionsprogramms bis auf einige noch offene Fächer im Magisterstudiengang erfüllt hat." Hervorgehoben wird darüber hinaus, daß in Augsburg zum Teil schon frühzeitig und unabhängig vom Aktionsprogramm für eine Reihe von Fächern des Magisterstudiengangs Teilstudienordnungen erlassen wurden, um Studierenden und Lehrenden wichtige Orientierungshilfen zu geben. Darüber hinaus können auch für alle neun in Augsburg angebotenen Diplomstudiengänge neben der Allgemeinen Prüfungsordnung für jedes Fach Fachstudienordnungen zu Rate gezogen werden.

Als erwähnenswertes Augsburger Spezifikum hat auch der Bac. oec.-Modellversuch an der WISO-Fakultät Eingang in den Bericht gefunden. Weiterhin ausdrücklich gewürdigt wird neben der Bereitschaft, freiwillig zusätzliche Lehrveranstaltungen abzuhalten, auch die Intensität, mit der die Studierenden der Augsburger Rechtsfakultät von der Möglichkeit des Freischusses Gebrauch machen: Der Anteil derer, die diese Chance nutzen, liegt in Augsburg bei über 60% der Teilnehmer der Ersten Juristischen Staatsprüfung. Auch in Vor-Freischuß-Zeiten hatten die Augsburger Juristen bereits bundesweit die kürzesten Studienzeiten aufzuweisen. Erst kürzlich hat der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft die Juristische Fakultät der Universität Augsburg mit Geldpreisen für zehn Absolventen mit unterdurchschnittlicher Studienzzeit ausgezeichnet.

"Es paßt nicht zusammen ..."

Unabhängig von aller Zufriedenheit oder Unzufriedenheit, mit der jede einzelne Universität diesen Bericht zur Kenntnis genommen haben mag, bleibt eine zentrale Frage: Wie geht es eigentlich weiter, wenn alle Universitäten ihre Hausaufgaben gemacht, aber trotzdem weiterhin mit ihren sattsam bekannten Problemen zu kämpfen haben werden? Daß genau dies zu

Für die Automatisierung der Fertigung ...



... planen, bauen und liefern wir weltweit:
Schweiß-Transferanlagen, Montagesysteme,
Industrieroboter, Sonder-Schweißverfahren,
KUKA-Schweißanlagen + Roboter GmbH
Postfach 43 13 49, 86073 Augsburg
Telefon (08 21) 7 97-0, Telefax 7 97-19 91

KUKA

erwarten ist, machen die abschließenden Bemerkungen von Staatsminister Zehetmair im Bericht zum Aktionsprogramm mehr als deutlich: "Der Bericht zeigt, daß viele Fakultäten das Aktionsprogramm in erfreulicher Weise umgesetzt haben. [...] einige Hochschulen, vor allem die größeren Landesuniversitäten, müssen die vorgesehenen Maßnahmen noch mit erheblichen Anstrengungen fortsetzen. Die Hochschulen können jedoch damit nicht garantieren, daß sich die Studienzeiten auch wirklich erheblich reduzieren werden. Die Ursachen langer Studienzeiten liegen nicht nur im organisatorischen Bereich oder im Erlaß entsprechend gestalteter Studien- und Prüfungsordnungen, sondern auch in persönlichen und sozialen Gründen bei den Studenten, in den äußeren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie insbesondere auch in den Studienbedingungen

der Universitäten. In diesem Zusammenhang ist besonders darauf hinzuweisen, daß Mittelkürzungen für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte dem Ziel einer intensiveren Betreuung und damit auch der Möglichkeit eines effizienteren Studiums entgegenstehen. Auch die gegenwärtige Personalstellensperre, die den akademischen Mittelbau miteinbezieht [und aus der inzwischen ein Stellenabbau geworden ist], kann sich in Teilbereichen der Lehre katastrophal auswirken. Es paßt nicht zusammen, einerseits von den Hochschulen zu verlangen, alles zu tun, daß die Studenten schnell und erfolgreich das Studium abschließen, andererseits aber durch falsche Sparbeschlüsse den Hochschulen die dafür notwendigen essentiellen Grundlagen zu nehmen." Besser als ihr Minister hätten dies auch die Universitäten selbst nicht formulieren können. Allenfalls etwas schärfer. UniPress/SRJ

Wachsende Skepsis gegenüber den gängigen Hochschulreformplänen fördert das Nachdenken über Alternativen

SPIEGEL-Spezial widmet dem "Augsburger Modell" breite Aufmerksamkeit - Frage nach europaweiter Anerkennung des Bac. oec. ein Scheinproblem

Der Kern der nun schon seit Jahren beschworenen Hochschulreform ist, kaum daß er endlich halbwegs greifbare Konturen gewonnen hat, auch schon wieder ins Gerede gekommen. Was bis vor kurzem in Form eines vier- bis fünfjährigen Regelstudiums mit - im Ausnahmefall - anschließendem Promotionsaufbaustudium als exklusives Patentrezept zur Verkürzung der Studienzeiten und Wiedergenesung des deutschen Universitätssystems präsentiert wurde und bei den Studierenden von Beginn an auf Mißtrauen und Widerstand stieß, trifft inzwischen auch höheren Orts, bei den Kultusministern selbst nämlich, auf wachsende Skepsis. Unter diesen Vorzeichen scheint es durchaus nicht mehr ausgeschlossen, daß endlich vielleicht doch noch die Bereitschaft entsteht, auch über grundsätzlich andere Ansätze nachzudenken, die ohne zusätzliche Reglementierungen, ohne Zwangsmaßnahmen und ohne die Gefahr des Niveauperlusts und der Entwissenschaftlichung des Studiums einen Weg zur Verkürzung der Studienzeitdurchschnitte und damit zur Entlastung der Universitäten weisen könnten. Solch ein grundsätzlich anderer Ansatz ist das Baccalaureat, das die Universität Augsburg bereits 1991 in die Diskussion gebracht hat. Allen Vorurteilen und Vorbehalten zum Trotz, auf die es bislang gestoßen ist, findet dieses Modell gerade in letzter Zeit wieder verstärkt Aufmerksamkeit. Mehrere Artikel in überregionalen Tageszeitungen, die sich Anfang Juni mit dem Augsburger Bac. oec. befaßten, deuten darauf ebenso hin wie die Tatsache, daß das im Mai 1993 erschienene SPIEGEL-Spezial "Welche Uni ist die beste?" dem Augsburger Modell unter der Überschrift "Abschied mit Anstand" einen umfangreichen Beitrag widmete.

"Mich stört", so der bayerische Kultusminister Hans Zehetmair am 28. Juni in einem SPIEGEL-Interview über die Hochschulreform, "der Tenor der Debatte.

Diskutiert wird über eine Zweiteilung der Hochschul-ausbildung in ein berufsqualifizierendes Grundstudium für die Masse und ein Aufbaustudium für die

wissenschaftlich interessierte Elite. Eine solche Zweiteilung wird es mit mir nicht geben." Auch dann übrigens nicht, wenn selbst der Bundeskanzler "einer Aufteilung des Studiums in eine praxisbezogene und eine wissenschaftliche Phase" das Wort redet, denn, so Zehetmair weiter, "ein Kultusminister ist als Fachminister auch dazu da, jedem hochrangigen Politiker, der in der Hochschulpolitik kein Fachmann ist, entsprechende Hinweise zu geben. Wir dürfen keine Zwei-Klassen-Gesellschaft an den Universitäten schaffen."

Der hohe Preis des Zweiteilungskonzepts

Die Zweigliedrigkeit, wie sie mit berufsqualifizierendem Regel- und wissenschaftlichem Aufbaustudium vorgesehen sei, gefährde die Existenz der Universitäten; für die Ausrichtung des regulären Studiums auf Berufsausbildung brauche man keine Universitäten, weil diese Aufgabe von den Fachhochschulen besser geleistet werden könne; und die Zweiteilung würde die Studienzeiten nicht verkürzen, sondern - entgegen dem eigentlichen Reformzweck - verlängern, "weil in unserem prestigeträchtigen Land alle auf den vermeintlich höherrangigen Abschluß aus sein werden": Sofern diese Überzeugungen des bayerischen Kultusministers auch auf seine Kollegen in den anderen Bundesländern übergreifen sollten, müßte über die Hochschulreformkonzeption, die sich mit der Fixierung auf "Regelstudium" und "Zweigliedrigkeit" sehenden Auges in eine Sackgasse manövriert hat, grundsätzlich neu nachgedacht werden. Der Kreis derer, die hierfür plädieren, scheint zu wachsen. Der Deutsche Hochschulverband z. B. brachte in seinen "Mitteilungen" (3/93) unter der Überschrift "Auf dem Weg zum Minidiplom?" einen Beitrag von Georg Hohlneicher, der zu einem vernichtenden Urteil über die hinter den gängigen Reformkonzepten stehenden Intentionen kommt: Sie laufen Hohlneicher zufolge "auf nichts anderes hinaus als auf eine Abwertung des Diploms zugunsten kürzerer Studienzeiten und größerer Durchsatzraten bei gleichbleibendem finanziellen Aufwand."

Die Zeiten scheinen sich zu ändern: Denn als geradezu ketzerisch galt es noch vor wenigen Monaten, wenn einem bei einschlägigen Diskussionen der Kräfte platzte, weil der Vorschlag, für das Vordiplom nach dem bislang üblichen zweijährigen Grundstudium einen neuen, "kleinen" akademischen Grad zu verleihen, als "Roßtäuscherei" und "Etikettenschwin-

del" bezeichnet wurde, während gleichzeitig aber kein Gedanke an die Frage verschwendet wurde, ob man es demgegenüber nicht gerade dort mit "Etikettenschwindel" zu tun habe, wo vorgesehen sei, die traditionellen Grade, das Diplom und den Magister also, für das "neue", weil gestraffte, stärker berufsqualifizierende und somit automatisch weniger wissenschaftliche "Regelstudium" zu verleihen.

Der Bac. im SPIEGEL

Für "Ketzerisches" immer offen, hat, wie gesagt, der SPIEGEL in seiner Sonderausgabe "Welche Uni ist die beste?" sich ausführlich mit dem Augsburger Modell eines ersten akademischen Grades befaßt, der - in Anlehnung an den angelsächsischen Bachelor Baccalaureus genannt - seit dem vorigen Jahr in den Diplomstudiengängen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Augsburg für das erfolgreich absolvierte Vordiplom verliehen wird. Dieser Grad soll Studierenden, die dies wollen, die Möglichkeit bieten, bereits nach einem zweijährigen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Grundstudium den Einstieg in die berufliche Praxis zu finden. Auf diese Weise ließe sich eine Entlastung des Hauptstudiums und damit der Universitäten insgesamt erreichen, ohne daß im Interesse einer rascheren Verdaubarkeit für alle im Sinne einer Ausdünnung und Nivellierung am bisherigen Universitätsstudium und seinem wissenschaftlichen Charakter manipuliert werden müßte.

Man erinnere sich: Mit ausschlaggebend für diese Augsburger Initiative war u. a. das dauernde Klagen, daß deutsche Hochschulabsolventen zum Zeitpunkt des Berufseintritts im Durchschnitt wesentlich älter seien als ihre "Konkurrenten" im westeuropäischen Ausland. Mit dem Hinweis auf die "Omas und Opas", die die deutschen Universitäten hervorbringen, konnte und kann man sich das ebenso betroffene wie zustimmende Nicken einer auf die tiefste Besorgnis hinsichtlich des "Standorts Deutschland" eingeschworenen Öffentlichkeit sichern, ohne ins Detail gehen zu müssen; den erwünschten Zustimmungseffekt verspricht auch das hinlänglich bekannte Gejammer darüber, daß der arme Steuerzahler hierzulande die ältesten Studenten und die jüngsten Rentner auszuhalten habe. Daß das Fehlen eines anerkannten Grades für ein abgeschlossenes Grundstudium, wie er im westeuropäischen Ausland üblich ist, die Hauptverantwortung für die langen Studienzeitdurchschnitte in Deutschland

trägt, wird freilich selten erkannt, geschweige denn erwähnt. Diese Einsicht und die Überzeugung, daß man zu einer spürbaren Senkung der durchschnittlichen Studienzeiten und damit zu einer spürbaren Entlastung der unter der Überlast und der Sparpolitik verrottenden deutschen Universitäten nur dann kommen wird, wenn ein Teil der Studierenden die Universität bereits *wesentlich* früher als erst nach vier, fünf, sechs oder noch mehr Jahren wieder verläßt, waren für die Augsburger Baccalaureus-Initiative maßgeblich.

Der SPIEGEL läßt in dem genannten Beitrag die Initiatoren und Befürworter des "Augsburger Modells" gleichermaßen zu Wort kommen wie die Bac.-Gegner und -Skeptiker. Gleichwohl gilt es, einige ergänzende Anmerkungen zu machen, die zur Klärung der oft emotional und mit pauschalen Argumenten geführten Diskussion beitragen können.

"Radikal" oder einfach einfach und einleuchtend?

So meint der SPIEGEL z. B., das Augsburger Baccalaureat sei "in der aktuellen Diskussion um die Reform des deutschen Hochschulsystems der radikalste Vorschlag". Was aber ist "radikal" daran, wenn man Studentinnen und Studenten das *Angebot* macht, die Universität bereits nach zwei Jahren in Richtung Praxis verlassen zu können, ohne dabei als Studienabbrecher stigmatisiert zu werden? Was ist radikal daran, wenn man bei den Bemühungen um eine Verkürzung der durchschnittlichen Studiendauer ein System gestufter Abschlüsse anbietet und darauf setzt, daß die Studierenden vernünftig und verantwortungsbewußt genug sind, um nach einem zweijährigen Grundstudium selbst entscheiden zu können, ob es ihren persönlichen Anlagen und Fähigkeiten besser entspricht, möglichst frühzeitig in die berufliche Praxis einzusteigen, oder ob sie sich für fähig und geeignet halten, ein wissenschaftliches Studium bis zum "großen Abschluß" durchzuziehen und eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen?

Ist es denn nicht wesentlich "radikaler", wenn man alle, die sich nach dem Abitur für ein Universitätsstudium entschieden haben, dazu zwingt, eine vier- bis fünfjährige Regelstudienzeit zu absolvieren, also auf keinen Fall mehr, aber auch auf keinen Fall weniger als vier bis fünf Jahre an der Universität zu verbringen? Ist es mit Blick auf unser bisheriges Wissenschafts- und Bildungsverständnis denn nicht auch

wesentlich radikaler, wenn man mit dem Rasenmäher undifferenziert durch alle Studiengänge fährt und diese inhaltlich so lange zurechtstutzt und nivelliert, bis alle, die an die Universität drängen, trotz miserabler Rahmenbedingungen es schaffen, in maximal fünf Jahren irgendwie zu einem der traditionellen Abschlüsse, also zum Diplom, zum Magister oder zum Staatsexamen zu kommen?

Das Augsburger Modell ist in der aktuellen Reformdiskussion bei näherem und unbefangenen Hinsehen nicht der "radikalste", sondern der organisatorisch einfachste und mit dem geringsten Risiko eines allgemeinen inhaltlichen Niveauverlusts verbundene Vorschlag, der als einziger auf die Entscheidungsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Studierenden baut. Die favorisierten Regelstudienzeitkonzepte setzen demgegenüber auf teils unsoziale Sanktionsmechanismen, auf Regulierung und auf Gleichschaltung. Sie sind darüber hinaus mit der Gefahr einer inhaltlichen Ausdünnung des deutschen Universitätsstudiums verbunden und sie öffnen der fortschreitenden Aushöhlung des durch die Überlast und Sparpolitik ohnedies bedrohten Grundrechts auf Freiheit von Lehre und Forschung Tür und Tor.

"Berufsfähigkeit" - ein Privileg des "Voll-Akademikers"?

Bac.-Skeptiker und -Gegner aus der Wirtschaft werden vom SPIEGEL mit der Behauptung zitiert, daß dieser Abschluß "nur in die Arbeitslosigkeit führen" könne, weil nämlich die Absolventen eines nur zweijährigen Grundstudiums "nicht berufsfähig" seien und "keine Berufsausbildung" besäßen.

Solange diese Vorurteile das Einstellverhalten der Personalabteilungen prägen, werden die Berufschancen für Baccalaureaten zwar gering bleiben, aber es wird auch ganz bestimmt keinen einzigen arbeitslosen Augsburger Baccalaureus geben. Denn kein Student, der nicht bereits eine konkrete Möglichkeit sieht, mit dem Baccalaureus irgendwo unterzukommen, wird das Angebot wahrnehmen, bereits nach zwei Jahren aus dem Studium auszusteigen, anstatt - vorläufig noch sicher vor dem Risiko Arbeitslosigkeit - weitere zwei, drei oder vier Jahre an der Universität zu verbringen.

Es wird der Eindruck erweckt, als wären für alle Positionen, die die Wirtschaft mit Akademikern besetzt,

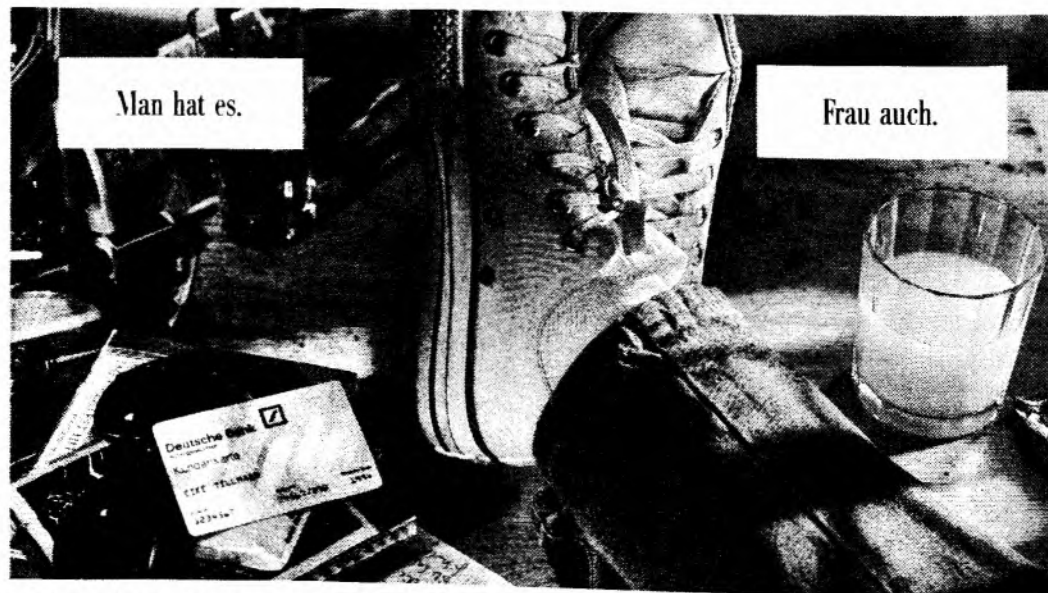
Qualifikationen erforderlich, über die nur derjenige verfügen kann, der sich in einem mindestens vier- oder fünfjährigen wissenschaftlichen "Voll-Studium" zu jenem "Voll-Akademiker" gemausert hat, dessen "Berufsbefähigung" man exklusiv und untrüglich am "Dr." oder wenigstens am "Dipl." bzw. "M.A." vor bzw. hinter dem Namen erkennt. Wie sehr dieser Eindruck an der Realität vorbeigeht, zeigt eine noch nicht lange zurückliegende Studie des "Instituts der Deutschen Wirtschaft", der zufolge jeder vierte Akademiker in der freien Wirtschaft "weit unter seinem Niveau" beschäftigt sei, wobei wiederum nur jeder vierte eine Position innehat, die traditionell als spezifischer Akademikerberuf gelte. Nimmt man diesen Umstand zusammen mit den Vorbehalten der Wirtschaft gegen den Vorschlag, sie solle Absolventen mit einer akademischen Grundausbildung akzeptieren, um diese dann innerbetrieblich auf spezifische Bedürfnisse hin weiterzuqualifizieren, so offenbart sich die eigentliche Interessenlage hinter der Forderung nach einem universitären Regelstudium, das mehr Gewicht auf "Berufsqualifizierung" legen sollte: Die Berufsqualifizie-

rung soll aus der Praxis in die Universitäten verlagert und folglich vom Staat finanziert werden. Ob dies im Sinne des Bildungsauftrags der Universitäten ist und wie sich dies mit der gleichzeitig vehement geforderten bzw. betriebenen "radikalen Sparpolitik" im öffentlichen Sektor vereinbaren lassen soll, sind Fragen, mit denen sich eine "rationale Bildungspolitik" endlich grundsätzlich befassen sollte.

**Die Haltung der Studierenden:
zwischen irrationalen Ängsten und
vorausseilendem Gehorsam**

Als Bac.-Skeptiker werden vom SPIEGEL auch die Augsburger WISO-Studentinnen und -Studenten selbst angeführt. Einige von ihnen werden mit den Aussagen zitiert, daß bislang alle, "die ich kenne", bis zum Diplom weiterstudieren wollen, da man "nach dem Grundstudium doch noch gar keine richtige Ahnung" habe und zudem "die meisten Firmen" mit dem Bac. "gar nichts anfangen" könnten. In dem Argument, daß man nach dem Grundstudium "noch gar

D1F



Das Junge Konto, das alles kann. ■ Kundenkarte für den Geldautomaten. ■ Zinsen wie beim Sparbuch. ■ Bargeldlos zahlen. ■ Natürlich kostenlos. Exklusiv für Schüler, Auszubildende und Studenten. ■ Reden wir darüber.

Neu. Das Junge Konto.

Deutsche Bank
Filiale Augsburg - Fuggerstraße 1
Telefon (08 21) 31 57-0

keine richtige Ahnung" (wovon?) habe, spiegelt sich eine Art vorausseilenden studentischen Gehorsams gegenüber den potentiellen künftigen Arbeitgebern. Man unterstellt oder glaubt der Realität zum Trotz, daß die Wirtschaft einerseits nur für diplomierte Wirtschaftswissenschaftler Verwendung hat und daß man selbst andererseits mit dem Diplom automatisch qualifiziert genug sein wird, um in jedem Fall eine angemessene Stelle finden wird.

Mit Blick auf das Klischee, daß man frühestens mit dem Diplom eine "richtige Ahnung" - wovon auch immer - hat, wäre studentische Skepsis und Vorsicht gewiß eher angebracht und notwendiger als dort, wo hinter der Einführung des Baccalaureats dunkle Mächenschaften vermutet werden, die womöglich auf eine neue "Zugangsbegrenzung für das Hauptstudium" und auf einen "weiteren Numerus clausus" hinauslaufen könnten. Das Vordiplom stellt seit jeher eine "Zugangsbegrenzung für das Hauptstudium" dar, denn wer dieses Vordiplom nicht besteht, kommt nicht ins Hauptstudium. Es ist schlichtweg nicht einzusehen, wie die simple Neuerung, daß für das bestandene Vordiplom künftig der "Baccalaureus" verliehen wird, an diesem Zustand in der einen oder der anderen Richtung etwas ändern sollte.

Und schließlich die studentische Sorge, "daß durch den Minimalabschluß der wissenschaftliche Anspruch der Universitäten in Frage gestellt" werde, weil "Kritikfähigkeit und selbständiges Lernen ... im Grundstudium nicht vermittelt" würden und "die seit Jahrhunderten gepflegte Idee, daß sich Forschung und Lehre gegenseitig befruchten, ... mit einem solchen Express-Studium tatsächlich aufgegeben" wäre: Auch hier gilt zunächst einmal, daß der Ausstieg nach dem zweijährigen Grundstudium lediglich ein Angebot ist, das nur diejenigen wahrnehmen werden, die sich nach den ersten beiden Studienjahren die für den Einstieg in den Beruf nötige Kritikfähigkeit und Selbständigkeit bereits erworben zu haben glauben und die zu der Überzeugung gekommen sind, daß für sie persönlich der sofortige Einstieg in die Berufspraxis u. U. die bessere Alternative zu einer wissenschaftlichen Laufbahn ist. Im übrigen sollten sich diejenigen, die sich um den "wissenschaftlichen Anspruch" der Universitäten Sorgen machen, aber grundsätzlich fragen, wie es um diesen stehen wird, wenn die angesichts der Überlastung der Universitäten unvermeidliche Hochschulreform eben nicht auf eine Diversifikation des Abschlußangebots, sondern auf jenes im Interesse

stärkerer "Berufsqualifizierung" gestraffte "grundständige Regelstudium" für alle und auf ein wissenschaftliches Aufbaustudium für einige wenige hinauslaufen wird.

Das europäische Scheinargument

Da Bundesbildungsminister Ortleb zu den entschiedensten Verfechtern des Regelstudienzeitkonzepts zählt, ist es nicht verwunderlich, daß das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft laut SPIEGEL "grundsätzliche Bedenken" gegen das Baccalaureat anmeldet. Bei einem Besuch an der Universität Augsburg im März 1993 hat Ortleb den Augsburger Modellversuch allerdings nicht in direktem Widerspruch zu seinen eigenen Reformzielen gesehen. Für ihn lag die Problematik des Bac. v. a. darin, daß seine europaweite Anerkennung ungewiß sei. Diese Anerkennung sei nämlich an ein mindestens dreijähriges Hochschulstudium gebunden. Das Argument, daß die EG-Forderung nach einer mindestens dreijährigen "Higher Education" angesichts des 13. Schuljahres in Deutschland durch ein nur zweijähriges Grundstudium durchaus als erfüllt betrachtet werden könne, wollte der Minister insofern nicht gelten lassen, als er sich selbst auf die Rolle des gewichtigsten Protagonisten einer Opferung des 13. Schuljahres festgelegt hat.

Ungeachtet dieser Frage hat sich die ganze Diskussion um die Frage einer europaweiten Anerkennung des Baccalaureus mittlerweile als recht überflüssig herausgestellt: Auf eine entsprechende Anfrage hin hat die Universität Augsburg vom Bayerischen Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten mittlerweile die Auskunft erhalten, daß die grundsätzliche Anerkennung des Baccalaureats als ein erster berufsqualifizierender akademischer Abschluß von EG-Richtlinien nicht berührt werde. Die Anerkennung akademischer Grade sei eine rein nationale Angelegenheit, soweit es, wie beim Augsburger Bac. oec. der Fall, eben nicht um eine Berechtigung zur Ausübung sog. reglementierter Berufe gehe. Auch der Begriff der "Higher Education" dürfte kein Hindernis darstellen, da es derzeit keine verbindliche Interpretation dieses Begriffs gebe und die Kommission offenbar auch nicht daran denke, endgültige Festlegungen in dieser Beziehung zu treffen.

Diese Auskunft entspricht dem Standpunkt, den die Universität Augsburg in dieser Beziehung von Beginn an vertreten hat. Die von Skeptikern immer wieder

aufgeworfene Frage nach einer formellen europäischen Anerkennung geht an den aktuellen Problemen ebenso gezielt vorbei wie an den Intentionen und Motiven dieser Augsburger Initiative. Sie ist allenfalls geeignet, vom Kern der deutschen Hochschulreformdiskussion abzulenken, auf den sich der Bac.-Vorschlag bezieht. Zu glauben, der Bac. oec. sei als ein Abschluß entworfen, dessen primäres Ziel es sei, deutschen Studenten besonders gute Berufseinstiegschancen in Großbritannien, Frankreich, Italien oder wo auch immer zu eröffnen, wäre ein Mißverständnis, zu dem die Universität Augsburg nie Anlaß gegeben hat. Wenn es um Vergleichbarkeit im europäischen Maßstab geht, dann nur in der Beziehung, daß die deutsche Wirtschaft mit den Baccalaureaten endlich jene angeblich dringendst gewünschten deutschen Hochschulabsolventen angeboten bekäme, die nicht älter wären als die europäische "Konkurrenz".

Die Haltung des Kultusministeriums: "distanziert" oder "sehr viel Sympathie"?

Zu Mißverständnissen scheint es auch in der Kommunikation zwischen dem SPIEGEL und dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst gekommen zu sein. Das Nachrichtenmagazin hat nämlich den Eindruck "von einem 'distanzierten Verhältnis' der Behörde zum Baccalaureat" gewonnen, das darauf beruhe, daß "die Akzeptanz durch die Wirtschaft ... fraglich" sei. Wenn die Akzeptanz durch die Wirtschaft nicht eine offene Frage gewesen wäre, hätte es wenig Sinn gemacht, das Baccalaureat als einen fünfjährigen Modellversuch zu genehmigen, mit dem, so das Bayerische Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst selbst, herausgefunden werden soll, wie der Arbeitsmarkt "auf Bewerber reagiert, deren Ausbildung sich auf eine Basisqualifikation als Grundlage für den Erwerb ständig neuer Fachkenntnisse beschränkt".

Dahingestellt sei auch, inwiefern man von einem "distanzierten Verhältnis" der Behörde zum Baccalaureat sprechen kann, wenn Staatsminister Zehetmair nach seinen eigenen Worten dieser Idee von Anfang an "sehr viel Sympathie" entgegengebracht und das Augsburger Modell bereits in einem sehr frühen Stadium als eine "Pionierleistung" bezeichnet hat, die u. U. über die Wirtschaftswissenschaften hinaus auch für andere Fächer und Studiengänge interessant sein könnte.

Die Alternative zum Bac.: Festhalten an einem ausgehöhlten "Voll-Akademiker"-Ideal

Sollte der Augsburger Modellversuch zeigen, daß Baccalaureaten auf dem deutschen Arbeitsmarkt - anders als in unseren Nachbarländern - nicht akzeptiert werden, so wird dies in erster Linie Beleg dafür sein, daß es leeres Gerede ist, wenn mit Verweis auf die europäische Konkurrenz von den deutschen Universitäten wesentlich jüngere Absolventinnen und Absolventen gefordert werden. Belegt sein wird weiterhin, daß man hierzulande vordergründig am überkommenen Ideal des "Voll-Akademikers" festhält, während man dieses Ideal gleichzeitig aushöhlt, indem man die "Berufsqualifizierung" ins Zentrum jenes Bildungsauftrags der Universitäten rückt, der bislang noch auf die Vermittlung wissenschaftlicher Qualifikationen zielt.

Es war von Beginn an klar - und mittlerweile wird dies auch von den Bildungspolitikern selbst eingestanden -, daß mit Reformplänen, die eine Zweiteilung des Studiums in ein berufsqualifizierendes Regel- und ein wissenschaftliches Aufbaustudium vorsehen, dem Grundübel, der Überlast also, nicht beizukommen ist: Mit der Durchsetzung des vier- bis fünfjährigen Regelstudiums wird sich der "Studentenberg" allenfalls von 1,8, auf 1,5 Millionen abbauen lassen. Folglich müßten, dies hat Bundesbildungsminister Ortleb eingeräumt, die Kapazitäten der deutschen Universitäten in jedem Fall verdoppelt werden, wenn man tatsächlich wieder zu vernünftigen Verhältnissen an den Universitäten und Hochschulen kommen wollte. Aber auch daran, daß dies politisch nicht machbar ist, hat der Bundesbildungsminister keinen Zweifel gelassen. Unter diesen Vorzeichen stehen die Chancen für das Baccalaureat vielleicht besser, als es den Anschein hat. Echte Alternativen, die eine wesentliche Verkürzung der Studienzeitdurchschnitte und damit eine spürbare Entlastung der deutschen Universitäten in Aussicht stellen würden, sind nirgendwo erkennbar. Insofern wäre es jedenfalls verwunderlich und unverständlich, wenn das Baccalaureat, das im europäischen Ausland eine Selbstverständlichkeit ist und in Bayern von einem mutigen Wissenschaftsminister wenigstens als Modellversuch eingeführt worden ist, nicht auch beim längst überfälligen Bildungsgipfel in Bonn mit auf die Tagesordnung käme - den Vorurteilen, Klischees und Interessen zum Trotz, die jedem Ansatz zur Überwindung der hochschulpolitischen Misere hierzulande entgegenstehen. UniPress

Kooperationsvereinbarung zwischen den Universitäten Budweis und Augsburg

Überwindung des "eisernen Devisenvorhangs" erweist sich als größtes Problem



Der Rektor der Universität Ceské Budejovice, Professor Divisek (links), und Professor Williams, der auf Augsburger Seite die Kooperation initiiert hat, bei der Vertragsunterzeichnung in Budweis.

Foto: Universität Budweis

Im Juni 1993 ist ein Kooperationsabkommen zwischen der tschechischen Universität Ceské Budejovice und der Universität Augsburg in Kraft getreten, das im Mai 1993 in Budweis und Augsburg von den Rektoren Prof. Dr. Jirí Divisek und Prof. Dr. Reinhard Blum unterzeichnet wurde. Initiator und Koordinator dieser Zusammenarbeit war auf Augsburger Seite der Germanist Prof. Dr. Werner Williams (Deutsche Sprache und Literatur des Mittelalters). Er stand schon vor dem Umbruch 1991 viele Jahre lang in engem wissenschaftlichen Kontakt mit seinem südböhmischen Fachkollegen Prof. Dr. Vacsláv Bok, der seinerseits im Rahmen des Tempus-Programms bereits an der Universität Augsburg zu Gast war. Im kommenden Oktober wird eine Delegation der Universität Augsburg mit Rektor Prof. Dr. Reinhard Blum und den beiden Mediävi-

sten Prof. W. Williams und Prof. J. Janota die tschechische Universität besuchen.

Die Stadt, deren Name viele zuerst an das berühmte "Budweiser" Bier denken läßt, blickt auf eine lange Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturtradition zurück. Zahlreiche Bibliotheken, Museen, Archive und andere bereits bestehende Einrichtungen unterstützten die Bemühungen um die Gründung einer Universität in Budweis. Sie wurde im September 1991 durch die Vereinigung einer Pädagogischen Fakultät, die seit 1948 als selbständige Hochschule bestand hatte, mit der Agronomischen Fakultät der Landwirtschaftlichen Hochschule Prag errichtet.

Zu diesen Gründungsfakultäten kamen im gleichen Jahr noch eine Biologische, eine Theologische und eine Medizinisch-Soziale Fakultät hinzu. Das außergewöhnliche Fakultätenspektrum und die Verflecht-



Zum Wohle des Kooperationsabkommens wurde zwar nicht mit dem berühmten "Budweiser" angestoßen, aber dennoch blickten Professor Williams (ganz links), Rektor Divisek (2.v.l.) und Professor Bok (3.v.l.) zusammen mit ihren Kollegen optimistisch in die gemeinsame Zukunft. Foto: Universität Budweis

tung mit Instituten der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik unterscheidet diese Universität von den übrigen böhmischen Hochschulen. Innere Einheit und ein spezifisches Profil nach außen ergeben sich aus einer Schwerpunktsetzung im Bereich Umwelt- und Ökologieforschung. Unter dem Schlagwort "Ökologie des Geistes" sind daran auch die Pädagogische und die Theologische Fakultät beteiligt. Die junge Universität, die über mehrere Außenstellen in der Region verfügt, rechnet mit einem raschen Wachstum ihrer Fakultäten. Derzeit zählt sie 713 Mitarbeiter, darunter 89 Professoren und Dozenten, die rund 3000 Studenten und ca. 700 Fernstudenten unterrichten.


Aufbauend auf der bereits funktionierenden Zusammenarbeit der Budweiser und Augsburger Germanisten, sollen der Kooperationsvereinbarung zufolge die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch auf allen sich bietenden Gebieten der wissenschaftlichen

Forschung, der akademischen Lehre und der Universitätsorganisation gefördert werden. Außerdem sollen Dozenten und Studierenden beider Universitäten wechselseitige Gastaufenthalte für Vorlesungen und Vorträge, zur Realisierung von Forschungsvorhaben und zur Gestaltung gemeinsamer Kompaktseminare ermöglicht werden.


Deutschlandaufenthalte, wie sie für ausländische Germanistikstudenten und -professoren im Grunde unverzichtbar sind, konnten früher von der Tschechoslowakei aus in der DDR absolviert werden. Solche Aufenthalte sind seit dem Fall des alten "Eisernen Vorhangs" keineswegs einfacher geworden. Sie scheitern jetzt meist an einem neuen, nicht weniger eisernen Devisenvorhang. Diese finanzielle Barriere im Sinne einer fruchtbaren Gestaltung der Zusammenarbeit Augsburg - Budweis abzubauen, wird über große Anstrengungen beider Kooperationspartner hinaus auch das großzügige Engagement Dritter erfordern.

UniPress/HD

IHK-WEITERBILDUNG ÖFFNET VIELE TÜREN PAF
NEUES PROGRAMM '93/94



Unser aktuelles Programmheft 1993/94 zur beruflichen Weiterbildung liegt jetzt kostenlos für Sie bereit. Nutzen Sie Ihre Chancen und erweitern Sie Ihre beruflichen Möglichkeiten. Fordern Sie Ihr Exemplar noch heute telefonisch an.
Telefon 01 30/86 51 27 (gebührenfrei).

IHK  Zentrum für Weiterbildung Schwaben

Stettenstr. 1+3, 86150 Augsburg
 Regionalbüro Allgäu:
 Am Stadtpark 8, 87435 Kempten
 Am Galgenberg 1, 87700 Memmingen

Augsburger Humanismus in der Fremde

Am 23. September wird im Staatsarchiv eine Ausstellung mit Briefen und Dokumenten aus dem Archiv Friedmann eröffnet

Anlässlich des Deutschen Archivtags 1993, zu dem über 700 Archivare aus dem ganzen Bundesgebiet in Augsburg erwartet werden, wird am 23. September 1993 in der Eingangshalle des Staatsarchivs Augsburg die Ausstellung "Augsburger Humanismus in der Fremde - Briefe und Dokumente aus dem Archiv Friedmann" eröffnet.

Prof. Dr. Friedrich Georg Friedmann, 1912 in Augsburg geboren, kehrte 1960 als einer der wenigen jüdischen Wissenschaftler, die nach der nationalsozialistischen Machtergreifung ins Exil gegangen waren, nach Deutschland zurück und war bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1979 Direktor des Amerika-Instituts an der Universität München. Seit wenigen Jahren lebt er wieder in der Nähe seiner Geburtsstadt, deren Universität ihn 1990 zu ihrem Ehrenbürger gemacht hat.

Friedmann, der in München und Freiburg Medizin und in Rom dann "lettere" und "filosofia" studierte, arbeitete im Laufe seiner Amerika-Jahre an vier verschiedenen Universitäten als Professor für Philosophie, an der LMU lehrte er Nordamerikanische Kulturgeschichte. Wie wenig diese Angaben über den Wissenschaftler Friedmann im Grunde aussagen über die Persönlichkeit, das Wirken und v. a. über die den Horizont jeglicher Fachwissenschaft überschreitenden Anliegen des heute 81jährigen, wird die geplante Ausstellung zeigen. Sie präsentiert primär ausgewählte Beispiele aus den umfangreichen Korrespondenzen, die von einem Augsburger ausgingen, der sich selbst gerne als einen jüdisch-benediktinischen Humanisten bezeichnet. Humanismus bedeutet für ihn eine Gesinnung oder Haltung, die einerseits ihren Ursprung in seiner dem deutsch-jüdischen Bürgertum angehörenden Familie hat und andererseits in seiner Erziehung an dem von Benediktiner geleiteten Humanistischen Gymnasium bei St. Stephan in Augsburg.

Die "Fremde" im Titel der Ausstellung bezieht sich zum einen auf die Länder, in denen Friedmann nach der Flucht aus dem nationalsozialistischen Deutschland lebte und arbeitete, dann aber auch auf jenes

Deutschland, in das er 1960 zurückkehrte, und auf die unmittelbare Gegenwart und ihre Gesellschaft, die dem Humanisten Friedmann in vielfacher Weise fremd geworden ist.

United States Senate
 COMMITTEE ON BANKING AND CURRENCY

July 1, 1958

Dr. F. G. Friedmann
 Department of Philosophy
 University of Arkansas
 Fayetteville, Arkansas

My dear Dr. Friedmann:

I wish to acknowledge your letter of the 27th.

It is an interesting and thoughtful commentary, and I find myself in agreement with most of your thoughts on the subject. The only thing which leaves me quite depressed is the improbability of obtaining the kind of leaders which you say are necessary. When one considers the leaders we presently have -- especially the President, and how unsuited he is to the tasks to be performed -- I confess I am left with little hope. A people with so little real interest in the important issues is unlikely to choose leaders of the kind you describe. Most of the issues that arouse the Congress and the country are petty indeed, such as the Adams affair which currently occupies most of the news.

With all best wishes, I am

Sincerely yours,

J. W. Fulbright
 J. W. Fulbright

Dieser Brief von J. W. Fulbright steht nur stellvertretend für eine ganze Reihe von Korrespondenzen, in denen sich Friedmann mit teils ebenso prominenten wie unterschiedlichen Zeitgenossen austauschte. Unter ihnen finden sich George F. Kennan, Henry A. Kissinger, Henry R. Luce, John McCloy, Reinhold Niebuhr, Adriano Olivetti, Karl Rahner, Gershom Scholem, Ernst Simon, David Riesman oder Richard von Weizsäcker.

Demgegenüber hatte Friedmann in der Zeit zwischen 1950 und 1970/80 im sogenannten "liberal establishment" der USA, weiterhin in Vertretern eines eher humanistisch, denn politisch geprägten italienischen Antifaschismus und schließlich in verschiedenen Repräsentanten eines traditionellen christlichen Humanismus Gesprächs- und Korrespondenzpartner gefunden, die ein von Friedmann "Neuer Humanismus" genannter gemeinsamer "Zeitgeist" verband. Dieser

"Zeitgeist" ist in einem in dieser Form sicherlich einzigartigen Bestand von Korrespondenzen konserviert, die Friedmann in den ersten vier Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg geführt und gesammelt hat und die mittlerweile im Staatsarchiv Augsburg lagern. Die Aufmerksamkeit auf diesen Bestand zu lenken und eventuell Interesse an seiner Auswertung zu wecken, ist Sinn der geplanten Ausstellung, zu der auch ein entsprechender Katalog erscheinen wird. UniPress

Zwei neue Scheinhammer-Bilder

Anlässlich ihres 80. Geburtstags beschenkte Maria Sabine Scheinhammer die Universität mit weiteren Gemälden ihres Mannes

Zwei weitere Bilder ihres 1982 verstorbenen Mannes Otto stiftete Maria Sabine Scheinhammer anlässlich ihres 80. Geburtstags der Universität Augsburg. Die Anzahl der Scheinhammer-Gemälde, die sich im Besitz der Universität befinden, erhöhte sich damit auf vierzehn. Die zwölf "alten" Bilder des 1897 in München geborenen Malers, der seit 1948 in Augsburg gelebt hat, waren zu einer imposanten Galerie zusammengestellt, als die Stifterin und Jubilarin die beiden "neuen" im Rahmen einer für sie arrangierten Geburtstagsfeier am 18. Juni überreichte.



Zwei weitere Bilder ihres Mannes überreichte Frau Scheinhammer bei der Feier ihres 80. Geburtstages an Rektor Blum. Insgesamt ist die Universität damit nun im Besitz von 14 Gemälden Otto Scheinhammers. Foto: Diekamp

Der Senatssaal vermochte die Angehörigen und Freunde von Frau Scheinhammer, die von außerhalb und innerhalb der Universität der Einladung des Rektors gefolgt waren, kaum zu fassen. Im Mittelpunkt dieser Feier stand ein Vortrag der am Augsburger Lehrstuhl für Kunsterziehung lehrenden Kunsthistori-

kerin Dr. Gertrud Roth-Bojadzhiev über Leben und Werk Otto Scheinhammers. In einer leicht modifizierten Fassung ist dieser Vortrag in der Rubrik "Forum" dieses Heftes abgedruckt.

UniPress

Grundsteinlegung für einen kleinen IKB-Campus

Kurt-Bösch-Institut kann 1994/95 neues Institutsgebäude in Sitten beziehen

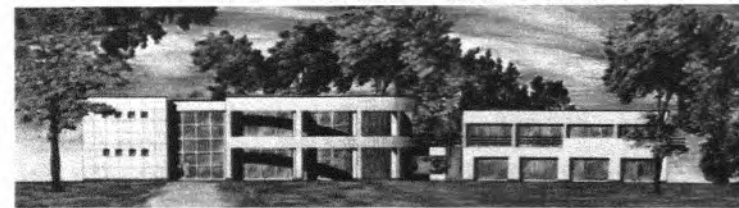
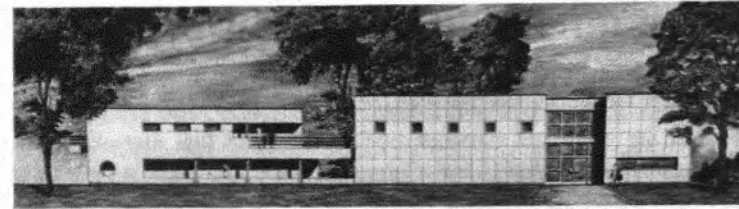
Am 26. März 1993 wurde in Sion/Wallis der Grundstein für einen Neubau gelegt, in dem ab 1994/95 das "Institut universitaire Kurt Bösch" (IKB) beheimatet sein soll. Das IKB wurde 1989 auf der Grundlage einer Immobilien und Kapital umfassenden Stiftung des in Augsburg und Sion gleichermaßen beheimateten Ehrensenators der Universität Augsburg, Kurt Bösch, errichtet. Böschs Engagement war Voraussetzung für die Realisierung des Projekts, das auf Initiative des damaligen Präsidenten des Walliser Erziehungsdepartements, Comby, von einer Schweizer Expertenkommission "Valais/Universités" erarbeitet worden war. Aufgabe dieser Kommission war es gewesen, Möglichkeiten zu untersuchen, wie die Infrastruktur des Kantons Wallis, der selbst über keine Universität verfügt, im Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsbereich durch den Aufbau und die Institutionalisierung von Beziehungen zu Schweizer und ausländischen Universitäten ausgebaut und gestärkt werden könnte. Über Kurt Bösch, der bereits seit 1986 in Form zweier anderer Stiftungen auch die Universität Augsburg in außergewöhnlichem Umfang fördert, war die Universität Augsburg als einzige deutsche Universität von Beginn an einbezogen in den Aufbau und die Arbeit des IKB.

Das maßgeblich von dem Nobelpreisträger und ehemaligen Baseler Rektor geprägte Gutachten der Kommission "Valais/Universités" zielte u. a. darauf, im Wallis selbst ein Angebot von trans- und interdisziplinär ausgerichteten Kursen zur akademischen Aus- und Weiterbildung in Form eines "Zentrums für Inter- und Transdisziplinäre Akademische Lehre" (ZITAL) zu schaffen. Mit der Errichtung des IKB stiftete Kurt Bösch 1989 zur provisorischen Unterbringung dieses Zentrums zunächst fünf Häuser seiner am Talhang der Rhône bei Sion gelegenen Domaine. Für die Teilnehmer der Kurse, Seminare und Tagungen, die seither im IKB stattfinden, werden bei Bedarf auch Raumkapazitäten in den Häusern der 1986 errichteten "Kurt Bösch-Stiftung zur Förderung des wissenschaftlichen, kulturellen und sprachlichen Austausches zwischen dem Wallis und der Universität Augsburg" zur Verfügung gestellt, wie umgekehrt das IKB Augsburger Gruppen immer wieder Gastrecht gewährt.

An der Spitze des IKB-Vorstandes steht Nationalrat Bernard Comby, der früher Präsident des Walliser Erziehungsdepartements war. Ein enger Mitarbeiter Combys aus dieser Zeit, Jean-Pierre Rausis, ist Verwaltungsdirektor des Instituts, zum Wissenschaftlichen Direktor wurde der Lausanner Geograph Prof. Dr. Michel Delaloye berufen. Aufgrund einer Bestimmung der Stiftungsurkunde des IKB und im engen Zusammenhang mit einem Kooperationsvertrag zwischen dem Kanton Wallis und der Universität Augsburg ist diese in allen Gremien des IKB vertreten.

Dem Vorstand gehört Professor Becker an, in dessen Amtszeit als Präsident der Universität Augsburg die Kurt-Bösch-Stiftungen in Augsburg und im Wallis gegründet wurden. Mitglieder des Stiftungsrates sind u. a. Rektor Blum, Alt-Präsident Knöpfle und die Professoren Atteslander und Mainzer. In den für die Planung und Durchführung der wissenschaftlichen Veranstaltungen zuständigen Wissenschaftlichen Rat entsenden alle Partnerinstitutionen des IKB - dies sind neben allen Schweizer Universitäten und der Universität Augsburg die Universitäten Grenoble, Perugia und Bordeaux - jeweils zwei Vertreter, für die Universität Augsburg sind dies die Professoren Becker und Mainzer.

Bei der Zusammensetzung des Wissenschaftlichen Rates unter der Leitung von Nobelpreisträger Arber wird Wert darauf gelegt, daß möglichst viele verschiedene Fachrichtungen repräsentiert sind. Denn schließlich stand bei der Konzeption des ZITAL die Einsicht Pate, daß einerseits die zunehmende Vermehrung des Wissensgutes unserer Zivilisation im Laufe der Zeit zu einer weitgehenden Spezialisierung der akademischen Studien geführt hat und dieser Trend sich weiter verstärken wird; daß sich andererseits für Akademiker im Berufsleben aber gleichzeitig mehr und mehr die Notwendigkeit zeige, über die spezielle Kompetenz im eigenen Fach hinaus auch über Kenntnisse in vielen anderen Disziplinen zu verfügen. Vornehmlich Vertreter der genannten Partneruniversitäten sind es auch, die als Dozenten das Kurs- und Tagungsangebot



Schon im Herbst 1994 fertiggestellt sein soll das eigene Gebäude des Instituts Kurt Bösch, für das im März 1993 in Slon der Grundstein gelegt wurde. Foto: IKB

des Instituts bestreiten. Dieses Angebot wiederum wendet sich in der Regel an fortgeschrittene Studierende dieser Universitäten bzw. - im Sinne einer inter- und transdisziplinären Weiterbildung - an bereits im Berufsleben stehende Akademiker.

Aufgrund seiner überzeugenden Konzeption wurde das IKB Ende 1992 vom Schweizer Bundesrat als Einrichtung auf Universitätsebene anerkannt. Diese Entscheidung war nicht nur für das wissenschaftliche Renomee des Instituts von großer Bedeutung, sie schuf vielmehr auch die Voraussetzung für den Fluß von Bundeszuschüssen und damit für eine dauerhafte materielle Existenzsicherung. Auf deren Grundlage konnte im Frühjahr 1993 nun der Neubau eines eigenen Institutsgebäudes auf einem von Kurt Bösch erworbenen Grundstück im Sittener Vorort Pont de Braimois in Angriff genommen werden. Was seit März

1993 hier im Entstehen begriffen ist, entspricht einem kleinen Campus, der neben flexibel gestalteten Seminar- und Konferenzräumen, in denen Kongresse mit bis zu 300 Teilnehmern stattfinden können, auch Unterkunftsmöglichkeiten und Raum für die erforderliche Infrastruktur von der Bibliothek über die Verwaltung bis hin zu einer Mensa bietet.

Nach der Fertigstellung dieses Komplexes werden sich die Bedingungen für die am IKB Lernenden und Lehrenden weiter verbessern, wengleich nicht verschwiegen werden soll, daß unabhängig von

allen sonstigen Annehmlichkeiten allein schon seine Lage in der Berg- und Weinwelt des Wallis das IKB zu einem denkbar attraktiven Studienort macht. Daß es auch bislang schon an fruchtbaren Arbeitsbedingungen nicht gefehlt hat, zeigen die beiden bereits erschienen Bände der Schriftenreihe des Instituts Kurt Bösch über "Inter- und Transdisziplinarität", herausgegeben von Werner Arber und zum Thema "Ökonomie und Ökologie unter besonderer Berücksichtigung der Alpenregion". Dieser von Klaus Mainzer herausgegebene und Kurt Bösch zu seinem 85. Geburtstag gewidmete Band dokumentiert mit 13 deutsch- und französischsprachigen Beiträgen eine internationale ZIT-TAL-Tagung, die sich mit dem Verhältnis von Ökonomie und Ökologie aus betriebs- und volkswirtschaftlicher, juristischer, soziologischer, naturwissenschaftlicher, medizinischer und philosophischer Sicht befaßte.

UniPress

Bahnhofsbuchhandlung Augsburg

Buch- und
Pressezentrum
im Hauptbahnhof
Telefon 0821 / 333 16



Ilse-Lichtenstein-Rother-Schule

Grundschule in Riede bei Bremen trägt den Namen der ehemaligen Augsburger Pädagogin

Den Namen Ilse Lichtenstein-Rothers, der 1991 verstorbenen Augsburger Ordinaria für Grundschuldidaktik, die sich als Dekanin ihrer Fakultät und Vizepräsidentin (1981 - 1985) außergewöhnliche Verdienste um die Entwicklung der Universität Augsburg erworben hat, trägt seit März 1993 die Grundschule des kleinen, zwanzig Kilometer südöstlich von Bremen gelegenen Orts Riede. Die "Taufe" der Schule wurde am letzten Schultag vor den Osterferien, dem 26. März 1993, gefeiert. Für die Schulkinder gab's "Überraschungen auf dem Schulhof", für die Erwachsenen einen Umtrunk in der Pausenhalle.

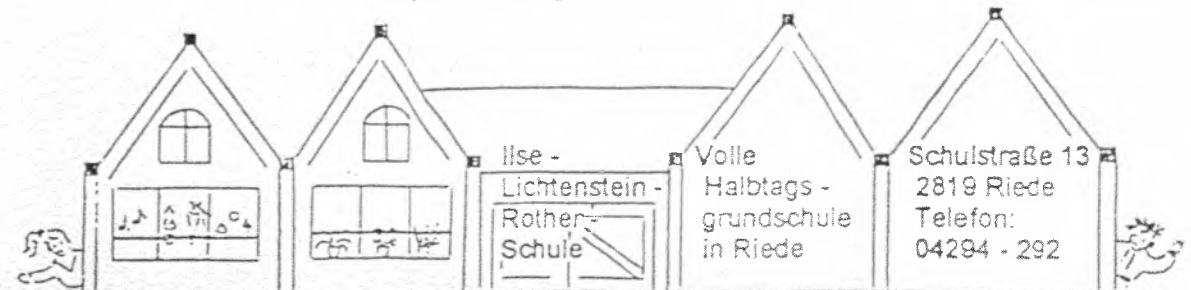


Die Idee, ihre Schule nach Prof. Dr. h. c. Ilse Lichtenstein-Rother zu benennen, ging von der Rektorin, Frau Korte, selbst aus. Im Rahmen einer Umstrukturierung der zwei- bis dreizügigen, rund 220 Kinder betreuenden Grundschule zu einer "Vollen Halbtagsgrundschule" habe sich u. a. die Möglichkeit geboten, der Schule einen Namen zu geben. Derjenige von Ilse Lichtenstein-Rother stehe für eben jene "lebendige,

zeitgemäße und kindgerechte Grundschularbeit", der sich, so Frau Korte, die Schulleitung, das Lehrerkollegium und auch die Elternschaft in Riede verbunden und verpflichtet fühlten. Darüber hinaus gebe es "wohl keine Grundschullehrkraft, der dieser Name nicht während des Studiums begegnet ist". Wohl alle Grundschulpädagoginnen und -pädagogen, gleichgültig welchen Alters, hätten zudem "positive Berührungspunkte mit diesem Namen", der anders als die Namen anderer prominenter Pädagogen - wie z. B. Freinet oder Montessori - nicht mit festgelegten Schulprofilen verknüpft sei. Auch fehle bei Ilse Lichtenstein-Rother jener Knick in der Biographie zwischen 1933 und 1945, den einige Reformpädagogen aufweisen. Schließlich habe auch die Tatsache, daß 95% der Grundschularbeit von Frauen geleistet werde, dafür gesprochen, auf den Namen einer prominenten Frau zurückzugreifen, die sich in Wissenschaft und schulischer Praxis höchste Verdienste um die Grundschule und ihre Entwicklung in der Bundesrepublik erworben hat.

Zu Lebzeiten noch sind Ilse Lichtenstein-Rother diese Verdienste durch zahlreiche Auszeichnungen, unter ihnen das Bundesverdienstkreuz I. Klasse und die Ehrendoktorwürde der Bergischen Universität-GHS Wuppertal, bescheinigt worden. Zu diesen Auszeichnungen reiht sich postum nun als bleibende Erinnerung an die ehemalige Augsburger Professorin die nach ihr benannte Schule in Riede.

UniPress

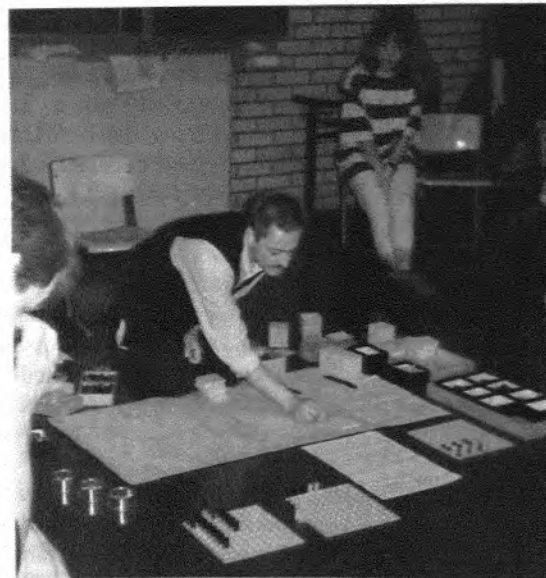


Neuer Name, neuer Briefkopf: Die Grundschule in Riede bei Bremen trägt den Namen von Ilse Lichtenstein-Rother.

Neue Wege in der Lehreraus- und -fortbildung

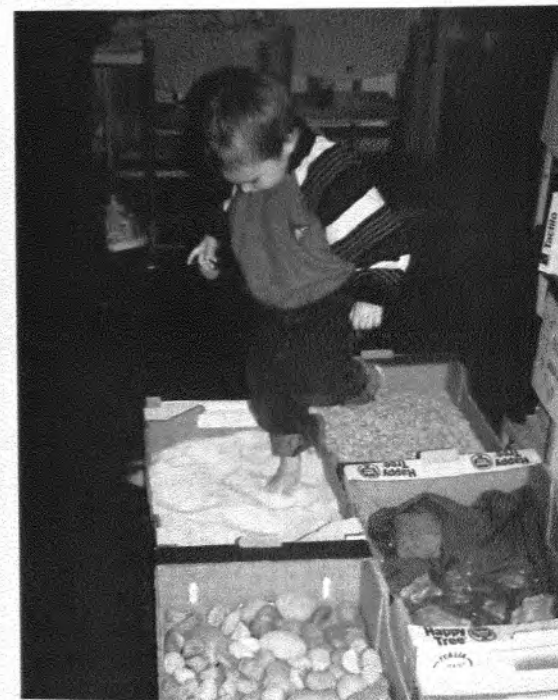
Lehrstuhl für Schulpädagogik eröffnete seine Lernwerkstatt

Vom 22. bis zum 28. Juli 1993 öffnete die "Lernwerkstatt" des Lehrstuhls für Schulpädagogik und des Staatlichen Schulamts der Stadt Augsburg mit einer Reihe von Veranstaltungen das erste Mal ihre Pforten in Räumen der Friedrich-Ebert-Grundschule in Göggingen.



"Höhere" Mathematik konkret: Daß Quadratwurzeln aus großen Zahlen nicht nur mit dem Taschenrechner, sondern auch konkret handelnd mit Montessori-Mathematikmaterialien "errechnet" werden können, demonstrierte Claus-Dieter Kaul den erstaunten Studentinnen und LehrerInnen in der Lernwerkstatt.
Foto: Schönknecht

Die "Lernwerkstatt" ist ein neuartiger Lernort für alle, die an der inneren Schulreform, also an der Veränderung, Weiterentwicklung und Öffnung der Schule interessiert sind. Sie kann von StudentInnen ebenso genutzt werden, wie von angehenden und unterrichtenden LehrerInnen. Sie möchte Anregungen geben und



"Lernen mit allen Sinnen": Der Steine-Fühlparcours fand v. a. bei den jüngeren Lernwerkstattbesuchern regen Zuspruch.
Foto: Schönknecht



Mut machen zur Weiterentwicklung von Erziehung und Unterricht an unseren Schulen. Lernwerkstätten gibt es bundesweit in unterschiedlicher Trägerschaft seit etwa zehn Jahren; die Lernwerkstatt in Augsburg ist das erste Modell in Bayern, das eine enge Kooperation von Universität und Schule und die Ausdehnung des Lernwerkstattgedankens auf die Sekundarstufe miteinbezieht.

Bereits die Veranstaltungen in den Eröffnungswochen machten das breite Angebotsspektrum der Lernwerkstatt deutlich: Vorträge (Prof. Dr. Dr. Wiater: "Der Verlust des bildenden Umgangs mit der Welt in der Schule"), Workshops (Claus-Dieter Kaul: "Anregungen aus der Montessori-Pädagogik für handelndes und entdeckendes Lernen im Mathematikunterricht"; Prof. Dr. Spinner: "Geselliges Schreiben"), "offene" Lernangebote (bereitgestellte Materialien und Anregungen zum Thema "Steine") sowie der Austausch von Ideen- und Materialien (selberstellte Lernmittel von LehrerInnen Augsburger Schulen) zeigten, daß die Lernwerkstatt ihren beiden Hauptaufgaben, nämlich die

Konfrontation Erwachsener mit "offenen" Lernsituationen und den Ideen- und Materialenaustausch für anderes Schulehalten, schon in der Eröffnungsphase wahrnehmen konnte.

Alle Veranstaltungen waren sowohl von LehrerInnen als auch von StudentInnen gut besucht. Die große Nachfrage führte dazu, daß zusätzlich Öffnungszeiten im Juli angeboten wurden. Weitere Aufgaben der Lernwerkstatt wie die Kooperation von Universität und Schule in einzelnen Projekten und der Versuch, neue Wege in der Schul- und Unterrichtsforschung zu gehen, sollen und können in der Zukunft angegangen werden, wenn die finanzielle Unterstützung des Projekts dies zuläßt. Für eine großzügige Spende zur Eröffnung der Lernwerkstatt sei hier der Gesellschaft der Freunde der Universität gedankt.

Ein ausführlicher Bericht von den Eröffnungstagen, in dem auch die pädagogische Konzeption der Lernwerkstatt dargelegt wird, erscheint in UniPress 4/93.

Gudrun Schönknecht

Wir machen den Weg frei

*für
Ihre persönliche
Freiheit
und Ihre Wünsche.*

Volksbanken Raiffeisenbanken

Zeigemuster für einen humaneren Leistungssport

Unter den 7000 Teilnehmern der World Student Games 1993 sind auch zwei Augsburger

Wenn sich in diesem Sommer rund 7000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Universiade 1993 in Buffalo (USA) treffen, sind auch zwei Augsburger Studenten mit von der Partie: Ralf Bißdorf, der an der Philosophischen Fakultät I Politikwissenschaft studiert, ist vom Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverband (ADH) für die Disziplin Fechten nominiert, sein BWL-Kommilitone Alexander Windisch tritt im Tennis an. Das AHD-Team insgesamt zählt 214 Studentinnen und Studenten, die in den Disziplinen Leichtathletik, Basketball, Fechten, Fußball, Rudern, Schwimmen, Turnen, Tennis, Volleyball und Wasserspringen gegen Konkurrenten aus rund 120 Ländern antreten.

Die auch als "World Student Games" bekannte Universiade, die nach den Olympischen Spielen als die zweitgrößte Multi-Sportveranstaltung der Welt gilt, ist nach Auffassung des DSB-Vizepräsidenten Prof. Dr. Helmut Digel, Darmstadt, ein "Zeigemuster für einen humaneren Leistungssport: weniger von einer Sensationspresse geprägt, weniger vom Geldverdienenden gekennzeichnet, weniger von der technischen Perfektion dominiert; statt dessen erkennbar eine gelungene Verbindung von Leistungssport und zwangloser Begegnung von Athleten aus aller Welt, bei denen der Sport vornehmlich Anlaß zu vielfältigen kulturellen Impressionen ist."

UniPress

In Sachen Frauenforschung ein Entwicklungsland

Arbeitskreis will Frauenforschung in Bayern institutionalisieren

In München hat sich auf Initiative der "Bayerischen Landeskonferenz der Frauenbeauftragten an Hochschulen" im Frühjahr 1993 ein Arbeitskreis "Frauen und Wissenschaft in Bayern" konstituiert. Sein Ziel ist es, Frauenforschung in Bayern zu institutionalisieren. Er besteht aus rund vierzig Frauen aus Wissenschaft, Politik und Medien, die bislang 27 Verbände und Institutionen repräsentieren.

Während bundesweit bereits 67 Professuren mit einem Schwerpunkt im Bereich geschlechtsspezifischer Fragestellungen existieren, ist Bayern neben Baden-Württemberg das einzige Bundesland ohne eine solche Professur. Zwar haben sich zahlreiche bayerische Universitäten für die Einrichtung entsprechender Professuren interessiert; sie waren jedoch nicht bereit, die Voraussetzungen für eine Realisierung zu schaffen. Der Landtag aber sah sich nicht in der Lage, Sondermittel im Haushalt dafür vorzusehen. Auch die außeruniversitäre Frauenforschung erhält durch den Bayeri-

schen Landtag keine institutionelle Förderung. Das Fehlen von Frauenforschungsprofessuren und Institutionen ist äußeres Zeichen dafür, daß Frauenforschung in Bayern zwar vereinzelt stattfindet, aber weder institutionell angebunden ist, noch finanzielle Unterstützung erhält. Frauenforschung will die Fragen nach der Zuweisung und Festschreibung von Rollen, Tätigkeitsfeldern und Lebenszusammenhängen von Frauen, nach den Leistungen von Frauen in Vergangenheit und Gegenwart und nach der Rezeption dieser Leistungen durch die einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen klären. Frauenforschung geht aus von einer Asymmetrie in der Gesellschaft zu Lasten der Frauen und will den Blick schärfen für die dadurch hervorgerufenen Ungleichheiten. Sie bezieht sich auch auf Wissenschaftskritik und praktische Verbesserungen.

Der Arbeitskreis hat sich vornehmlich vier Ziele gesetzt: Er will 1. Vermittlungsarbeit leisten, um die noch immer weitverbreitete Unsicherheit über Gegen-

stand, Methode und Erkenntnisanspruch von Frauenforschung in den verschiedensten Wissenschaftszweigen abzubauen; er strebt 2. nach einer Institutionalisierung von interdisziplinären Themen und Projekten in Frauen- und Geschlechterforschung in und außerhalb der Hochschulen (einzelne Professuren mit Schwerpunkt, interdisziplinäre Einrichtung, verbundartiger Zusammenschluß mehrerer Hochschulen zu einem thematischen Schwerpunkt u.a.); 3. geht es ihm um die Stärkung des Anteils von Frauen an der Hochschullehrerschaft, insbesondere in den Bereichen der Frauenforschung; und schließlich 4. will er Strategien

zur effektiven Durchsetzung der erarbeiteten Konzepte entwickeln.

Dabei braucht man vor allem kooperative Strategien der Vernetzung von interdisziplinären wissenschaftlichen Initiativen, von Frauenforschung und Politik, von Frauenforschung und ihrem Transfer in Anwendungsbereiche. Der Arbeitskreis sieht sich als Koordinationsstelle für alle Hochschulen in Bayern und zielt vor allem darauf ab, Ziele, Ergebnisse und Anwendungsbezug der Frauenforschung in die Öffentlichkeit zu vermitteln. Hildegard Macha

Aufschlußreiche Begleitumstände eines aufschlußreichen Vortrags

Im Vorfeld einer Veranstaltung über den VPM verschwanden Plakate und einschlägige Literatur

Massives Interesse daran, daß die Verbreitung von Erkenntnissen über den "Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis" (VPM) nicht gefördert wird, bekundeten bislang unbekannt gebliebene Täter, die Mitte Juni in der Universität heimlich, still und leise, aber systematisch und gründlich rund siebzig Plakate abrisen, die auf zwei öffentliche Vorträge über den VPM und die Scientology-Organisation aufmerksam machen sollten.

Die Professoren Wolfgang Michaelis (Psychologie), Hanspeter Heinz (Pastoraltheologie und Liturgiewissenschaft) und Gunther Wenz (Evangelische Theologie mit Schwerpunkt Systematische Theologie und theologische Gegenwartsfragen) hatten im Rahmen ihres interdisziplinären Seminars "«Psycho-Sekten». Heilserwartungen - überwertige Ideen - totalitäre Tendenzen" für den 22. Juni Dr. Hansjörg Hemminger von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Stuttgart, zu einem Referat zum Thema "Zwischen Wissenschaft und Ideologie: «Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis»" eingeladen; für den 8. Juli war der Referent für Jugendschutz der Stadt Düsseldorf und Vorsitzende der "Aktion Psychokultgefahren", Ralf-Dietmar Mucha, mit einem Vortrag über "Die Menschenbildproduktion

der Scientology-Organisation: Zwischen Grenzenlosigkeit und absolutem Gehorsam" angekündigt.

Der Psychologe und habilitierte Verhaltensbiologe Hemminger, seit 1985 Referent an der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen in Stuttgart, ist als kritischer Beobachter des "Vereins zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis (VPM)" diesem verständlicherweise ein Dorn im Auge. Denn Hemmingers Diagnose nach hat man es beim VPM mit einer "Weltanschauungsgemeinschaft mit psychologischer Ideologie" zu tun, die durch ihren Fanatismus und durch den Personenkult um die "fachliche Leiterin" des Vereins, Annemarie Buchholz-Kaiser, auffalle. Der VPM sei beispielhaft für Entwicklungen hin zum ideologischen Denken, wie sie in der Geschichte der Psychologie immer wieder zum Vorschein kämen. Mit Hilfe psychologischen Wissens und bestimmter Psychotechniken solle ein "neuer Mensch" erreichbar werden, und psychologisches Wissen - in ideologisch festgeschriebener Form - solle die Übel des Lebens und der Welt überwinden helfen. Dabei werde das heilsstiftende Wissen nicht selten von einer charismatischen Gründergestalt geschaffen und garantiert. Wie wenig glücklich der VPM darüber war, daß Hemminger seine Thesen in Augsburg erläu-

tern können sollte, war nicht erst durch jene die VPM-Kenntnis durchaus fördernde Deplakatierungsaktion deutlich geworden. Schon seit zu Beginn des Semesters bekannt geworden war, daß sich das interdisziplinäre Seminar "Psycho-Sekten" auch dem VPM widmen würde, waren bei Michaelis empörte und mit rechtlichen Schritten drohende VPM-Briefe von außerhalb der Universität ins Haus geflattert. Darauf, daß einige der die psychologische Menschenkenntnis fördernden Vereinsmitglieder sehr wohl auch innerhalb der Universität am Werke sein müssen, deutete dann das unerklärliche Verschwinden einschlägiger Publikationen und Skripten aus dem Semesterapparat des Seminars in der Universitätsbibliothek hin. Von allzu tiefgründiger psychologischer Menschenkenntnis zeugten sie allerdings nicht, all jene Sabotagebemühungen, deren Bekanntwerden das öffentliche Interesse am Hemminger-Vortrag und mit ihm den Publikumsandrang am 22. Juni nur fördern konnte: Die Sitzplätze im Hörsaal hätten wohl auch dann nicht ausgereicht, wenn nicht der VPM selbst dafür gesorgt hätte, daß seine Anhängerinnen und Anhänger das

Auditorium durchsetzten, um die Veranstaltung zu stören und dabei die Beleidigten zu spielen. Im Grunde ganz originell war, daß der recht geschickt platzierte Obermacher des VPM-Störertrupps dramaturgisch beeindruckend in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen eine Papptafel in die Höhe hielt, auf der er in Form einer Strichliste die von ihm in Hemmingers Referat entdeckten "Beleidigungen" mitzählte. Originell genug, um der Aufforderung von Michaelis zu folgen und samt Pappendeckel auf's Podium zu kommen (auf daß die beeindruckende Entwicklung der Strichliste vom Auditorium noch besser verfolgt werden könnte), war der VPMler dann allerdings doch nicht. Weil er es andererseits aber auch nicht lassen konnte, das Führen seiner Strichliste immer wieder mit ungefragtem Dazwischengequatsche zu garnieren, mußte er eben frühzeitig vor die Tür. Schade für ihn. Denn auf dem Podium hätte er den Ausführungen des Referenten vermutlich prima folgen können. Akustisch zumindest. Und trotz des zyklisch wiederkehrenden Protest- und Empörungsgedrums seiner VereinskollegInnen. UniPress

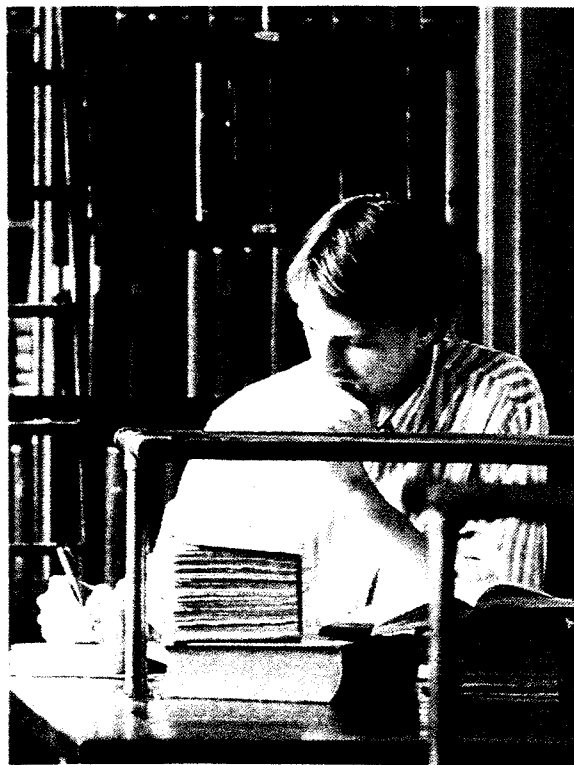
Vom deutschen Habilitationswesen und seiner Reformbedürftigkeit

Mit "Hochschulkarrieren im internationalen Vergleich" beschäftigte sich Ende Mai 1993 eine Tagung, zu der Prorektor Prof. Dr. Dieter Ulich - an der Universität Augsburg für den Bereich "Forschung und wissenschaftlicher Nachwuchs" zuständig - gemeinsam mit dem Konvent der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität Augsburg eingeladen hatte. Dessen Sprecher, Dr. Manfred Bartl-Dönhoff, ist zugleich Sprecher der "Landesvertretung Akademischer Mittelbau Bayern". Die LAMB wiederum steht in enger Verbindung mit der Bundeskonferenz der österreichischen Mittelbauangehörigen (BUKO). Nicht nur dies erklärt es aber, daß Österreich bei dieser Tagung stark vertreten war:

Vor diesem Hintergrund war der Untertitel der Augsburger Tagung - "Führt das deutsche Habilitationsverfahren in eine berufliche Sackgasse?" - von Beginn an erstens als eher rhetorische Frage gedacht und zweitens im Grunde etwas zu eng gefaßt. Denn die mit dem Habilitationsverfahren verbundenen Probleme reichen über spezifische Mittelbauinteressen und Fragen der persönlichen Berufs- und Lebensplanung des wissenschaftlichen Nachwuchses hinaus: Ein Festhalten an diesem Habilitationsverfahren wird nach Überzeugung seiner Kritiker das gesamte deutsche Hochschulsystem in eine Sackgasse manövrieren. Das Ende dieser Sackgasse, so resümierte Bartl-Dönhoff, und damit das Ende der deutschen Universitäten werde dann erreicht sein, "wenn der Hochschullehrernachwuchs ausstirbt, weil niemand mehr bereit ist, auf befristeten Stellen bis fast zur Pensionsgrenze ein 'Assistenten'-Dasein zu führen, um dann schließlich als akademische Altlast entsorgt zu werden." Wer unter diesen Vorzeichen entgegen besserer eigener Einsicht die Habilitation in ihrer alten Form als "Eckpfeiler der Ordinariatsuniversität und ihrer Privilegien" verteidigt, werde sich "als Totengräber der deutschen Universität" erweisen - mit Konsequenzen, die über die Universitäten weit hinausreichen: Denn gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten, "in denen die Attraktivität des Standortes Europa wiederhergestellt werden muß, kann", wie Bartl-Dönhoff meinte, "es sich die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr leisten, an alten akademischen Zöpfen festzuhalten, die zu einer Vergeudung ihrer geistigen Ressourcen beitragen."

Was nämlich die "Mittelbauer" beider Alpenrepubliken und darüber hinaus des gesamten deutschen Sprachraums von ihren Kolleginnen und Kollegen im Rest der Welt unterscheidet und zu Leidensgenossen macht, ist die Hypothek eines Habilitationsverfahrens, das aus der Sicht seiner Kritiker als "Relikt aus den Zeiten der alten Ordinariatsuniversität" in mehrfacher Hinsicht fragwürdig geworden ist: Für diejenigen, die sich für eine wissenschaftliche Laufbahn entschieden haben oder gerne entscheiden würden, wird diese Entscheidung durch das Habilitationsverfahren mehr und mehr zu einem unkalkulierbaren Risiko, das unter dem Aspekt einer verantwortungsbewußten Lebensplanung kaum mehr zu vertreten ist. Damit zusammenhängend wird dieses traditionelle Habilitationsverfahren zunehmend auch als Hindernis für eine konsequente, den Bedürfnissen universitärer Lehre entsprechende Personalentwicklung kritisiert. Daß qualifizierte Wissenschaftler und erfahrene akademische Lehrer womöglich bis zu ihrem 40. Lebensjahr als wissenschaftlicher "Nachwuchs" ihre Arbeit tun müssen, um dann erst in Abhängigkeit von den Zufälligkeiten und Unberechenbarkeiten des Habilitationsverfahrens den Sprung in die Professorenenschaft zu schaffen oder auch nicht, ist für die Betroffenen ein persönlich entwürdigender Zustand. Dieser Zustand führt darüber hinaus aufgrund der durch ihn bedingten Überalterung des wissenschaftlichen Nachwuchses aber auch zu einer Benachteiligung Deutschlands im internationalen Vergleich.

In ihrer Kritik am deutschen System bestätigt sahen sich die Teilnehmer nicht zuletzt durch Erfahrungsberichte von Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland, wo angeblich die im Habilitationsverfahren besonders greifbar werdenden "hierarchischen Strukturen deutscher Universitäten ohnehin nur noch ein Lächeln auslösen". Denn immerhin kommen Spitzenuniversitäten z. B. in Großbritannien oder den USA seit jeher ohne dieses Verfahren aus, ohne daß dadurch die Leistungsfähigkeit dieser Universitäten oder die Objektivität des Auswahlverfahrens für Hochschullehrer in irgendeiner Form beeinträchtigt wären.



Das Studium erfordert Ihre volle Konzentration.

Studenten-Service

Ihre ganze Konzentration gilt dem Studium. Daher soll die Zusammenarbeit mit Ihrem Kreditinstitut einfach sein. Und natürlich wollen Sie dabei zusätzliche Vorteile haben. Die bieten wir Ihnen. Für die Zusammenarbeit mit Ihnen haben wir ein Vorteilspaket geschnürt, das tatsächlich außergewöhnlich ist. Das gebührenfreie Girokonto sehen Sie noch als selbstverständlich an. Die Verzinsung Ihres Giro Guthabens, dazu ein obligatorischer Kredit von DM 2.000,-, die problemlose Ausgabe von ec-Karte und Schecks, das alles fällt schon aus dem üblichen Rahmen. Oder wie sieht die andere Seite - die Geldanlage - aus? Natürlich ebenso vorteilhaft für Sie. Denn Ihr Wertpapierdepot führen wir bis zu einem Betrag von DM 10.000,- gebührenfrei. Kurz- oder mittelfristige Geldanlagen können Sie bei uns schon mit geringen Beträgen tätigen.

Die Summe Ihrer Vorteile ist beachtlich. Darum informieren Sie sich bitte über den Studenten-Service. Die Berater in unseren Geschäftsstellen sagen Ihnen gern mehr.

Stadtsparkasse Augsburg
Ihr leistungsstarker Partner

Stark an anglo-amerikanischen Vorbildern orientiert ist das Modell einer "Habilitation neuer Art", das Prorektor Ulich in einem der drei Hauptreferate den Tagungsteilnehmern präsentierte. Ulichs Modell zeichnet sich dadurch aus, daß es nicht nur die mit der traditionellen Habilitation verbundenen Probleme überwinden würde, sondern auch relativ rasch und im Rahmen der bestehenden rechtlichen Vorgaben realisierbar wäre. Unter der Überschrift "Vom Prüfungsritual zum Karriereschritt - Überlegungen zu einer Reform der Habilitation" sind Ulichs Vorschläge samt

seiner Analyse der Defizite des alten Habilitationsverfahrens im folgenden abgedruckt. Zusammen mit den anderen Hauptreferaten (Dr. Ludwig Dolata, Hamburg: "Das Ende der Einheitsprofessur. Qualifikation zu Forschungs-, Lehr- und Managementprofessur" und Gisela Zipp, Augsburg: "«Diese eigenartig begabten Frauen ...» - Frau und Habilitation") und den Kurzbeiträgen über Hochschulkarrieren im westeuropäischen Ausland und den USA wird Ulichs Vortrag demnächst auch in einem eigenen Tagungsband erscheinen. UniPress

Vom Prüfungsritual zum Karriereschritt

Überlegungen zu einer Reform der Habilitation

Von Dieter Ulich

Nach dem bayerischem Hochschulgesetz (Art. 91) dient die Habilitation der "förmlichen Feststellung der wissenschaftlichen und pädagogischen Eignung zum Professor in einem bestimmten Fachgebiet an Universitäten (Lehrbefähigung)". Bestandteile der Habilitation sind bekanntlich a) eine Habilitationsschrift oder wissenschaftliche Veröffentlichungen zur Feststellung der Befähigung zur selbständigen Forschung, b) die pädagogische Eignung, und c) eine wissenschaftliche Aussprache (Vortrag mit Diskussion), manchmal auch eine Probe- oder Antrittsvorlesung. Es besteht wohl weithin Konsens unter den Hochschullehrern und -lehrerinnen, daß die Habilitation die zentrale und unerläßliche Eingangsvoraussetzung für die Übernahme einer Professur ist, also, wie ein Aufsatz in den Mitteilungen des Hochschulverbandes feststellt, die Berechtigung für "den Eintritt in den Universitätslehrerstand" bildet [Thieme, W. (1992). Die Qualifikation zum Universitätslehrer. Mitteilungen des Hochschulverbandes 4/92, S. 249-251].

Trotz einer anhaltenden inneruniversitären Tabuisierung der Habilitation wird inzwischen in der Öffentlichkeit Kritik laut, die direkt oder indirekt auch mit der Einrichtung bzw. den Folgen der Habilitation zu tun hat. So wird z.B. die Überalterung des wissenschaftlichen Nachwuchses beklagt oder die Tatsache, daß die Lehre an den Universitäten als Eignungsvoraussetzung nicht ernst genug genommen wird.

Ohne Zweifel muß die Eignung für Lehre und Forschung, also für den Beruf des Hochschullehrers/der Hochschullehrerin, geprüft werden; sie muß wahrscheinlich sogar genauer und häufiger geprüft werden, als dies im traditionellen Habilitationsmodell vorgesehen ist. Ich bin der festen Überzeugung, daß man den ursprünglich behaupteten Zweck einer Eignungsfeststellung (durch die Habilitation) durch eine Reformierung auf eine bessere, d.h. objektivere, leistungsbezogenere, transparentere, gerechtere und zugleich weniger entwürdigende Art erreichen kann als mit dem traditionellen Habilitationsmodell.

Vor der Skizzierung einiger Reformvorschläge möchte ich ausführen, aus welchen Gründen eine Veränderung des traditionellen Habilitationsmodells heute dringend nötig erscheint. In einem ersten Schritt will ich auf einige Widersprüche hinweisen, die diesem Modell immanent sind.

1. Zur "Theorie" der Habilitation: Kooptation (Hinzuwahl) als Selbstergänzung der Fakultät

In meiner Skizze des traditionellen Habilitationsverständnisses folge ich einem Beitrag aus der Berufskommission des "Hochschulverbandes", in dem 14.000 Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen an Universitäten organisiert sind. In diesem Beitrag (Thieme 1992) kommt das traditionelle Modell in

besonders reiner, d.h. idealtypischer Form zum Ausdruck. In seinem Kern beruht das heute gültige Habilitationsmodell auf dem (ungeschriebenen) "Recht" einer Fakultät auf "Selbstergänzung". Diese Selbstergänzung betont die Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit einer Fakultät im Hinblick auf Qualifizierungs- und Besetzungsfragen, also auch die (relative) Freiheit von staatlichem Einfluß. Die Selbstergänzung kommt vor allem bei Berufungen und eben auch bei Habilitationen zum Tragen. Die Selbstergänzung geschieht durch "Kooptation", d. h. durch die Hinzuwahl neuer Mitglieder, die sich diese Hinzuwahl durch das Durchlaufen von Prüfungen, Anhörungen usw. verdienen müssen.

Die Fakultät repräsentiert dabei den "Universitätslehrerstand" bzw. die "akademische Korporation" (Thieme 1992). Dem "Ermessen" der Fakultät bleibe es überlassen, ein bestimmtes Verfahren für die Habilitation einzuführen (ebd.). Die Habilitation markiert den "Eintritt in den Universitätslehrerstand", die Aufnahme in die "akademische Korporation". Daher soll die Prüfung auch "mit einer gewissen Feierlichkeit" abgeschlossen werden, z. B. durch eine öffentliche Überreichung der Urkunde, eine öffentliche Antrittsvorlesung usw.

Um in den Stand der Universitätslehrer zu gelangen, muß man laut Hochschulverband erst "Lehrling" und dann "Geselle" sein: Die Promotion ist das "Gesellenstück", die Habilitation soll das "Meisterstück" sein (Thieme 1992). Deshalb sind allerhöchste Anforderungen zu stellen, deshalb kann "eine Summe von Arbeiten zu unterschiedlichen Themen die Habilitationsschrift niemals ersetzen" (ebd.). Die kumulative Habilitation wird daher abgelehnt, wobei man sich fragt, ob die in dem Artikel verwendeten Begriffe "kleinere", "mittlere" und "größere" Arbeiten etwa Gramm und Kilogramm meinen oder die wissenschaftliche Bedeutung, die nämlich auch bei leichtgewichtigen Arbeiten sehr groß sein kann.

"Die Fakultät sollte den Privatdozenten in geeigneter Weise in ihre Arbeit und ihr gesellschaftlich-akademisches Leben einbeziehen" (Thieme 1992). All dies, einschließlich der Prüfung selbst, soll "dem Geist der akademischen Korporation" entsprechen (ebd.). Folgt man den Ausführungen und dem Selbstverständnis des Autors aus dem Hochschulverband, so definiert sich der "Universitätslehrer" nicht in erster Linie über bestimmte klare Kompetenzen und Tätigkeiten, son-

dem vielmehr durch seine *Mitgliedschaft* in einem Stand, in einer Korporation. Würde diese Auffassung wirklich von der Mehrzahl der an Universitäten tätigen Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen, geteilt, so hätte dies freilich fatale Implikationen.

Sehen wir uns einmal an, was ein "Stand" eigentlich ist. "Stand" meint die Gesamtheit der Mitglieder einer abgeschlossenen(!) gesellschaftlichen Gruppe in einem hierarchisch(!) gegliederten System, die sich durch eine bestimmte Standesethik, durch Privilegien und Pflichten von anderen Ständen abgrenzen. Bestimmte Ordnungsvorstellungen legitimieren eine eigenständige Herrschaftsgewalt. Über- und Unterordnung, die Unterscheidung von Herrschenden und Dienenden kennzeichnen Stände.

Zurück zur Habilitation: Aus der dargestellten Sicht des Hochschulverbandes regelt sie offenbar primär den Zugang zu einem "Stand". Es ist daher nur konsequent, daß der Artikel aus dem Hochschulverband trotz seines Titels "Die Qualifikation zum Universi-

TELEFON 08 21 / 59 19 66

„Planen Sie einen Bus-Ausflug?“

Kein Problem:

wir haben 5 verschiedene Busgrößen,
reservieren Ihnen Unterkünfte
in allen gewünschten Qualitätsklassen
und organisieren Ihnen Stadtführungen,
Eintrittskarten etc.,
genau auf Ihre Wünsche zugeschnitten!

STURZ-Reisen

Komfort und Service
zu günstigen Preisen

86159 AUGSBURG · GÖGGINGER STR. 62

tätslehrer" nur Angaben über nötige Prüfungen, aber keinerlei Ausführungen über berufliche Anforderungen, Kompetenzen, Ausbildungsgänge, Dimensionen und Kriterien von zu erbringenden Leistungen u.ä. enthält. Nicht die Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen stehen im Zentrum des traditionellen Habilitationsverständnisses, sondern die "habilitierende" Fakultät. Es stellt sich hier die dringende Frage, ob das Augenmerk nicht stärker auf diejenigen gelenkt werden sollte, die sich der Habilitation *unterziehen* und die - langfristig gesehen - künftig Forschung und Lehre in eigener Verantwortung bzw. noch stärker in eigener Verantwortung tragen werden.

Verändert man die Blickrichtung, so wird deutlich, daß nicht nur Fakultäten, sondern auch Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen bestimmte Interessen und Rechte haben, nämlich z. B. das Recht auf einen möglichst gut planbaren und transparenten Berufsweg, das Recht auf bestimmte Berufsziele, auf eine vernünftige Berufsbezeichnung, auf berufliche Sicherheit u. ä. m. Diese Rechte würden freilich die Festlegung von Anforderungsprofilen, Ausbildungsgängen, transparenten Prüfungsmodi und kompetenzbezogenen Eignungsprüfungen erfordern. Von einer derartigen Professionalisierung sind wir heute noch weit entfernt.

2. Gründe für eine Reform der Habilitation

Das skizzierte traditionelle Habilitations-Modell ist von mindestens drei zentralen - im folgenden zu erläuternden - Widersprüchen geprägt:

1. Die Habilitation prüft die Eignung für einen Beruf, ohne daß die für die Ausübung dieses Berufes erforderlichen Kompetenzen vorher systematisch vermittelt und erworben werden können;
2. die Habilitation stellt die Eignung für einen Beruf fest, der schon lange vorher faktisch ausgeübt wird (s.u.);
3. zentrale Prüfungsinstanz ist die Herkunftsfakultät, obwohl es die (auch außerhalb der Fakultät angesiedelte) scientific community des eigentlichen Faches oder Fachgebietes ist, welche die Leistungskriterien festlegt und nach der Prüfung den "Nachwuchs" aufnimmt.

Diese immanenten Widersprüchlichkeiten gelten allerdings nicht für alle Fächer und Fakultäten gleichermaßen. Sie sind sicher gravierender in sehr heteroge-

nen geistes- und sozialwissenschaftlichen als in homogenen naturwissenschaftlichen Fakultäten, in denen scientific community und Fakultät sich weitgehend überlappen können. Über diese eher immanenten Widersprüchlichkeiten hinaus, die man als "Konstruktionsfehler" des traditionellen Habilitationsmodells ansehen könnte, gibt es eine Reihe weiterer Probleme, die mit der Praxis der Habilitation und deren Folgen für die Betroffenen zusammenhängen und insgesamt den Wert der "klassischen" Habilitation als einer echten Eignungsprüfung stark in Frage stellen.

1. Auch die Habilitation bringt es mit sich, daß gegenwärtig deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schon bei der Habilitation und erst recht bei der Übernahme einer ersten Professur im Vergleich zu anderen Ländern außerordentlich *überaltert* sind. Dieses Problem wird auch öffentlich diskutiert, auch vom Hochschulverband (Thieme 1992) und auch in den kürzlich vorgelegten Zehn Thesen des Wissenschaftsrates zur Hochschulpolitik. [Wissenschaftsrat (1993). 10 Thesen zur Hochschulpolitik].

Ich zitiere den Wissenschaftsrat (S.12): "Die Gesamtausbildungszeit ist zu lang mit der Folge, daß der Nachwuchs erst spät zu eigenverantwortlicher Tätigkeit kommt. In dieser Hinsicht sind deutsche Nachwuchswissenschaftler im Nachteil gegenüber ihren ausländischen Kollegen. Das hohe Alter behindert außerdem den Übergang von Nachwuchswissenschaftlern in eine dauerhafte Beschäftigung außerhalb der Wissenschaft". Für die Überalterung ist neben anderen Faktoren sicherlich auch die heute gültige Form der Habilitation mit ihrer Forderung nach dem "großen Werk" (vgl. z. B. Thieme 1992) verantwortlich.

Zur Überalterung einige Zahlen: 1976/77 betrug das durchschnittliche Habilitationsalter in der Bundesrepublik 37 Jahre, 1983 mehr als 38 Jahre, die Tendenz scheint weiter steigend zu sein. An der Universität Augsburg lag das Habilitationsalter von 1986 bis 1991 zwischen 36 und 42 Jahren, 1991 bei mehr als 40 Jahren. Das Steigen des Habilitationsalters wird in der Regel mit gestiegenen Anforderung begründet; es gibt daneben sicher auch noch andere Gründe. Der Beginn einer eigenständigen selbstverantwortlichen Berufstätigkeit scheint sich immer weiter hinauszuschieben, was sicher aus vielen Gründen (s. u.) nicht zu verantworten ist.

Nahezu alle Programme zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gehen allerdings von einem wesentlich niedrigeren Habilitationsalter aus bzw. streben ein solches an. Ein im Mai 1993 angekündigtes Förderprogramm des Bayerischen Staates benennt folgende Bedingungen: Nach der Promotion mindestens zwei Jahre Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent, nicht älter als 30 Jahre bei Förderungsbeginn, eine Förderungsdauer von drei Jahren. Dies ergibt ein anvisiertes Habilitationsalter von 33 (statt 38) Jahren - und ein Promotionsalter von höchstens 28 Jahren.

Diese projizierten Zeitvorstellungen weisen eine verblüffende Ähnlichkeit auf mit der faktischen Karriere amerikanischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Hier werden folgende Zeitangaben und Stufen angesetzt: mit 21 Jahren BA; mit 23 Jahren MA; mit 28 Jahren PhD (bei erfolgreicher Bewerbung *Assistant Professor*); nach frühestens 4, spätestens 7, durchschnittlich 5-6 Jahren, also mit 33-34 Jahren bei erfolgreicher Bewerbung *Associate Professor* mit - bei etwa 90% der Universitäten - gleichzeitiger Verbeamtung.

Das Lebensalter bei Erstberufungen dürfte also in den USA mindestens 6 Jahre niedriger liegen als in Deutschland. Die Folgen des heute (in Deutschland) sehr hohen durchschnittlichen Habilitationsalters sind vielfältiger Art, betreffen auch den persönlichen Lebensweg von Nachwuchswissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen.

2. Im Vergleich zu Gleichaltrigen in Wirtschaft und Verwaltung werden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die heute eine Hochschullaufbahn und Habilitation anstreben und auf sich nehmen, in unzumutbarer und unnötiger Weise in ihrem Erwachsenenwerden eingeschränkt und auf eine Stufe der *beruflichen Unreife und Unmündigkeit fixiert*, die sich nicht nur in bestimmten Bezeichnungen wie z. B. "Assistent" ausdrückt. Indem man wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Berufsbezeichnung "Hochschullehrer" bzw. "Hochschullehrerin" vorenthält - trotz einer Ausübung entsprechender Tätigkeiten -, schafft man einen Status der Minderwertigkeit und großen Unsicherheit, abgesehen von persönlichen Abhängigkeiten vom Vorgesetzten.

Die geringe Planbarkeit der beruflichen Karriere und die künstlich geschaffene berufliche Unreife stehen

oft in krassem Gegensatz zur sonstigen Lebenslage der Betroffenen und belasten diese in unzumutbarer Weise. In ihrer privaten Lebenslage und Lebensführung entsprechen wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hinblick auf die Übernahme von Eigenverantwortlichkeit, Verantwortung für eine Familie u. ä. meist den Gleichaltrigen in Wirtschaft und Verwaltung. (Die Abwertung kulminiert oft noch im eigentlichen Prüfungsverfahren, in dem sich nicht selten vierzigjährige hochqualifizierte und wissenschaftlich angesehene Erwachsene einem peinlichen und entwürdigenden Ritual unterziehen müssen).

Da diese künstliche Fixierung auf den Status der Unreife sowohl für die persönliche Identitätsentwicklung wie auch für die berufliche Leistungsfähigkeit sehr schädlich sein dürfte, ist eine Gleichstellung der Laufbahnen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit den Karrieren bzw. Karrierestufen in der Industrie dringend erforderlich. Status-Inkonsistenz ist persönlich außerordentlich belastend und könnte

Mach ihm schöne Augen, bevor es eine andere tut.

OPTIK KÖNIG

Am Königsplatz

wesentlich reduziert werden, wenn man vom "Alles-oder-Nichts"-Prinzip der Habilitation zu einem Karriere-Stufen-Modell innerhalb eines einheitlichen Berufsbildes käme; ich gehe darauf noch ein.

3. Die dem traditionellen Habilitationsmodell inhärente Grundidee einer "Selbstergänzung" der Fakultät, also einer "Kooptation" (Hinzuwahl) neuer Fakultätsmitglieder, *funktioniert in der Realität nicht*. Damit ist die auch vom Hochschulverband nach wie vor geforderte starke, ja ausschlaggebende Stellung der Fakultät bei der Habilitation nicht länger gerechtfertigt. Da eine "habilitierende" Fakultät aufgrund von Stellenmangel und aufgrund des Hausberufungsverbot es einer habilitierten Person keine berufliche Heimat oder Zukunft bieten kann, müssen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von Beginn ihrer Tätigkeit an nicht an der Fakultät, sondern an der für ihr Fach oder Arbeitsgebiet relevanten scientific community und deren Leistungskriterien orientieren.

Die berufliche Planung kann sich also gar nicht an der Herkunftsfakultät von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern ausrichten, dies wäre kontraproduktiv und im Hinblick auf die späteren Berufschancen tödlich. Das Konzept der Selbstergänzung bzw. Kooptation täuscht überdies darüber hinweg, daß in der Regel wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Beruf, für den sie ihre Eignung nachweisen sollen (Lehre und Forschung), in derselben Fakultät schon sehr lange, bis zu 10 Jahren, faktisch ausgeübt haben.

Das Berufsziel eines Nachwuchswissenschaftlers oder einer Nachwuchswissenschaftlerin kann nicht die Mitgliedschaft in der Herkunftsfakultät sein. Zudem lehrt die Erfahrung, daß Privatdozenten und Privatdozentinnen kaum, wie vom Hochschulverband gefordert, wichtige Rollen in einer Fakultät, z. B. in Kommissionen, übernehmen können; sie bleiben in der Regel in bedeutungslosen Randpositionen. Die pathetische Rede vom "Eintritt in den Universitätslehrerstand" ignoriert die Tatsache, daß es in vielen Fächern und Bereichen nach der Habilitation wohl eher zu einem Eintritt in die Arbeitslosigkeit kommt, die neue Mitgliedschaft in der "habilitierenden" Fakultät jedenfalls häufig von nur kurzer und wenig erfreulicher Dauer ist.

4. Die dem traditionellen Habilitationsmodell inhärente Fixierung auf Mitgliedschaft anstatt auf Tätig-

keiten und Kompetenzen und auf lediglich kognitive Leistungen anstatt auf eine mehrdimensionale Eignungsfeststellung läßt es als *unsicher* erscheinen, ob dieses Verfahren in objektiver, gültiger und zuverlässiger Weise "schlechte" von "guten" Hochschullehrern unterscheiden kann - dies wäre aber die zentrale Funktion der Habilitation. Einen "guten" Hochschullehrer und eine gute Hochschullehrerin machen bestimmt eine Vielzahl von Kompetenzen aus: fachliche, didaktische, soziale und strategische Kompetenzen (s. u.). Von diesen werden vor allem fachliche, d. h. einseitig kognitive Fähigkeiten überprüft. Wie diese und andere Fähigkeiten zustandekommen, ist unklar bzw. bleibt den Betroffenen selbst überlassen, da es eine systematische und standardisierte Ausbildung zum Hochschullehrer und zur Hochschullehrerin nicht gibt. Und die behauptete Lehrbefähigung wird ja schon gar nicht oder nur rudimentär-unzuverlässig erfaßt.

Eine wirklich trennscharfe Eignungsprüfung würde implizieren: in relevante Dimensionen aufgeschlüsselte Anforderungsprofile und Tätigkeitsbeschreibungen, klare Kriterien und kompetenz- bzw. tätigkeitsbezogene Bewertungsverfahren.

5. Die gegenwärtige Habilitation bildet weder den Abschluß einer Ausbildung noch einen klar definierten Karriereschritt innerhalb einer beruflichen Laufbahn. Stattdessen hat die Habilitation eher eine *trennende* Funktion: Sie teilt die Gruppe der de facto als Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen Tätigen in die zwei (statusmäßig!) extrem unterschiedliche Gruppen der "Assistenten" und der "Universitätslehrer". Es fehlt ein einheitliches Berufsbild, es fehlen Karrierestufen, und damit fehlen auch Planbarkeit und Transparenz der beruflichen Laufbahn. Attraktivität und Motivation sind u.a. auch deshalb geringer als nötig; Nachwuchs fehlt besonders in Jura, Wirtschaftswissenschaften und Informatik, also in Fächern, die besonders attraktive Alternativen zum Wissenschaftlerberuf zu bieten haben.

Eine Professionalisierung des Hochschullehrer(innen)berufes scheint dringend notwendig. Laut Wissenschaftsrat gehört neben Lehre und Forschung die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu den drei Hauptaufgaben der Universitäten. Diese Ausbildung hält der Wissenschaftsrat zurecht für unzulänglich. Dies ist nicht verwunderlich, solange Ausbildungs- und Karrierestufen lediglich durch Prüfun-

gen ersetzt werden: Diplom, Promotion, Habilitation. Je weiter man sich allerdings durch diese Prüfungen "nach oben" arbeitet, desto unklarer werden die Anforderungen, desto unplanbarer wird der berufliche Lebensweg, desto weniger Transparenz im Hinblick auf Kriterien besteht, desto mehr ist der Weg der eigenen Kontrolle entzogen. Eine Professionalisierung des Hochschullehrer(innen)-berufs würde mehr Gerechtigkeit, mehr Leistungsorientierung, mehr Transparenz und einen stärkeren Berufsfeldbezug ergeben. Diese Professionalisierung muß Bestandteil der Hochschulreform werden.

3. Ein "Karriere-Modell" des Hochschullehrer- und Hochschullehrerinnenberufes

Nur im Rahmen einer wohl noch gar nicht ernsthaft begonnenen oder ins Auge gefaßten Professionalisierung des Hochschullehrer(innen)berufes machen Eignungsprüfungen, also auch die Habilitation, einen Sinn. Ein erster Schritt in Richtung Professionalisierung könnte die Einführung einer einheitlichen Berufsbezeichnung für all diejenigen sein, die in einer Hochschule Lehre und Forschung betreiben. Es bietet sich die Bezeichnung "Hochschullehrer/Hochschullehrerin" an, aber auch "Wissenschaftler/Wissenschaftlerin und Hochschullehrer/Hochschullehrerin", eventuell unter Hinzunahme der Institution, z. B. "an einer Universität". Diese Bezeichnung wird schon nach der Promotion und mit der Übernahme einer entsprechenden Stelle erworben (s. u.).

Die Qualifikationen für diesen Beruf bzw. verschiedene Positionen innerhalb dieses Berufes werden schrittweise erworben und schrittweise nachgewiesen im Rahmen einer institutionalisierten Laufbahnberatung. In die Laufbahn sind Verzweigungen und rechtzeitige "Ausstiegsmöglichkeiten" (Durchlässigkeit zu anderen Berufen und Positionen) sowie Möglichkeiten zur

Vergleich der Tätigkeiten von Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen und Professoren/Professorinnen

	Mitarbeiter/innen	Professoren/innen
1. Lehre:	Üb., PS, S; VI gelegentlich	zusätzlich: HS, VI regelmäßig
2. Forschung:	alle Phasen und Tätigkeiten	viele Tätigkeiten: formale Beantragung, oft Leitung
3. Prüfungen:	alle bis zur Stufe der eigenen Qualifikation	unbeschränkt
4. Anleitung zum wiss. Arbeiten, Betreuung wiss. Arbeiten:	sehr viel	viel
5. Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs:	kaum	wenig
6. Mitwirkung bei Entscheidungen, welche die eigene Tätigkeit betreffen:	gering bis mittel	groß

Verbeamtung und zur Übernahme von Führungspositionen (durch Berufung) einzubauen - was aber nichts an der Notwendigkeit eines möglichst einheitlichen Berufsbildes "Hochschullehrer/Hochschullehrerin" ändert.

Grundlage für die Entwicklung eines einheitlichen Berufsbildes ist die Tatsache, daß sich schon heute die faktischen Tätigkeiten von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Professorinnen/Professoren kaum voneinander unterscheiden, ja auch gar nicht so sehr unterscheiden können, müßte nicht Lehre und Forschung insgesamt zusammenbrechen.

Als Fazit eines Vergleichs dieser Tätigkeiten ergibt sich, daß die Unterschiede zwischen wissenschaftlichen Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen und Professoren/Professorinnen weniger in den Tätigkeiten selbst liegen, sondern daß sie oft nur formaler Natur sind bzw. mit einer höheren Formalqualifikation, mit Leitungsaufgaben und auch längeren Berufserfahrungen zusammenhängen. Natürlich gibt es auch hier Unterschiede der Fächer und Fakultäten. Eine Zweiteilung der in Lehre und Forschung Tätigen nach "Mitarbeiter/innen" und "Professoren/innen" rechtfertigt sich von den Tätigkeiten her kaum. Möglich und sinnvoll

erscheint eher eine Strukturierung der Berufskarriere nach bestimmten Karrierestufen oder Positionen innerhalb des Hochschullehrer(innen)berufes.

Was bedeutet nun überhaupt "Professionalisierung"? Zunächst bedeutet es die Erkenntnis, daß "Hochschullehrer(in)" prinzipiell ein Beruf wie jeder andere Beruf ist, unbeschadet einiger Besonderheiten, die mit der Natur wissenschaftlichen Arbeitens zusammenhängen. Ein Beruf ist eine Tätigkeit, die auf dem Zusammenwirken von Kenntnissen, Erfahrungen und Fertigkeiten beruht. Ein Berufsbild entsteht, wenn man diesen Zusammenhang spezifiziert. Zu einem Berufsbild gehört auch die Darstellung der entsprechenden Ausbildungsgänge. Es genügt nicht, den Ort der Tätigkeit zu bezeichnen, wie z. B. bei "Universitätslehrer". Eine systematische und standardisierte Ausbildung zum Hochschullehrer bzw. zur Hochschullehrerin findet derzeit kaum statt, man kann allenfalls von einer (unmittelbaren) "Einarbeitung am Arbeitsplatz" sprechen. Inzwischen hat, wie schon angedeutet, der Wissenschaftsrat die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses explizit als dritte Aufgabe der Universität postuliert.

Das traditionelle Habilitationsmodell unterstellt offenbar, daß Professor(inn)en aufgrund bestimmter Prüfungsnoten und kraft Mitgliedschaft in der "akademischen Korporation" über die nötigen Kompetenzen verfügen. Das Bayerische Hochschulergesetz nennt lediglich "Einstellungsvoraussetzungen" (Art. 11) und "Dienstaufgaben" (Art. 9) von Professoren. Dies reicht sicher nicht aus, um ein einheitliches Berufsbild mit daraus folgenden Professionalisierungserfordernissen zu begründen. Im einzelnen müßten hier folgende Schritte unternommen werden:

1. Erstellung eines Anforderungsprofils für die Ausübung des Berufes;
2. Bestimmung des Ausbildungsweges, der die Vermittlung bzw. den Erwerb der für die Anforderungen/Tätigkeiten nötigen Kompetenzen ermöglicht und regelt;
3. Bestimmung der Kriterien und Überprüfbarkeit, die es erlauben, über das Vorhandensein der geforderten Kompetenzen zu entscheiden (Eignung);
4. Entwicklung eines Entscheidungs- und Beratungsmodells.

Es dürfte außerordentlich schwierig sein, diese einzelnen Schritte inhaltlich auszufüllen. Auch im folgen-

den kann nur pauschal angedeutet werden, welche Kompetenzen den Beruf des Hochschullehrers bzw. der Hochschullehrerin ausmachen und wie sie gegebenenfalls überprüft werden können - freilich erst, nachdem sie auch erworben werden konnten.

Sicher ist, daß eine Fokussierung auf rein fachwissenschaftliche, also kognitive Fähigkeiten im engeren Sinne nicht ausreicht. Von vielen Seiten wird gegenwärtig z. B. gefordert, die Lehre stärker zu gewichten und in die Beurteilung miteinzubeziehen. Insgesamt kann man wohl vier Bereiche von Kompetenzen oder Schlüsselqualifikationen unterscheiden, für die entsprechende Beurteilungsverfahren entwickelt werden müssen:

1. *fachliche* Kompetenz: wissenschaftliche Veröffentlichungen, Vorträge, Teilnahme an Tagungen u.ä.;
2. *didaktische* Kompetenz: Befähigung zur Lehre, Beratung und Anleitung von Studierenden, Erfahrungen usw.; überprüfbar durch Beobachtung, Befragung von Studenten, Gespräche.
3. *soziale* Kompetenz: Fähigkeiten zur Kooperation, Konfliktregelung, Führung (sozialer Aspekt), Ansehen und Beliebtheit; Kollegialität u.ä.
4. *strategische* Kompetenz: Initiative, Führung (inhaltlicher Aspekt), Zukunftsorientierung, Kreativität, Innovation, überprüfbar anhand von Initiativen, Vorschlägen, Anregungen, Neuheit von Beiträgen, Übernahme inhaltlicher Verantwortung, Initiieren von Projekten u.ä., Organisation (z.B. von Tagungen), (Wissenschafts-)Management, Administration: jeweils Erfahrungen und Erfolge.

Je nach der Position in der beruflichen Karriere sind die Anforderungen an das Verfügen-Können über diese Kompetenzen unterschiedlich, im Prinzip müssen sie aber mit Beginn der Tätigkeit als Hochschullehrer(in) (Promotion) entwickelt und nachgewiesen werden.

Aus den bisherigen Ausführungen zur Professionalisierung folgt, daß es künftig nicht nur eine einzige Eignungsprüfung geben kann, sondern daß die Eignung mehrmals und auf die genannten Kompetenzen bezogen überprüft werden muß. Diese Prüfungen sind dann mehrdimensional und auch nicht mehr punktuell als reiner Querschnitt angelegt, sondern sie sind summarisch, indem sie alle bisherigen Leistungen auf den vier Dimensionen abzubilden versuchen. Was heute lediglich bei der "Zulassung" zur Habilitation erfaßt

wird, nämlich die bisherigen Leistungen, müßte in den Mittelpunkt rücken, und die querschnittliche Prüfung einer punktuellen Leistung müßte wegen ihrer geringeren Zuverlässigkeit und Gültigkeit weit weniger gewichtet werden. Damit würde auch die kumulative Habilitation von der Ausnahme zur Regel (im bayerischen Hochschulgesetz beides gleichrangig!).

Sowohl Beförderung (natürlich keine Regelbeförderung wie bei anderen Beamten) wie auch Verbeamtung könnten durch ein Punktesystem geregelt werden, das die jeweils erreichten Niveaus in den vier Schlüsselqualifikationen erfaßt; dies könnte auch bei Berufungen mitverwendet werden. Bis zu einer bestimmten Untergrenze könnten die in den vier verschiedenen Kompetenzbereichen erzielten Punkte gegeneinander verrechenbar sein, d. h. sich teilweise kompensieren. Ein derartiges Vorgehen verlangt insgesamt einen sehr großen Aufwand bei der Festlegung von Indikatoren, "Ankerbeispielen", Kriterien (kritischen Werten bzw. Grenzen für Beförderung oder Verbeamtung), der auch dadurch bedingt ist, daß sich die genannten Kompetenzen und Leistungen aufgrund ihrer besonderen Natur insgesamt schwer "messen" lassen. Eine kriteriumsorientierte Erfassung der Fähigkeiten ist dennoch nötig, um die Eignungsprüfungen insgesamt trennschärfer zu machen - und damit nicht nur mehr Chancengleichheit und Gerechtigkeit zu schaffen, sondern Lehre und Forschung vielleicht auch insgesamt zu verbessern.

Dem "Nachwuchs" bzw. den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern müssen nicht nur Gelegenheiten zum Erwerb bzw. zur Verbesserung der Kompetenzen gegeben werden, sondern es muß auch eine Laufbahnberatung (Pflichtberatung bei Berufswahlentscheidungen) institutionalisiert werden. Diese Beratung kann durch Fachvertreter, Dekane und externe Experten durchgeführt werden. Sie sollte auch Interesse und Motivation erfassen. Eignungsprüfungen sollten auf Antrag der Hochschullehrer und -lehrerinnen stattfinden. Der Wissenschaftsrat (10 Thesen, 1993) hat als einen ersten Schritt zur Ausbildung des akademischen Nachwuchses eine forschungsaktive, strukturierte Graduiertenausbildung vorgeschlagen, also ein eigenverantwortliches Forschungsstudium, das durch forschungsbezogene Lehrprogramme ergänzt wird und zur Promotion führt. Hierzu sind besondere Bewerbungen und Eingangsvoraussetzungen nötig. Die Karriere eines Hochschullehrers oder einer Hochschullehrerin würde nun so ähnlich aussehen wie z. B. in den

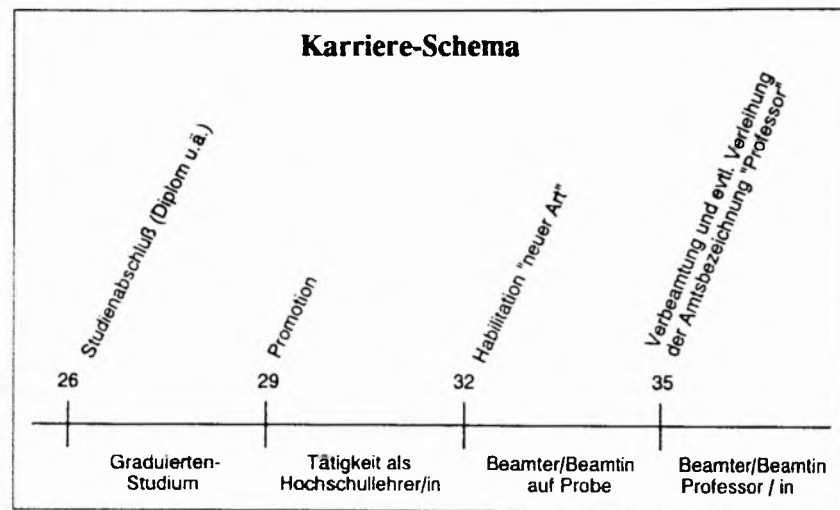
USA mit den unterschiedlichen Karrierestufen der Professoren.

Wenn es also häufige und schon frühe Eignungsfeststellungen geben soll, dann stellt sich auch die Frage nach der *künftigen* Rolle der Habilitation. Die Habilitation wird zu *einer* von mehreren Eignungsfeststellungen. Ich schlage vor, die Habilitation als einen Zwischenschritt in der Berufskarriere zu konzipieren, und zwar als Prüfung der Voraussetzungen für eine Verbeamtung, die an ganz bestimmte Bedingungen, d. h. Leistungsniveaus in den oben skizzierten vier Kompetenzbereichen geknüpft wird. Eine Verbeamtung wäre dann u. a. Folge einer überprüften "Bewährung" in den vier zentralen Tätigkeitsbereichen; sie schafft Sicherheit, ist aber *nicht* mit dem Anrecht auf weitere regelhafte Beförderungen verbunden.

Die Habilitation "neuer Art" prüft also die Voraussetzungen für eine Verbeamtung als Hochschullehrer(in). Bei Übernahme einer entsprechenden Stelle erfolgt eine Verbeamtung, zunächst für zwei oder drei Jahre auf Probe. In dieser Zeit ist eine weitere Bewährung in den vier Kompetenz-Dimensionen möglich und prüfbar.

Es gibt einige Gründe für und gegen eine - im Vergleich zu heute - recht frühe Verbeamtung. *Dagegen* könnte eingewandt werden, daß dann die Leistungsmotivation nachläßt, keine gute Lehre und Forschung mehr erbracht werden. *Für* eine frühe Verbeamtung spricht: a) in anderen Lehrberufen ist dies auch so, auch bei anderen Berufen im Staatsdienst; b) eine berufliche Absicherung kann befreiend wirken im Hinblick auf die Produktivität; c) Angst und Unsicherheit sind generell schlechtere "Motivatoren" als z. B. finanzielle Anreize und die Aussicht auf einen (Professoren-) Titel. In den USA scheinen die meisten Universitäten ebenfalls recht früh, nämlich bei Übernahme einer Associate Professur (mit 33/34 Jahren), eine Verbeamtung zu ermöglichen.

Die Verbeamtung braucht nicht mit einer Höhergruppierung verbunden zu sein. Denkbar ist, daß jemand in der Eingangsstufe A 13/C1 als Hochschullehrer(in) verbeamtet wird, so daß noch genügend (finanzielle) Anreize für eine weitere Bewährung durch Leistung bestehen. Außerdem muß die Verbeamtung nicht mit dem Professor(inn)en-Titel verbunden sein; dieser kann dann später durch weitere Leistungsnachweise erworben werden.



Die Prüfung der Voraussetzungen für eine Verbeamtung (Habilitation neuer Art) könnte sich z. B. an folgenden Kriterien in den vier Kompetenzbereichen orientieren:

- (gutachterlich empfohlene) Veröffentlichung der Dissertation bzw. eine Buchveröffentlichung, mindestens zwei Zeitschriften- oder Buchbeiträge, Beteiligung an Forschung oder eigene Forschung, ein Tagungsreferat;
- erfolgreiche Lehre (angeleitet und überprüft);
- erwiesene Kollegialität, Befähigung zur Menschenführung und Konfliktregelung (z. B. mit Kollegen, Hilfskräften usw.), Selbständigkeit im Urteil und Umgang mit anderen, Beteiligung an Selbstverwaltung, Prüfungsbeisitze bzw. eigene Prüfungen;
- Initiative bei Forschung und Lehre (eigene Ideen und Anregungen), selbstverantwortliche und innovative Anregung von Arbeiten, Anleitung von Hilfskräften u.ä.

Auch wenn an Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, an Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen besonders hohe Anforderungen zu stellen sind, darf der Abstand zu Gleichaltrigen in anderen beruflichen Bereichen, was Sicherheit, Verdienst, Ansehen und Karriere-Aussichten angeht, nicht zu groß werden. Denn dann würden die persönlichen "Kosten" für eine derartige Laufbahn zu hoch, die Attraktivität dieses Berufes würde leiden - was heute de facto in vielen Fächern schon der Fall ist. Es muß hier wohl (z. B. im Hochschulverband) ein grundlegendes Umdenken einsetzen: Anstatt durch unklare Karriere-Bedingun-

gen und hohe Hindernisse für die Aufnahme in die "akademische Korporation" die Motivation für diesen Beruf zu beeinträchtigen oder gar abzuschrecken, sollte man die Attraktivität dieses Berufes deutlich erhöhen, um wirklich die Besten zu bekommen!

Ein hypothetisches Stufen-Modell könnte etwa so aussehen:

- erster Studienabschluss mit ca. 26 Jahren;

- drei Jahre Graduiertenstudium bis zur Promotion, evtl. Lehrauftrag (angeleitet) mit ca. 29 Jahren;

- drei Jahre Tätigkeit als Hochschullehrer(in) bis zur Habilitation "neuer Art": Verbeamtung auf Probe mit ca. 32 Jahren;

- drei Jahre Beamter/Beamtin auf Probe bis zur endgültigen Verbeamtung, danach mögliche Verleihung der Amtsbezeichnung "Professor(in)" (nach weiterer Eignungsfeststellung analog Habilitation "neuer Art") bzw. Berufung mit ca. 35 Jahren.

Natürlich hängen die hypothetischen Altersangaben sehr stark vom jeweiligen Fach ab; hier sind große Unterschiede anzunehmen. Diese Unterschiede müssen allerdings allmählich (altersmäßig) nach unten korrigiert werden, soll das Problem der Überalterung gelöst werden. Alle vorgeschlagenen Regelungen müssen allerdings aufgrund der biographischen Benachteiligungen von Frauen für Frauen und Männer unterschiedlich spezifiziert werden.

In dem skizzierten Modell würde also der Titel "Professor(in)" nach wie vor, vergleichbar dem traditionellen Habilitationsmodell, eine besonders hohe Kompetenz kennzeichnen - allerdings besser überprüft. Auf weitere Einstellungsvoraussetzungen und die Notwendigkeit, entsprechende Stellen zur Verfügung zu stellen, nimmt das hypothetische Stufenmodell keinen Bezug. Es soll vor allem deutlich machen, daß bei entsprechenden Reformen das Durchschnittsalter von "Habilitierten" sowie von "Professor(inn)en" erheblich sinken könnte - genannt sind jeweils die frühest möglichen Termine.

Das vorgeschlagene "Karriere-Modell" des Hochschullehrer-Berufs unterscheidet sich *zusammenfassend* in folgenden Punkten vom traditionellen Modell der Habilitation:

- die einzelne Wissenschaftlerin, der einzelne Wissenschaftler steht im Mittelpunkt, nicht die Fakultät oder das Selbstverständnis eines "Standes";
- es wird ein einheitliches Berufsbild ohne Zweiteilung in Mitarbeiter(innen) und Professor(inn)en postuliert;
- das Berufsbild wird durch Schlüsselqualifikationen und Karrierestufen inhaltlich ausgefüllt;
- Prüfungen sind kompetenz- und ausbildungsbezogen, mehrdimensional und summarisch (retrospektiv Leistungen und Bewährungen erfassend);
- für die Festlegung der Anforderungen und Kriterien ist die scientific community eines Faches oder einer Fachrichtung ausschlaggebend, nicht die Fakultät (soweit nicht Überlappung von beiden);
- die Habilitation ist eine von mehreren Eignungsfeststellungen, die die Voraussetzungen für eine Verbeamtung prüft.

4. Vorschläge für eine "kleine" Reform der Habilitation

Falls die eben skizzierte Professionalisierung mit der Einrichtung von Eignungsprüfungen und Karrierestufen in Gang kommen sollte, wird der entsprechende Prozeß jedenfalls sehr viel Zeit beanspruchen. Neben dieser Langzeitperspektive ist es jedoch schon heute möglich, in dem Rahmen, der (z. B.) durch das bayrische Hochschulgesetz vorgegeben ist, die Allgemeine Habilitationsordnung (z. B. der Universität Augsburg) zu verändern.

Entsprechend den vorher ausgeführten Erfordernissen scheinen folgende Änderungen nötig, um die Habilitation realitätsangemessener und gerechter zu machen und ihr das Entwürdigende eines Prüfungsrituals zu nehmen:

1. Zur Beurteilung der fachlichen, didaktischen und sonstigen Kompetenzen sollte eine kleine überschaubare Kommission gebildet werden, die dem Habilitationsausschuß (jetziger Form) Bericht erstattet. Alle Gespräche mit den Bewerber(inne)n führt die engere Kommission. Sie verschafft sich ein Bild über die Eignung des Bewerbers bzw. der Bewerberin. Der große Ausschuß beschränkt sich auf formale Kontrollfunktionen, nimmt die Berichte der Kommission entgegen und entscheidet unter Einhaltung der Regel: Fachkolleg(inn)en müssen den Ausschlag geben können (siehe Punkt 5 und 6).

2. Die kumulative Habilitation wird der Regelfall, um die Zeit bis zur Habilitation zu verkürzen und die "Prüfungsleistungen" über einen längeren Zeitraum zu "strecken" im Hinblick auf die Frage, inwieweit die Bewerberin bzw. der Bewerber bisher an der scientific community teilgenommen hat.

3. Die pädagogische Eignung wird nicht nur anhand der Lehrerfahrung, sondern auch anhand der Lehrerfolge überprüft: Befragung von Studierenden, Kolleg(inn)en, Gespräche und eventuell Beobachtungen.

4. In Gesprächen mit den Bewerber(inne)n (und eventuell mit den Vorgesetzten) klärt die Kommission die soziale Kompetenz, z. B. Beteiligung an akademischer Selbstverwaltung u.ä.

5. Bei der Bewertung der schriftlichen Leistungen (einschließlich Tagungsreferate, die hoch gewichtet werden müßten) sollten insbesondere in heterogenen Fakultäten auswärtige Gutachten ein mindestens ebenso großes Gewicht haben wie Gutachten aus der Fakultät.

6. Bei allen Bewertungen sollten die jeweiligen Fachvertreter, soweit sie vergleichbare Arbeitsschwerpunkte und "Richtungen" wie die Bewerber(innen) vertreten, in der Überzahl sein (vgl. a. Thieme 1992).

Wenn's
um Bücher
geht

Soziologie
Ökonomie
Psychologie
Jura, Mathematik



buchhandlung
probuch

86159 Augsburg, Gögginger Straße 34
Telefon 57 91 73

Es muß ausgeschlossen werden, daß Nichtfachleute bei Entscheidungen den Ausschlag geben (ebd.).

7. Die vom Hochschulgesetz geforderte wissenschaftliche Aussprache kann so organisiert werden, daß der Bewerber und die Bewerberin nicht einen neuen wissenschaftlichen Vortrag hält, sondern über seine bzw. ihre bisherigen wissenschaftlichen Leistungen berichtet und Fragen der engeren Kommission beantwortet. Bei einer hinreichenden Bewährung in der jeweiligen scientific community ist ein zusätzlicher Vortrag vor in heterogenen Fakultäten - Nicht-Fachleuten überflüssig und eine Zumutung. Der Kommission steht es

frei, die Aussprache auf der Grundlage eines Fragenkatalogs zu führen, der sich an den Erfordernissen der beantragten Fachrichtung und den bisherigen wissenschaftlichen Leistungen des Bewerbers bzw. der Bewerberin ausrichtet. Die Aussprache ist, wie alle anderen Gespräche, nicht öffentlich und findet nicht im Rahmen des Habilitationsausschusses statt.

Alle vorgeschlagenen Änderungen scheinen mit dem Bayerischen Hochschulgesetz vereinbar. Diese kurzfristig möglichen Veränderungen sollten sobald wie möglich vollzogen werden, können jedoch keinesfalls die vorher skizzierten Reformen ersetzen.

Etwas Neues: Ein "Lernerwörterbuch" der deutschen Sprache

Produkt einer Kooperation zwischen Germanistik, Anglistik und Romanistik

Im Frühjahr 1993 erschien "Langenscheidts Großwörterbuch - Deutsch als Fremdsprache" (hrsg. von Dieter Götz, Günther Haensch, Hans Wellmann. Berlin/München 1993; Langenscheidt KG). Es stellt einen Typ von Wörterbuch dar, der für die deutsche Sprache neu zu entwickeln war. Neben den traditionellen zweisprachigen Wörterbüchern stehen einsprachige "Lernerwörterbücher" dieser Art - die besonders für die fortgeschrittenen Studenten bestimmt sind - bereits für das Französische (Dictionnaire du Français Contemporain) und das Englische (Advanced Learner's Dictionary; Longman Dictionary of Contemporary English; Collins Cobuild Dictionary of the English Language) zur Verfügung. In der Romanistik und Anglistik haben diese Lernwörterbücher einen festen Platz im Fremdsprachenunterricht. Viele kennen sie auch von der Schule her.

Daß es jetzt für die Deutschlernenden ein ähnliches Wörterbuch gibt, geht auf ein Forschungsprojekt zurück, das die Professoren Dieter Götz (Anglistik), Günther Haensch (Romanistik) und Hans Wellmann (Germanistik) 1985 gegründet haben. Sie konnten sich dabei auf einige besonders kluge und tüchtige Mitarbeiter stützen, die schon promoviert waren oder während der Arbeit an diesem Wörterbuch promoviert

haben. Die Augsburger Redaktion wurde dann von Dr. G. Jehle, später von S. Marwitz, M.A., geleitet. Ab 1989 übernahm der Langenscheidt-Verlag die weitere Bearbeitung und Schlußredaktion.

Man trifft - als Lexikograph - gelegentlich auf die Ansicht, daß es sich bei der praktischen Lexikographie eigentlich gar nicht um Forschungsarbeit handle; denn es werde ja nur aufgeschrieben, was ohnehin schon da, d. h. bekannt sei, nämlich die Sprache. Lexikographen, die eine solche Arbeit einmal auf sich genommen haben, denken darin jedoch anders. Sie neigen aufgrund ihrer Erfahrungen eher der Meinung zu, daß es kaum etwas Schwereres gebe. Nun: die Beschreibung der Wörter und der Konstruktion dieser Wörter entspringen dem Vorhaben, ihren Gebrauch im ganzen zu erklären. Dafür muß man also schon dieses Ganze genau kennen und auch etwas darüber wissen, wie sich (nicht-finite) Mengen von Wortverwendungen auf einen oder mehrere Nenner bringen lassen, und zwar so, daß eine annähernd gleiche Behandlung aller Wörter von A-Z gewährleistet ist und daß die Art, in der es geschieht, annähernd dem aktuellen Sprachgebrauch von heute entspricht. So ergibt sich von vornherein eine ganze Reihe von theoretischen und praktischen Problemen, die sowohl die

Analyse des Materials als auch dessen Beschreibung betreffen. Die Lösung dieser Probleme stellt dann das Konzept des Wörterbuchs dar.

In einem Wörterbuch sucht man nun nicht nur nach einzelnen Wörtern, die man nicht oder nicht richtig versteht, sondern auch danach, wie eine bestimmte Situation oder der Teil einer Situation sprachlich bewältigt wird. Bei dem Wort *Paß* z. B. ist noch nicht besonders viel mit der Erklärung "Personalausweis; amtliche Ausweiskunde für Reisende" (s. Duden-Fremdwörterbuch) gewonnen. Man braucht vielmehr die Kontexte, auf die das Wort verweist. Sie sagen etwas über die Situationen, in denen es gebraucht wird. Darüber informieren vor allem die Kollokationen *einen Paß beantragen, ausstellen, verlängern, einziehen, vorzeigen, verlangen*. Damit sind also die typischen und realen Verwendungsmöglichkeiten eines Passes erfaßt. Weitere Hinweise geben z. B. die im Sprachgebrauch verankerten Zusammensetzungen, in diesem Falle also etwa *Paßkontrolle, Reisepaß* usw.

Wortinformationen dieser Art helfen also schon dabei, die Situationen sprachlich zu bewältigen, in denen man dieses Wort (*Paß*) gebrauchen kann. Für solche Sachverhalte ist also eine Art der Beschreibung zu entwickeln, die - freilich in gebotener Kürze - typische Verbindungen und Verwendungen (z. B. auch im Hinblick auf Subjekt, Objekt, Adverbiale usw.) angeben. Eine besonders kurze und prägnante Darstellung des Wichtigsten ist deshalb erforderlich, weil die Angaben in einem Lernerwörterbuch ja auch so beschaffen sein sollen, daß sie der Lernende leicht(er) behält (mnemotechnischer Gesichtspunkt). Den Kollokationen entsprechen auf der syntaktischen Ebene der Beschreibung die Satzmuster, nach denen Wörter mit Substantiven (in einem bestimmten Kasus; mit einer bestimmten Präposition), mit Adverbialen usw. verbunden werden. Hinweise dieser Art sind notwendig, damit Fehler bei der Satzbildung vermieden werden. Eine solche Wortsyntax ist nicht nur bei Verben zu berücksichtigen, z. B. bei *passieren* die Konstruktion *etwas passiert jemandem*, sondern auch bei Substantiven (bei *Hoffnung* z. B. die Konstruktion *Hoffnung auf*

Glasnost

Gitarre die: -, -n; ein Musikinstrument mit sechs Saiten, das man mit den Fingern od. mit e-r kleinen Plasticscheibe spielt. G. spielen, j-n auf der G. begleiten; zur G. singen) | K.: Gitarren-, -solo, -spieler, -verstärker | K.: Bab., Elektro-, Rhythmus- Gitarren | der: -en, -en; -d-der (überl.) Gitarre spielt | K.: Bab., Solo- | NB: der Gitarrenist; den, dem, des Gitarrenisten | hierzu Gitarrenistin die: -, -nen

Gitter das: -, -e; eine flache Konstruktion aus senkrechten u. waagrecht. Stäben, mit der man bes. Öffnungen (Fenster, Türen, Schächel) versperrt od. Heizkörper od. verkleidet | K.: Gitter-, Gitter-, -stab-, -tür, -zaun | ID hinter Gitter kommen ins Gefängnis sein

Gitterbett das: ein Bett bes. für kleine Kinder, das aus den von Stäben umgeben ist, damit das Kind nicht hinausläuft

Glace (glas) die: -, -n; 28 = Speiseeis

Glacehandschuh (glas set) der: nur in j-n mit Glacehandschuhen anfassend gespr.; j-n sehr vorsichtig u. höflich behandeln, um ihn nicht zu beleidigen od. zu kränken

Gladia (glad) (gladiator) der: -s; Gladiatoren: nst.; -d-, der im alten Rom in der Arena mit e-r Waffe gegen Menschen od. wilde Tiere kämpfte

Gladole (gladole) die: -, -n; e-e Blume mit großen (trichterförmigen) Blüten in leuchtenden Farben

Glanz der: -es; nur Sg. 1 der G. + Gen / von etw. das Licht, das von e-m glatten Gegenstand zurückgestrahlt wird | der G. des Diamanten; der G. von Gold; von Haaren) | K.: Glanz-, -lack-, -leder-, -papier | K.: Seiden-, Silber- 2 das Leuchten vms

Glascherbe Abb. unter Stück 2 ein Trinkgefäß aus G. (1) (mit seinem G. anstoßen; die Gläser klirren) | K.: Bier-, Cognac-, Schnaps-, Sektk., Wasser-, Wein-, Kristall- 3 | Pl Glas Gläser die Menge e-r Flüssigkeit, die in ein G. (2) paßt; ein G. enschenken, austrinken | Sie hat schon drei Glas Gläser Wein getrunken 4 ein Behälter aus G. (1) für Marmelade o. a. | Auf dem Regal stehen Gläser mit Kompott | K.: Einkoch-, Marmeladen- 5 mit Pl: ein geschlossenes Stück G. (1) für e- Brille; ein konkaves, konvexes G. | e- Brille mit dicken Gläsern | K.: Brillen- 6 kurzw. Fernglas | K.: Opern- ID zu tief ins G. geschaut haben; ein G. über den Durst getrunken haben | spr. um: zu viel Alkohol getrunken haben | zu f. glasartig 40

+ Akkusativ) und Adjektiven (bei *glücklich* z. B. *glücklich über* + Akkusativ). Das sind Hinweise zum korrekten Satzbau. Selbst bei Verben wie *einlaufen*, die jeder zu kennen glaubt, entstehen für den Lexikographen aufgrund ihrer unterschiedlichen Konstruktionen (und Kollokationen) oft Schwierigkeiten, besonders in dem Bemühen, sie kurz und knapp zu codieren (vgl. z. B. *neue Schuhe einlaufen*; *der Pullover läuft ein*; *das Wasser läuft ein*; *ein Schiff läuft in den Hafen ein*; *eine Mannschaft läuft auf das Spielfeld ein*; *der Athlet läuft in die Zielgerade ein*; *ein Antrag läuft bei der Behörde ein*; *ein Sprinter läuft sich ein*).

Die Art, in der all das in einem Lernerwörterbuch beschrieben werden kann, ist eine schwierige Frage. Eine weitere Schwierigkeit entsteht dadurch, daß die Worterklärung - adressatenbezogen - "einfach und verständlich" sein soll. Und im Sinne solcher Verständlichkeit ist es natürlich erwünscht, daß man für die Wortklärung einen Wortschatz wählt, der so einfach ist, wie es irgend geht; deshalb sollte insbesondere der Grundwortschatz dafür verwendet werden. Aber: je mehr der Lexikograph auf (spezielle) Wörter mit einer differenzierteren Bedeutung verzichtet, desto komplizierter wird erfahrungsgemäß die Syntax der Erklärung; sie wird länger und weniger überschaubar. Deshalb war es - für die Lexikographie des Deut-

43

schen - auch notwendig, neue Definitionstypen zu entwickeln. Als eine besonders zweckmäßige Lösung dieses Problems erschien es, die einfache und deshalb vom Grundwortschatz her manchmal auch schlichte Bedeutungsdefinition durch Kontexte zu ergänzen, insbesondere die Verwendung in Satzmustern, Kollokationen und typische Konstruktionsweisen. Diese Kontexte tragen dann zur Differenzierung der Bedeutungsangabe bei. Ähnliche Aufgaben kommen auch den zitierten Beispielen zu. Aber auch die Hinweise zur Wortbildung können dabei helfen. Wenn bei dem Substantiv *Kanne* z. B. die Komposita *Kaffee-, Tee-, Milch-, Ölkanne* angeführt sind, dann sagt das auch etwas über die unterschiedliche Verwendung gegenüber dem bedeutungsverwandten Wort *Krug* aus, bei dem man die Komposita *Bier-, Wein-, Maßkrug* u. a. findet. Durch das Zusammenfügen solcher Elemente, aus denen sich im Ganzen die "Wortumgebung" zusammensetzt, entsteht eine Art integrativer Gebrauchsbeschreibung, die nötig wird, wenn man über die typische Bedeutungsdefinition im zweisprachigen Wörterbuch (durch Paraphrase und Synonyme) hinausgeht.

Jeder glaubt zu wissen, was zum Wortschatz einer Sprache gehört. Dabei stellt dieser jedoch keine so feste Größe dar, daß man etwa den Umfang durch Zahlenwerte angeben kann. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Einer ist, daß ständig neue Wörter aufkommen. Sie werden nach bestimmten Regeln neu gebildet, aus anderen Sprachen entlehnt oder durch Verschiebungen und Übertragungen innerhalb des vorhandenen Inventars geprägt. Das ist ein Grund dafür, daß die wichtigsten Muster und Regeln der Wortbildung eigens in dieses Wörterbuch eingetragen worden sind. Das beginnt schon mit der Form von Zusammensetzungen, bei denen die Verbindungsfuge festgelegt ist. Nach *Terrasse* steht z. B. in Komposita immer ein *-n-*: *Terrasse-n-türen* usw., nach *Arbeit* immer ein *-s-*: *Arbeit-s-zimmer* usw. Besonders wichtig ist wohl auch, daß die häufigsten produktiven Mittel der Wortbildung durch Präfixe und Suffixe erfaßt sind. Deshalb bekommen die Bildungssilben *ab-, an-, auf-, un-, zuwider-* usw. ebenso einen eigenen Eintrag für den Verbereich wie die Endungen *-heit, -schaft, -(er)ei* für den Bereich des Substantivs und die Bildungssilben *-haft, -bar* usw. für die Wortart des Adjektivs. Auch Übergangsformen ("Affixoide") wie *-gerecht* (in *normen-, sachgerecht* usw.) oder *-muffel* (in *Krawatten-, Gurtmuffel* usw.) erhalten eigene Einträge, so daß man sie alphabetisch nachschlagen kann.

Auf diese Weise ist es dem Benutzer dann auch möglich, die Form und Bedeutung von Wörtern wie *situationsgerecht* zu erschließen, die sich in einem solchen einbändigen Wörterbuch wegen ihrer geringen Häufigkeit nicht unterbringen ließen. Allein für die Zusammensetzung mit *her-, herab-, heran-, herauf-, heraus-, herüber-, herunter-, hervor-, hin-* hätte man ein eigenes umfangreiches Wörterbuch schreiben können. Es kam also immer wieder darauf an, mit wenigen Worten viel zu sagen. Es ist natürlich nicht leicht, dies in einer Zeit zu tun, in der sich die Neigung immer mehr ausbreitet, mit viel Worten wenig zu sagen.

Der Zweck des Wörterbuches erforderte bei der Auswahl des Wortschatzes eine Konzentration auf die Gegenwartssprache. Wenn hier auf 1.200 Seiten immerhin 66.000 Stichwörter erfaßt sind, so zeigt dieser Zahlenvergleich schon, daß bei der Auswahl der Stichwörter ein Drahtseilakt erforderlich war, insbesondere wo es um Wörter ging, die schon veraltet sind, oder um (Fach)Ausdrücke aus Fachsprachen, die durch die Medien in den allgemeinen Sprachgebrauch transportiert werden. In schwierigen Fällen entschied darüber die Frequenz, d. h. die Häufigkeit der Wörter in Probetexten und in eigenen Registern der Worthäufigkeit ("Frequenzregistern").

Über die sieben Jahre Arbeit, die uns dieses Projekt gekostet hat, und auch über die zahlreichen Rückschläge, die man dabei einstecken mußte, ließe sich noch viel berichten. Erwähnenswert ist vielleicht der Aspekt, daß jede Verbesserung, die zur Lösung von Einzelproblemen beitragen konnte, auch Folgen in bezug auf die Gesamtkonzeption hatte. Sie mußte sich auf ähnlich gelagerte Fälle übertragen lassen oder mit ihnen zusammenstimmen. Andere Konsequenzen betreffen die Darstellung in diesem Wörterbuch im Vergleich zu den Normwörterbüchern des Deutschen. Im Aussprachewörterbuch des Duden wird z. B. für das Wort *Detektiv* für den Beginn der zweiten Silbe ein "t" angegeben, auch wenn jeder (bis auf den Duden) "Dedek..." spricht. Die bevorzugte Aussprache für *Lampion* ist lt. Duden die mit dem französischen Nasalvokal am Ende. Für Deutschlernende ist nun einmal der Duden die höchste Instanz der deutschen Sprache, und jede noch so geringe Abweichung hiervon ist brisant in bezug auf die Konsequenzen. Deutschlernende scheinen oft auch zu glauben, daß man das "beste" Deutsch in der Gegend um Hannover spreche, also dort, wo man von zwei Zeitungen als "zwei

Zeitung(n)" spricht und die Zahl "85" so klingt: "fümmnachtsich". Demgegenüber wird versucht, die regionalen Besonderheiten der Standardsprache gleichmäßig zu berücksichtigen. Das betrifft auch die Grammatik. Wenn in Süddeutschland, in der Schweiz und Österreich für die Perfektform gewöhnlich *ist gestanden* statt *hat gestanden*, *ist gesessen* statt *hat gesessen* gebraucht wird, dann muß das natürlich angemessen in einem Wörterbuch berücksichtigt werden, das auch in diesem Sinne das Ziel verfolgt, einen "mittleren Sprachzustand" zu dokumentieren.

Das Erscheinen dieses Lernerwörterbuchs zeigt, daß die Lexikographie in der Philosophischen Fakultät II

einen besonderen Schwerpunkt in der Romanistik, Germanistik und Anglistik hat - wo u. a. auch an Abbildungswörterbüchern, an Kontextwörterbüchern, an lexikographischen Darstellungen des regionalen Sprachgebrauchs usw. gearbeitet wird; und es beweist auch, daß die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Fächern dem Ganzen zugute kommen kann. So wird dieses interdisziplinäre Wörterbuch auch einen Beitrag zur Kooperation zwischen den Lexikographen der einzelnen Fächer leisten und darüber hinaus natürlich etwas dazu beitragen, daß sich die internationale Verständigung verbessert, wo sie sich der deutschen Sprache bedient.

Hans Wellmann

Der Sozialstaat auf dem Prüfstand

Sozialethiker tagten vom 13. bis zum 15. Mai in Mönchengladbach

In eine Epoche weitreichend verstärkter, aber durchaus gegensätzlicher Kritik an der sozialstaatlichen Realität in der Bundesrepublik fiel die diesjährige, von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach in jährlichem Turnus veranstaltete Tagung der Sozialethiker des deutschsprachigen Raumes. Das Tagungsthema "Probleme der sozialen Sicherungssysteme" assoziierte einerseits die plakative These vom "Zuviel des Sozialen", von den "Grenzen des Sozialstaats" und seiner Finanzierbarkeit, vor allem im Zusammenhang mit den Reizthemen Lohnnebenkosten, Standort Bundesrepublik, Pflegeversicherung und Explosion der Gesundheitskosten. Auf der anderen Seite war verstärkte Nachdenklichkeit im Zusammenhang mit den neuesten Ergebnissen der Erforschung der Armut in der Bundesrepublik Deutschland zu registrieren.

Der Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach, Heinz Feldhege, der die mit angesehenen Wissenschaftlern und Experten aus dem sozialethischen und sozialpolitischen Bereich besetzte Konferenz im Rathausaal der Stadt begrüßte, konnte mit Beispielen expansiver sozialer Kostenbelastungen im kommunalpolitischen Bereich andeuten, was der Leiter der Tagung, Professor Anton Rauscher, Augsburg, in die grundlegende Frage nach der Finanzierbarkeit des Systems sozialer Sicherung unter den bestehenden Strukturen überführte. Seiner Einschätzung zufolge entstehe unter den Auspizien derzeitiger konjunktureller Einbrüche in Deutschland eine Situation, welche die Aufgabe einer neuen Gesamtorientierung der sozialen Problembereiche in Politik, Ökonomie, Recht und Ethik erfordere.

Nach dem einleitenden Referat von Professor Arno Anzenbacher, Mainz, der die "rechtlich-ethischen

Voraussetzungen des modernen Sozialstaates" erläuterte, kam den Ausführungen von Professor Heinz Lampert, Augsburg, über den "Sozialstaat auf dem Prüfstand" eine Schlüsselposition zu. Mit dem Kenntnisstand des Altmeisters der sozialpolitischen Zunft legte er zunächst die unbestrittenen Vorteile des sozialstaatlichen Systems der Bundesrepublik Deutschland dar, das soziale Sicherheit durch die weitreichende Abfederung der Grundrisiken des Lebens vermittele und konkrete Freiheit zur "erlebten Wirklichkeit" werden lasse, um dann bestehende Defizite des sozialen Sicherungssystems deutlich zu benennen, wie die Problemgebiete Pflegeversicherung, grundgesetzwidrige Besteuerung des Existenzminimums, Entstehung neuer Armutsstrukturen. Angestoßen vom Schlagwort der "Grenzen des Sozialstaats" gehe es um eine Reform des bestehenden sozialstaatlichen Systems, das sowohl der Summe der zu sichernden Grundwerte gerecht wird, als auch an den Grenzen der



Jenseits der ernsten und drängenden "Probleme der sozialen Sicherungssysteme", um die es bei der Sozialethiker-Tagung in Mönchengladbach ging, bewahrten sich die beiden Augsburger Tagungsteilnehmer, die Professoren Heinz Lampert (links) und Anton Rauscher, zumindest am Rande der Diskussionen offensichtlich ihren Sinn für Heiterkeit.

Fotos: Losinger

volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Maß nimmt. Erforderlich sei die nachhaltige Beachtung der Prinzipien des "subsidiären Sozialstaates" und gleichgewichtiger "Ordnungskonformität von Sozial- und Wirtschaftspolitik."

Um die Analyse und Beschreibung konkreter Felder der sozialstaatlichen Sicherung ging es im Anschluß an die beiden Grundsatzreferate. Zuerst bei Professor Richard Hauser, Frankfurt, der aufschlußreichste Erkenntnisse über die "Struktur und Ergebnisse der Caritas-Armutsuntersuchung" präsentierte, nachzulesen in einer soeben erschienenen Publikation des Deutschen Caritasverbandes (Arme unter uns - Ergebnisse und Konsequenzen aus der Caritas-Armutsuntersuchung, Freiburg i. Br. 1993). Gegen das weitverbreitete Vorurteil von der Zwei-Drittel-Gesellschaft leben in der Bundesrepublik, gemessen an der Gesamtbevölkerungszahl, derzeit etwa 10% arme Menschen, deren monatliches Einkommen die definierte Armutsgrenze von 586,- DM dauernd unterschreitet, zuzüglich einer Quote von ca. 2% verdeckter Armut. Professor Joachim Genosko von der neugegründeten wirtschafts-



wissenschaftlichen Fakultät der Universität Eichstätt in Ingolstadt referierte unter der provokanten Fragestellung "Hinkt der Generationenvertrag?" über markante Probleme der Alterssicherung, insbesondere der gesetzlichen Rentenversicherung.

Professor Günter Neubauer, Neubiberg, widmete sich anschließend den Schiefen des Krankenversicherungssystems. Seine systematische Diagnose zur Frage "Wie krank ist das Gesundheitswesen?" griff einerseits die bedeutendsten Symptome der Erkrankung des Gesundheitswesens auf, besonders diejenigen Faktoren, deren Relevanz und Wirkung eine effektive Kostendämpfung im Gesundheitswesen trotz nachhaltiger Interventionen des Gesetzgebers laufend verhindert. Andererseits präsentierte er mit der Insiderkompetenz des Sachverständigenrates beim Bundesministerium der Gesundheit interessante und abgewogene Perspektiven für eine zwar langsame, aber nicht hoffnungslose Therapie des Patienten "Gesundheitswesen", die sowohl die Patienten und Versicherten, als auch die Leistungserbringer und Krankenkassen in die Verantwortung integriert.

Nochmals um das Thema Armut ging es abschließend im Referat von Professor Heinrich Pompey, Freiburg, der nach den grundlegenden Fakten der Caritas-Armutsuntersuchung die "psychosozialen Aspekte von Armut und Verarmung" darlegte. Er verwies insbesondere und nachdrücklich auf die psychischen Motivations- und Solidaritätseffekte im Kontext des sozialen Sicherungssystems, die für verarmte, sozial im Abseits gelandete und nicht selten in den Teufelskreis von Sucht, Drogenabhängigkeit, Kriminalität und tiefe persönliche Hoffnungslosigkeit abgeglittene Men-

schen einen rettenden Strohalm bedeuten und für den Versuch neuer gesellschaftlicher Integration unerlässlich sind.

In der von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle, Mönchengladbach, unter Federführung von Professor Anton Rauscher herausgegebenen Schriftenreihe "Mönchengladbacher Gespräche" werden die angeführten Beiträge in Kürze nachzulesen sein.

Anton Losinger

Schulsport im Abseits?

Stundenstreichungspläne des Freistaates sorgen für Brisanz beim 7. Augsburger Sportgespräch

Tradition hat mittlerweile das Augsburger Sportgespräch, das der Lehrstuhl für Sportpädagogik in Zusammenarbeit mit dem Bezirk Schwaben des Bayerischen Landessportverbandes (BLSV) nun bereits zum siebten Mal ausgerichtet. In diesem Jahr fand die Veranstaltung - wie gewohnt als Podiumsdiskussion unter Beteiligung des Forums - zum Thema "Schulsport" statt. Brisanz gewann die Veranstaltung durch die aktuellen Stundenstreichungspläne des Freistaates Bayern. Dennoch sollten in erster Linie der pädagogische Stellenwert sowie die Wert- und Zielorientierung des Schulsportes im Mittelpunkt des Gesprächs stehen.

Rektor Prof. Dr. Reinhard Blum konnte rund 120 interessierte Zuhörer - von Studenten über Lehrer bis zu Verbandsfunktionären - begrüßen. Besonders erfreulich war die Tatsache, daß auch BLSV-Präsident Prof. Dr. Peter Kapustin von der Universität Würzburg als Gast den Weg nach Augsburg gefunden hatte. Bernd Kränzle, Landtagsabgeordneter und als schwäbischer BLSV-Vorsitzender Mitveranstalter des Sportgesprächs, mußte in seiner Begrüßung leider den ursprünglich als Podiumsteilnehmer angekündigten Kultusminister Hans Zehetmair entschuldigen.

Prof. Dr. Helmut Altenberger, Augsburger Ordinarius für Sportpädagogik, betonte als Gastgeber und Moderator zu Beginn der Podiumsdiskussion, daß ungeachtet der aktuellen Probleme, mit denen der Schulsport konfrontiert ist, sein pädagogischer Stellenwert den ursprünglichen Überlegungen folgend im Mittelpunkt des Gesprächs stehen sollte. Dementsprechend stellte Altenberger einleitend kurz einige Aspekte des Themas "Sport als pädagogische Aufgabe" dar und ging dabei auch auf den Wandel des Schulsport-Begriffs im Laufe der Jahrzehnte ein.

Der Sportverein als Alternative?

Der Reigen der Expertenstatements eröffnete die Schulreferentin der Stadt Augsburg, Elfriede Ohrmberger. Sie bedauerte einerseits die für das kommende Schuljahr geplanten Stundenkürzungen, wollte hier andererseits gleichzeitig aber auch eine Chance dafür sehen, daß ein geplantes Kooperationsprojekt Schule - Sportverein nun besser zum Tragen kommen wird. Aus ihren Erfahrungen als Schulreferentin und aufgrund einer Studie über den Tagesablauf von Hauptschülern wußte die Stadträtin zu berichten, daß diese in ihrer Freizeit "erschreckend inaktiv" seien. Sie setzte ihre Hoffnungen deshalb auf ein neuartiges Zusammenspiel von Schule und Verein und darauf, daß sich aus diesem Zusammenspiel neue Qualitäten für das sportliche Verhalten von Schülern ergeben werden.

Das Thema an sich zu eng gefaßt und die Bildungspolitik im allgemeinen in Gefahr sah Beate Schabert-Zeitler, die Vorsitzende des gemeinsamen Elternbeirates für Grund- und Hauptschulen der Stadt Augsburg: Der Sportunterricht laufe derzeit in falschen

Bahnen; er entwickle sich immer mehr zum "Sporttourismus" - "eine Stunde Fahrt ins Eisstadion und zurück, bleiben noch 30 Minuten zum Eislaufen" - und werde in der Lehrerschaft nur noch als "Anhängsel" gesehen. Daher ihre Forderung an die Politik: Der Fachlehrer muß wieder eingeführt werden, um die Qualität des Sportunterrichtes zu verbessern. Die Zukunft der Kinder dürfe nicht unter finanzpolitischen, sondern sie müsse in erster Linie unter bildungspolitischen Gesichtspunkten gesehen werden.

Schulsport - Gesundheit - Sozialverhalten

Der Sportmediziner Dr. Achim Neumayr sieht den Schulsport schon lange im Abseits. Als Indiz führte er die zunehmenden Bewegungsmangelkrankungen an, die bei Erwachsenen immer früher auszumachen seien. Motorische Schäden, die aus Bewegungsmangel resultieren, träten in immer jüngeren Jahren auf; häufig seien sie nicht mehr reversibel, weil zur Regeneration wichtige Bewegungsimpulse und -reize, wie der Schulsport sie geben sollte, fehlen. Die Schule benötige qualifiziertes Personal, das diese Impulse und Reize setzen kann. Die Streichung von Sportstunden laufe lediglich auf eine Kostenverlagerung von der Schul- auf die Gesundheitspolitik hinaus. Zu wenig beachtet werde auch die wichtige Rolle, die der Sportunterricht für das Erlernen von Sozialverhalten spiele: Bewegung sei ein wichtiges Mittel zur Streßbewältigung und zum "Abbau der Langeweile", sie beuge insofern u. a. einem Abgleiten der Kinder und Jugendlichen in die Kriminalität vor.

Sportlehrer zwischen Verantwortung und Resignation

Als Sportlehrer vermochte OStR Günther Schädle, Memmingen, nicht mehr zu erkennen, wo in der aktuellen bildungs- und finanzpolitischen Diskussion der Wert des Sportes eigentlich noch Berücksichtigung finde. Schulsport dürfe sich nicht auf "Trillerpfeifensport" reduzieren; er habe vielmehr die wichtige Aufgabe, den Kindern eine neue Erlebnis- und Lebenswelt zu erschließen. Für 60% der Schüler gebe es außerhalb der Schule keinerlei sportliche Betätigung; nur in der Schule könne also der Grundstein für das künftige Bewegungsverhalten gelegt werden. Vom Sportlehrer verlange dies Aufgabe "Knochenarbeit" in Form von Einzelzuwendung; im Grunde sei sinnvoller Unterricht nur in Kleingruppen möglich. Der Lehrer müsse deshalb die Möglichkeit erhalten, freie "pädagogische"

Stunden als aktive Bewegungspausen zu gestalten, in denen er selbst nicht als Autorität, sondern als "Helfender" in Erscheinung tritt.

Mit Resignation sah Siegfried Reiser, BLSV-Kreisvorsitzender im Unterallgäu und selbst Lehrer, die augenblickliche Situation des Schulsports. Mangelndes Interesse bei Schülern und Lehrern, mangelhafte Ausbildung der Lehrer, zu wenig qualifiziertes Personal und fehlende Sportstätten seien Ursache dafür, daß bereits jetzt der differenzierte Sportunterricht, wie er 1978 an bayerischen Schulen eingeführt worden ist, nur noch mit halber Kraft durchgeführt werde. Die augenblickliche rein finanzpolitisch ausgerichtete Diskussion verleite, so Reiser, zu der polemischen Forderung, den Sportunterricht doch gleich auf regelmäßige Bewegungspausen mit Gymnastik und Entspannungsübungen zu reduzieren.

Vier Wochenstunden unverzichtbar

Daß der Schulsport tatsächlich im Abseits steht und immer weiter ins Abseits hineingerät, war das deprimierende Fazit des Podiumsgesprächs, das auch in der offenen Diskussion mit dem Forum bestätigt wurde. BLSV-Präsident Prof. Dr. Peter Kapustin forderte hier nochmals eindringlich, die Problematik vom Kind bzw. vom Jugendlichen her zu sehen. Tatsache sei, daß 40% aller Kinder in ihrer Motorik und ihrem Verhalten Auffälligkeiten zeigten; gleichzeitig sei durch Studien belegt, daß sportlich engagierte Schüler von solchen Auffälligkeiten weniger betroffen und für das Abgleiten in Kriminalität oder in die Rauschgift- und Radikalenszene weniger anfällig seien. Man müsse sich vor diesem Hintergrund fragen, ob ein Schultag mit sechs Theoriestunden im Endeffekt wirklich mehr bringe als nur fünf Stunden Theorie mit einer einstündigen Bewegungspause. Es stehe jedenfalls fest, daß der Vereinssport den Schulsport nur ergänzen, nicht aber ersetzen könne. Deshalb sei eine Verbesserung der Lehreraus- und -fortbildung erforderlich; der Fachlehrer müsse wieder eingeführt werden; es gelte, "pädagogische Freiräume" zu schaffen, die Ausstattung zu verbessern und den Zugang zu vorhandenen Sportstätten zu erleichtern. Unverzichtbar sei vor allem die Beibehaltung eines Pflichtsportunterrichts mit vier Wochenstunden.

Neben der Resignation angesichts des finanzpolitischen Stundenstreichkonzerts wurde in der Diskussion vor allem auch das Gefühl des "Alleingelassenseins"

deutlich, das bei denen um sich greift, die sich für den Schulsport verantwortlich fühlen und engagieren. In diesem Gefühl bestätigt sah man sich durch den Umstand, daß angesichts der Absage von Staatsminister Zehetmair ein kompetenter Ansprechpartner aus der Politik fehlte oder zumindest zu fehlen schien. Denn schließlich war zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar war, daß Bernd Kränzle - als schwäbischer BLSV-Vorsitzender, wie gesagt, Mitveranstalter und Teilnehmer des Sportgesprächs - als Wissenschaftsstaatssekretär in die Bayerische Staatsregierung berufen

würde. Aufgrund dieser Entwicklung darf man nun aber wohl davon ausgehen, daß die Ergebnisse, die die Augsburger Diskussion erbracht hat, in den Überlegungen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst gebührende Beachtung finden werden. Dem Schulsport wäre dies nur zu wünschen. Denn andernfalls wird er "weiter zu den Stiefkindern der Bildungspolitik" (Ommo Grupes) gehören und aus dem Abseits, in dem er längst steht, nicht mehr herauskommen.

Christian Doser

10 Jahre Videolabor

"Qualität vor Quantität" beim Informationstag zum Jubiläum



Dr. B. Podehl berichtete über aktive Medienarbeit an der Universität der Bundeswehr München.

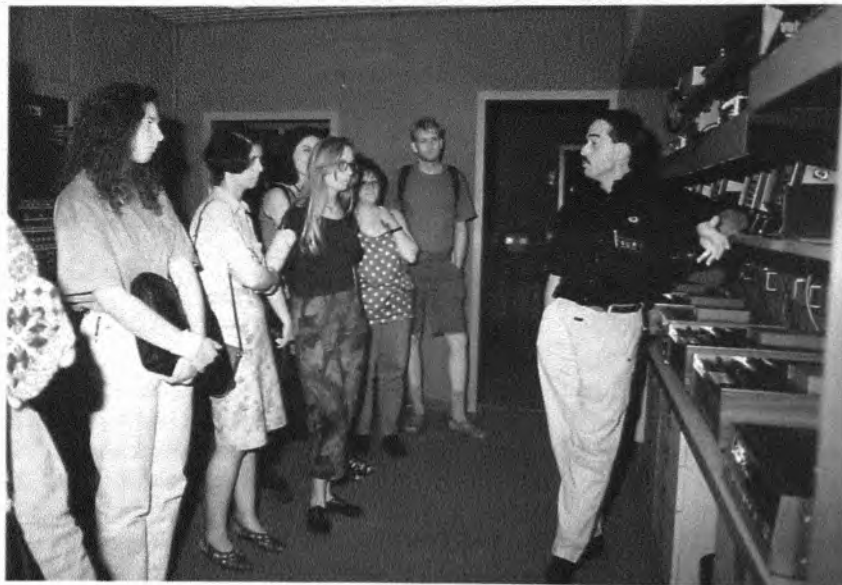
Foto: Baier

Zum zehnjährigen Bestehen des Videolabors der Philosophischen Fakultät I hatten dessen Mitarbeiter, allen voran Dr. Gerhard Bittner, Dr. Lutz Mauermann und Alfred Späth, am 9. Juni 1993 zu einem Informationstag über "Videoarbeit in Lehre und Forschung" geladen. Den ganzen Tag über bestand Gelegenheit, sich über die Anwendungsbereiche der Videotechnik

in Lehre und Forschung zu informieren. Peter Strobl von der LMU München und Dr. Bernd Podehl von der Universität der Bundeswehr München gewährten Einblick in ihre tägliche Arbeit mit der Videokamera. John C. Olford von der Firma NCR Augsburg und Dipl.-Psych. Michael Henninger von der Universität München demonstrierten, wie die Videotechnik durch ihre Einbindung in Computerprogramme in Zukunft multimedial zur Schulung und Weiterbildung eingesetzt werden könnte. Anhand von Videoeinspielungen verstanden es die Referenten, die allesamt Kooperationspartner des Videolabors sind, ihre Vorträge anschaulich zu gestalten.

Dem Anlaß entsprechend wurde selbstverständlich auch die Entstehung und bisherige Entwicklung des Augsburger Videolabors dargestellt. Dr. Bittner, der Leiter der Einrichtung, erinnerte an die Anfänge in der Schillstraße, die geprägt waren von der Auseinandersetzung mit dem "neuen" Medium Video, das für alle Mitarbeiter Neuland war. Der erste Videorecorder, den es in Augsburg gab, stand bezeichnenderweise in der damaligen Pädagogischen Hochschule, die dann in der Universität aufging.

Video-Beispiele aus der mittlerweile zehnjährigen Produktionstätigkeit verdeutlichten den Besuchern, wie sich die Technik inzwischen fortentwickelt hat und welche Bereiche die Arbeit des Videolabors abdeckt: Das Aufgabenfeld reicht von der Unterrichts-



Der Tag der offenen Tür ermöglichte den Blick ins Innenleben des Videolabors.
Foto: Baier

mitschau für die Lehrerausbildung über die Aufzeichnung und Übertragung von Vorlesungen oder Festakten bis hin zur Filmerstellung mit interessierten StudentInnen und externen Nutzern. Gerade die über die Jahre hinweg konstante Nutzung des Videolabors für die Unterrichtsmitschau ließ Dr. Mauermann in seinem Rückblick zu dem Schluß kommen, daß das Videolabor von seiner Existenzberechtigung nichts eingebüßt habe. Dies hoben auch der Prorektor Ulich und der Prodekan der Philosophischen Fakultät I, Prof. Dr. Dr. Werner Wiater, in ihren Grußworten hervor. Sie würdigten die "erfolgreiche Arbeit des Videolabors", die über die Grenzen Augsburgs hinaus bekannt sei.

ten gelegen haben: der kleine Hörsaal 2106 war mit durchschnittlich 20 Personen (einschließlich Referenten und Helfern) reichlich unterbesetzt. Selbst bei den angebotenen Führungen durch das Videolabor und der Non-stop-Vorführung ausgewählter Filmproduktionen, die das Programm abschloß, konnten sich die drei studentischen Hilfskräfte nicht über zuviel Arbeit beklagen. Und wenn sogar kostenloser Kaffee und Kuchen nicht locken können, rettet nur das Resümee, das Dr. Bittner zog: "Nicht Quantität, sondern Qualität entscheidet."

Jörg Bradtke

Die Mitarbeiter hätten gezeigt, daß es trotz des ständigen Mangels an Personal und Sachmitteln durch Engagement und Freude an der Arbeit möglich sei, ein "insgesamt hohes Niveau der vollendeten Produktionen" zu erreichen.

Der Besucher-"Andrang" stand leider in keinem Verhältnis zum Engagement der Verantwortlichen bei der Realisierung dieses Informationstages. Mag es nun am Badewetter oder am folgenden Feiertag oder an den "nur" hundertfach verschickten Einladungen und geklebten Plakaten

Schmidsche Buchhandlung

Gegründet 1740

FACHLITERATUR FÜR TECHNIK –
BAUWESEN – EDV – ARCHITEKTUR

Maximilianstraße 43 Telefon (0821) 51 98 18 Telefax (0821) 51 46 36

Wie in Österreich Waschmittel, Zigaretten und Flüge an den Mann gebracht werden

Wien-Exkursion des Augsburger Marketing-Lehrstuhls

"Vergessen Sie alles, was Sie bisher über Marketing gelernt haben!" John Roussel, Head of Sales & Marketing bei *Lauda Air*, sorgte nicht als einziger für Überraschungen aus der Praxiswelt, in die 44 Marketing-Studentinnen und -Studenten und vier Assistenten zusammen mit Prof. Dr. Heribert Gierl, Lehrstuhl für Marketing, während ihrer Exkursion nach Wien vom 21. bis 23. Juni 1993 hineinschnupperen. Bei drei ausgewählten Firmen standen Vorträge und lebhaft Diskussionen mit Schwerpunkt Marketing auf dem Programm.



Gruppenbild bei *Lauda Air*

Foto: Lehmann

Der Besuch bei *Henkel Austria* stand ganz im Zeichen des Umbruchs im Osten und Südosten Europas hin zur Marktwirtschaft. Die österreichische Tochter des deutschen Waschmittelriesen ist - neben ihrem Stamm-Markt Österreich - verantwortlich für die Staaten Polen und Ungarn, für die Tschechische und die Slowakische Republik sowie für Slowenien und Kroatien. Gemeinsam sind diesen Märkten insbesondere die geringe Kaufkraft der heimischen Binnenwährungen und die hohen Inflationsraten. Wie diesem Problem im Bezug auf Produktgestaltung und Werbung durch *Henkel* begegnet wird, schilderten den Besuchern aus Augsburg Vorstandsmitglied Thumser und der zuständige Produktmanager Knoll.

Den Weg vom Rohtabak zur Zigarette erklärte während einer Besichtigung des Werkes Hainburg des Noch-Monopolisten *Austria Tabak* Werksdirektor Fischer. Im anschließenden Gespräch erläuterte Dr. Stalitzer, Leiter der Abteilung Internationale Wirtschaftsdokumentation, das Distributionssystem für Zigaretten und andere Tabakprodukte in Österreich. Breiten Raum nahm die Thematik des geplanten EG-Beitritts Österreichs ein, bei dem *Austria Tabak* seine Monopolstellung schrittweise verlieren wird.

Nach dem Konsumgüter- und dem Genußmittelsektor stellte sich den Studentinnen und Studenten mit *Lauda Air* ein waschechter Dienstleister vor. "Service is our success" - dieser Slogan prägt das Selbstverständnis der "etwas anderen Airline". Ursprünglich als Charter-Fluggesellschaft gegründet, ist *Lauda Air* mittlerweile auch im Linienverkehr engagiert. Dabei steuert Gründer und Namensgeber Niki Lauda nicht nur die Geschäfte in Wien, sondern er ist auch als Pilot für seine Airline aktiv. Durch die Konzentration auf ausgewählte Routen und nicht zuletzt durch eine Kooperation mit Lufthansa glaubt sich *Lauda Air* gut gerüstet, um im Wettbewerb der Fluglinien bestehen zu können.

Doch nicht nur Business stand auf dem Programm der Studierenden und ihrer Betreuer, auch Kultur war angesagt. Bereits auf der Hinfahrt wurde das Benediktiner-Kloster Melk an der Donau besichtigt. Ein Teil der Gruppe nutzte zudem die Chance, das Erfolgsmusical "Das Phantom der Oper" zu besuchen. Und es versteht sich wohl von selbst, daß in einer Stadt, die ein Bermuda-Dreieck besitzt und Grinzing zu ihren Vororten zählt, auch das gesellschaftliche Leben nicht zu kurz kam.

Martin Lehmann/Michael Feil

Otto Scheinhammer - Leben und Werk

Von Gertrud Roth-Bojadzhiev

Hinter einem so gefährlich alles und nichts sagenden Titel wie "Leben und Werk" verbirgt sich meist die Zuordnung von biographischen Daten, die im Ablauf eines individuellen Lebens als markant erschienen, zu der chronologischen Entstehungsreihe bildnerischer Werke, einschließlich der Bemühungen um eine Wertung. Dieses Primitivgerüst hat durchaus seine Qualitäten, erster Informationsrahmen zu sein für ein hochkomplexes Gefüge, nämlich Leben, und es wird erstellt, um die immer wiederkehrenden Fragen nach Äußerungsformen innerhalb der Kunst und der Wirklichkeitsinterpretationen durch Kunst in ihrer spezifischen Zeit und im Epochenvergleich beantwortet zu bekommen. Dazu stehen dem, der so etwas unterfan-



"Sie gefiel ihm, er wollte sie - wie sich das so für einen Maler gehört - zeichnen, und über manches Hindernis hinweg wurde aus der anfänglichen Porträtzeichnung eine Ehe". Otto Scheinhammer: "Die Frau des Malers" (Ausschnitt).

gen will, unterschiedliche Auskünfte zur Verfügung: das Anschauen und Interpretieren der Bilder selbst, Daten und Zeugnisse zum Lebenslauf, Namen, Verweise, gesammelte Anekdoten, gesammelte Pressestimmen und dergleichen mehr.

Zuerst eine dürre Datenreihe: Geboren 1897 in München, 1912-16 Lehre als Tischler, anschließend Heeresdienst, 1920/21 Zeichen- und Malunterricht, dann bis 1923 Akademiebesuch bei Carl-Johann Becker-Gundahl in München, ab 1926 ausgedehnte Reisen und Ausstellungen, 1928-31 erster Ceylonaufenthalt, 1940-45 wiederum Heeresdienst, 1948 Heirat und Übersiedlung nach Augsburg, wiederum zahlreiche

Reisen, verstorben im Jahr 1982. Innerhalb eines solchen Datenrahmens ereignet sich für jeden Genannten ein ganz menschliches Leben mit allen Chancen und Widrigkeiten. Im Falle des Malers Otto Scheinhammer hatte dieses Leben per Schicksal teilzunehmen an zwei Weltkriegen und schweren Zeiten. Es war gekennzeichnet von einem starken Willen, sich über Bilder zu äußern und einen risikoreichen Ausdrucksberuf zu wählen. Wurde es in der ersten Lebenshälfte eher einsam, strikt auf die eigene Arbeit bezogen gelebt, einschichtig (wie die Mundart so treffend sagt), so wurde es 1948 begleitet und beheimatet von der Augsburgerin Maria Sabine Scheinhammer. Die beiden lernten sich im Luftschuttkeller kennen. Sie gefiel ihm, er wollte sie - wie sich das so für einen Maler gehört - zeichnen, und über manches Hindernis hinweg wurde aus der anfänglichen Porträtzeichnung eine Ehe.

Fragen an ein bildnerisches Werk

Man kann an solch ein Leben und Werk natürlich noch andere Fragen stellen, auch auf die Gefahr hin, bei

weitem nicht alle beantwortet zu bekommen. Solche Fragen wären: Wie artikuliert sich künstlerische Begabung in einer von materieller Bescheidenheit bestimmten und nicht bildungsbürgerlichen Familie? Wo und wie erwirbt sich dieser Mensch sein Handwerkszeug als Maler, welche Bedingungen findet er dafür vor, welche Konventionen, welche Wertsetzungen? Welche Lebenszufälle und Begegnungen ereignen sich in der Biographie und welche Spuren hinterlassen sie im Werk? Gibt es bildnerische oder verbale Äußerungen, die auf ein Programm, eine theoretische Lehre hinweisen? Gibt es als charakteristisch zu benennende Darstellungen und Bildfindungen im Sinne einer individuellen Entwicklung? Welchen Stellenwert bekommt das gesamte Werk nach dem heute möglichen Vergleich mit der Kunstentwicklung in Deutschland seit der Jahrhundertwende, die ja in vielen Experimenten und Richtungen völlig neues Terrain für Maler erkundete? Und eine andere Frage stellt sich ebenfalls: Wer hat dieses Leben begleitet, wer hat diesen spezifischen Menschen gemocht in allen Eigenheiten, wer hat Last auf sich genommen und alle die Bedingungen akzeptiert, die ein eigenwilliger und auf sein Werk bezogener Mensch setzt, wenn man mit ihm zusammenleben will? Aus diesen und anderen möglichen Fragen sei im folgenden Weniges ausgewählt, worin Aspekte zum Leben und Werk Otto Scheinhammers zu finden sind.

Vorbilder und deren Kunstauffassung

Jeder, der sich das Malen und Zeichnen als Profession in den Kopf gesetzt hat, braucht einen besonderen und hartnäckigen Ausdruckswillen für dieses Medium, visuelle Begabung im Sinn von erhöhter Aufmerksamkeit für Formen und Farben in einem Gesichtsfeld. Und er braucht Unterweisung und Förderung. Außerdem beginnt und lernt dieser Jemand ja nicht in einem Vakuum, sondern umgeben von einer Fülle bereits vorhandener Bildwerke. Darüber hinaus gibt es für die meisten Generationen sowohl handwerklich als auch theoretisch eine Art von Lehrsystem, das Werte, Bildinhalte, Motive, Zugriffsweisen vorgibt oder zumindest einen eigenen Aktionsrahmen setzt. Scheinhammer zeigte offensichtlich von Kind an eine starke Neigung zum Zeichnen und Malen. Angeregt durch den Vater, besucht er Münchner Museen, vor allem die Neue Pinakothek, die eine umfassende Sammlung der Kunst des ausgehenden 18. und 19. Jahrhunderts ausstellte mit Betonung auf eine lange Reihe Münchner Maler und Akademielehrer wie Piloty, Makart, De-



Otto Scheinhammer: "Der Maler"

fregger, Grützner, Lenbach, Diez, Trübner, Zügel u.a. Sowohl für diese bereits renommierten Maler und Lehrer als auch für deren Schüler hieß künstlerische Begabung zu zeigen zunächst, geschickt im realistischen Abbilden einer erfahrbaren oder zumindest aus Erfahrungsstücken zusammengesetzten Wirklichkeit zu sein. Via Bildfläche wurden dramatische oder ruhevollere, heitere und idyllische heroische oder historische Sekundärwelten hergestellt mit allen Anforderungen an den Künstler, mit seinen Mitteln diese Realismusillusion vor Augen zu führen. Weder Scheinhammers Herkunftsmilieu noch seine Lehrer noch der größte Teil des damaligen Publikums unterzogen diesen Auftrag der Kunst irgendeinem Zweifel. Tradiert und mit Wert besetzt waren auch die Kategorien der auszuwählenden Motive und die Technik. Genrebilder aus dem Bürger- und Bauerntum, Landschaften, Städteansichten, Stilleben, Porträts, historische Figuren oder allegorische Gestalten waren die unterschiedlichen Vermittlungsebenen.



Künstlertgattin und Kunsthistorikerin: Maria Sabine Scheinhammer im Gespräch mit Gertrud Roth-Bojadzhiev. Foto: Hagg

So findet sich schon im Frühwerk Otto Scheinhammers das Bauernmädchen in Tracht nach altdeutscher Manier ebenso wie die besondere Zuwendung zur heimischen und südlichen Landschaft in ihren atmosphärischen Stimmungen, wobei dieses Sujet Tradition in der Münchner Malerei hatte. Vielleicht nicht zufällig zeigen sich einige Parallelen in der Wahl des Raumausschnitts zu Carl Rottmann. Solche Bilder, wie sie die Tradition von Akademie und der periodisch erscheinenden Sezessionen bestimmten, sind in der Mehrzahl gekennzeichnet von einem deutlichen Harmoniestreben, die Widersprüchlichkeiten und Gefährdungen der menschlichen Existenz in ein ruhiges, oft idyllisches, heiteres und auf Naturbeobachtung hingefügtes Gefüge aufzulösen. Dabei ist innerhalb der heute zu überprüfenden Bilder vom Meisterwerk bis zur hübschen Harmlosigkeit alles mögliche gemalt worden.

Dieser Kunstauffassung ist Scheinhammer ein Leben lang treu geblieben. Landschaften und Menschen in der Natur, Städte in ihrer landschaftlichen Lage, in ihrem Licht, ohne große Dramatik, in Ruhe und unspektakulären Situationen sind sein Gesamthema. Dabei traf ihn selbst genug Dramatik. Er verlor 1932 beim Brand des Glaspalastes und 1944 bei der Bombardierung Münchens einen Großteil seines Werkes. Sehen, Auswählen von Ansichten, Verarbeiten im Sinne der analogen Erstellung auf der Malfläche von realistisch erfahrbaren Orten und Situationen, die

Nacharbeit im Atelier blieb die immer wiederkehrende Sequenz von seiner Arbeit.

Die Stellung der Landschaftsdarstellung in Scheinhammers Werk

Jemand, der das Malen und Zeichnen zur Profession nimmt, braucht wohl immer wieder starke visuelle Reize. Die Begegnung mit völlig anderen landschaftlichen Räumen gehört für viele Künstlergenerationen zum Berufsweg. So durchzieht die europäische Kunstgeschichte eine endlose Zahl von Italienfahrten. Unter den neuen Bedingungen von Farben, Formen, Licht und beim Anschauen der Stätten, die Zeugnis gaben von einer idealisierten Antike, sollte Malen neu erfahren werden. Ein berühmtes und reichlich oft zitiertes Beispiel ist die Äußerung Paul Klees in seinen Tagebüchern zur Tunisreise 1914, wo er die Erfahrung der Farbe durch die Landschaft hymnisch beschreibt.

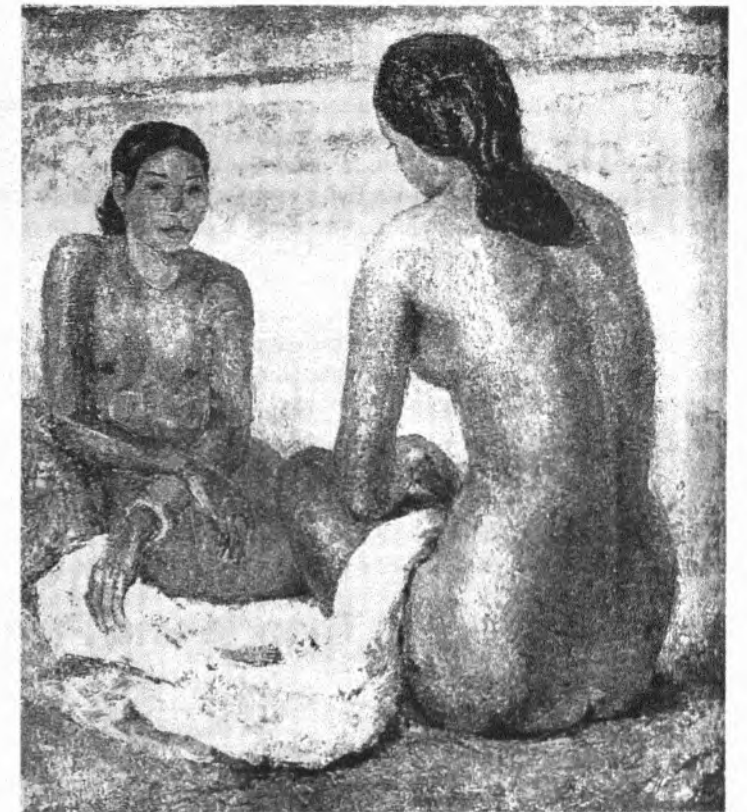
Scheinhammer hat diese Erfahrung des fremden Raumes ein Leben lang immer wieder gesucht. Die Verarbeitung der landschaftlichen und architektonischen Räume macht einen großen Teil des Werks aus, wobei ihm vor allem die Wiedergabe des Lichts über die Farbe und das Widerspiel von Fläche und Tiefenillusion interessierte. Er reiste von 1924 an nach Mittel- und Süditalien, nach Sizilien, Dalmatien, Holland, Ceylon, Ägypten, Spanien, Marokko und Griechenland. Sein Werk ordnet sich direkt nach den Reisen. In manchem Ortssuchen mag die Erfahrung aus der Pinakothek eine Rolle gespielt haben. Unter dem Licht des pazifischen und mediterranen Südens, mit den Farben einer anderen geologischen und botanischen Welt gelang ihm die Veränderung der dunkeltonigen akademischen Malauffassung und der oft effekthaschenden starken Figur-Grundunterscheidungen, auch die Ablösung aus der idealisierten Bäuerlichkeit. Er findet zu hellen, warmen oder frischen Farbklangen, die Analogien anbieten für die Qualitäten von Licht, Luft, Wärme, Feuchtigkeit oder trockener Hitze. Die Motive werden im Freien so ausgesucht, daß sich meist eine besondere Zusammenschau ergibt zwischen den Elementen "Wasser, Erde und Luft" oder "Mensch und natürliche Umgebung".

Scheinhammers Werk im Kontext der Kunst von Zeitgenossen

Wie schon gesagt, hatte Scheinhammer teil an schwierigen Zeitläufen und himmel- und wertestürmenden Veränderungen innerhalb der bildenden Künste. Hier seien nur zwei kleine Schlaglichter gesetzt. Im Anschluß an die Ausrufung eines freien Volksstaates Bayern im November 1918 kommt es in München zur Konstituierung eines Aktionsausschusses revolutionärer Künstler und eines revolutionären Schülerausschusses in der Kunstgewerbeschule. Im April 1919 werden die Professoren der Akademie vom Dienst suspendiert und die Akademie selbst kurzfristig geschlossen. Die schweren Auseinandersetzungen finden Gestalt in vielen Zusammenkünften, sozialkritischen Graphiken, in programmatischen Aufrufen, Karikaturen und im Entstehen von Zeitschriften. So bilden z.B. die Münchner Neuesten Nachrichten Holzschnitte von Alois Wach ab mit Arbeitsporträts im Stil der Brückemaler, d. h. die Betonung der bildnerischen Aussage liegt auf einem flächenhaften Muster, das in ausdrucksstarker Überbetonung aus scharfen Linien z.B. einen Kopf entstehen läßt.

Weder von dieser noch von einer subtileren Revolution findet sich eine erkennbare Spur im Werk Scheinhammers, obwohl er Zeuge dieser Zeit war. So hatte sich in München mit der Künstlergruppe "Blauer Reiter" eine Kunstauffassung zu Wort gemeldet, die sich radikal von der herkömmlichen unterschied. Indem einige Mitglieder dieser Gruppe, wie Kandinsky und Marc, bis zur gegenstandslosen Malerei vorstießen, stellten sie jeden abbildenden Wert und die Nachgestaltung der materiellen Welt in Frage. Scheinhammer war keiner dieser Himmelsstürmer. Er blieb ein Beobachter und Dokumentierer des Gesehenen.

Dennoch ging die künstlerische Entwicklung nicht an ihm vorbei. In vielen Bildern vor und nach dem Zweiten Weltkrieg finden sich auch bei ihm Tendenzen der avantgardistischen Suche nach neuen Lösungen. Gerade in einzelnen Ceylonbildern fällt die Neigung zum Abstrahieren auf: Differenzierte Einzelheiten werden



Otto Scheinhammer: "Aus Ceylon"

vernachlässigt zugunsten von Ganzheiten, die alle Teilbereiche zum Beispiel einer Pflanze summarisch zusammenfassen. Ebenso findet sich die Auflösung materiell schwerer Gegenstände im Licht, so daß ein impressionistisches Fließen von lichtreflektierenden Farbspuren entsteht, obwohl Mauern, Felsen, Wasser, Sand und dergleichen repräsentiert werden. Auch die Illusion des Tiefenraumes auf der Malfläche, ein Diktum der tradierten Malerei, wird in einem langen Prozeß modifiziert. Obwohl Scheinhammer nie raumhafte Darstellungen aufgibt, finden sich doch vor allem in den Ägypten- und Griechenlandbildern der Nachkriegszeit Ansätze dazu, der Wahrheit der Bildfläche mehr Gewicht zu verleihen und die Farbflächen zu einem ausdrucksstarken Muster zu verzahnen.

Künstlertgattinnen und ihre Leistungen

Beschäftigt man sich mit den Arbeitsbedingungen von Malern, falls diese gut dokumentiert sind, so findet sich häufig hinter Person und Werk eines Malers das

Um bei der praxisnah aggressiven Metapher zu bleiben: An der Universität lernt man zum einen nicht schießen, sondern die Chemie und Physik der Explosion, ballistische Kurven, die Mechanik des Schießgeräts usw.; und zum anderen lernt man nicht auf ein konkretes Objekt zu zielen, sondern darüber nachzudenken, was ein (sinnvolles) Ziel ist, welche anderen Ziele es gäbe und was passiert, wenn man danebenschießt ... Theorie ist ein Zu-sich-kommen der Praxis, im Doppelsinn das Nachdenken der Praxis - und das erfordert Abstand von der Praxis. Wer eine Berufslaufbahn ergreift, hat noch 40 Jahre Praxis vor sich: Ist es vertane Zeit, 5 Jahre des Lebens der vorbeugenden Einübung von Reflexionsverfahren zu widmen? Auch die Praxis hat ihre Theorien, sie weiß es nur nicht oder genauer: sie hat keine Zeit und keine Motivation, sie zu explizieren. In Sonntagsreden und Hochschulvorträgen betonen erfolgreiche Praktiker nicht selten, daß man "Querdenker" bräuchte, kreative Nonkonformisten, schöpferische Zerstörer, alternative Visionäre, die aber - und jetzt kommt's - zugleich effektiv, konstruktiv, auf dem Boden der Tatsachen usw. sein müßten.

Weshalb leisten sich funktional differenzierte Gesellschaften Ausbildungsinstitutionen, die weltfremd sind, d. h. die Welt des Bestehenden und Angerichteten verfremden? Damit man (d. h. diese Welt) auf andere Gedanken oder Handlungen kommt? Der Alltag läßt zu wenig Zeit, sich mit möglichen Alternativen zu konfrontieren; im Prozeß der Spezialisierung wird dies dann einer Institution delegiert, die sich nur noch damit beschäftigt. Führen die dort beschäftigten Reflexionsbeamten die Abspaltung ad absurdum oder perfektionieren sie sie bis ins Absurde? Die Universität muß unter Spezialisierungsdruck Facharbeiter oder

KLASSIK BÖHM & SOHN

Noten – Musikbücher
CDs – MCs – Konzertkarten

Ludwigstraße 15 – Telefon 50284-21

... man hört viel Gutes von uns!

Fachidioten produzieren, also Leute, die nur noch ihr Gebiet beherrschen. Generalisten werden die Leute sowieso in der Praxis, wo sie dann - um eine abgedroschene Formel zu zitieren - immer weniger von immer mehr und am Schluß gar nichts von allem verstehen.

Zum Beispiel Personalberatung: Würde man fordern, daß ein(e) Personalberater(in) das gesamte Personalwesen beherrsche, so würde man wohl in den über 1000 Personalberatungsfirmen der Bundesrepublik keine Person finden, die von sich behaupten könnte, Generalist(in) zu sein. Alle sind sie spezialisiert, entweder fachlich (wer hervorragender Headhunter ist, ist nicht zugleich Experte/Expertin in Personalinformationssystemen, ein(e) Spezialist(in) in Führungsfragen muß nicht auch die Details der Personalplanung kennen, hervorragende Personalentwickler(innen) sind noch lange nicht Koryphäen in Fragen der Gehaltsfindung oder des Arbeitsrechts ...) oder prozessual (d. h. sie begleiten, moderieren oder aktivieren Prozesse der Selbstorganisation).

Praxis ist nicht partikulär, sie ist nicht (so sehr) das geistreiche, wirksame und verantwortungsvolle Handeln einzelner Personen, sondern der Verbund der aneinander orientierten oder bloß aufeinander reagierenden Handlungen aller. In einer Angewandten Wissenschaft versucht Theorie diese Praxis zu verstehen.

Der Ruf nach Praxistauglichkeit ist auch der Ruf nach möglichst sofortiger Verwertbarkeit. Wer zahlt, schafft an. Wenn schon die teuren Universitäten, dann bitte Nutzen! Würden die Universitäten diesem Ruf folgen, tappten sie arglos oder beflissen in eine Falle: Sie können als spezialisierte Institution gar nicht praktisch sein, denn - wie gesagt - "die" Praxis gibt es nicht. Es erginge ihnen wie in der Geschichte vom Hasen und Igel: Wo immer die Theoriehasen hinhetzten, die Praxisigel wären schon längst da. Oder sollte man das Bild wechseln? Bis die Theorieschnecken die verschachtelten, rasch sich ändernden, unklar konturierten Praxisprobleme zunächst einmal auftragsgemäß definiert haben, um sie systematisch bearbeiten zu können, haben die Praxiswiesel schon längst daran den Appetit verloren und das nächste Objekt gesucht.

Man muß der Idealisierung von Praxis begegnen. Sie wird dargestellt als der Ort des bunten prallen Lebens, wo spannende action und sinnliche satisfaction jeden Tag zum Erlebnis werden lassen. Ihr gegenüber schaut

jede Theorie grau aus. Ist Praxis so? Ist nicht vielmehr der Alltag grau, die Routine geisttötend, das beständige Durchwursteln nervtötend, die Provisorien und Kompromisse frustrierend? Um noch eins draufzusetzen: So schrecklich mausgrau, steingrau, aschgrau kann Theorie gar nicht sein, wenn man sieht, daß alle großen Unternehmen sich ihre eigenen Theorieabteilungen einrichten, in denen Eier- oder Wasserköpfe spezialisiert (!) forschen, entwickeln, konzipieren, Systeme modellieren und implementieren - so daß die "wahren" PraktikerInnen der Linie gegen die weltfremden Zentralisten rebellieren und lean management fordern! Längst hat sich die Theorie-Praxis-Spaltung in den Unternehmungen selbst eingenistet, während gleichzeitig einzelne Universitätslehrstühle in einer vermeintlichen Flucht nach vorne sich der Praxis durch Anverwandlung andienen. Sogar die Fachhochschulen, die einst in besonderem Maße der Integration von Theorie und Praxis verpflichtet waren, theoretisieren sich und fordern das Promotionsrecht; "die Wirtschaft", die lauthals die Verkürzung der Studienzeiten fordert, besinnt sich, wenn ein listiger Rektor sie beim Wort nimmt und den Schnellschuß des bac. oec. anbietet, auf die alten akademischen Tugen-

den und bevorzugt die gründlich ausgebildeten (so, so) Voll-AkademikerInnen.

Fazit: Die Universitäten können und sollen nicht "praktisch" ausbilden. Weder eine Elite-, noch die vorherrschende Massen-Universität kann Praxis vermitteln. Das soll sie gar nicht, denn dann verlöre sie ihre Existenzberechtigung; die Praxis ist an der Universität nicht überbietbar. Die Universität soll Praxis studieren, aber nicht simulieren. Das Ideal der Freiheit von Forschung und Lehre meint nicht die Narrenfreiheit abgehobener Beliebigkeit, sondern fordert dazu auf, sich die Freiheit, zumindest einen kleinen Abstand, vom unmittelbaren Verwertungszwang herausnehmen. Als Produktivkraft ist Wissenschaft eminent praktisch: Die Praxis ist zu großen Teilen längst verwissenschaftlicht; man darf unter Praxis nur nicht das Durcheinander der je eigenen Erfahrungen verstehen. Die krasse Trennung zwischen Theorie und Praxis ist undialektisch. Praxis ist Herausforderung und Prüfstein für die Theorie, und diese kann der Praxis ein sowohl hilfreicher wie unbequemer Berater sein. Praxis und Theorie, nicht Praxis statt Theorie! Alleinherrschaft der einen oder anderen Seite wäre von Übel.

Romanisten ja, Theater nein ...

Bestimmt dreißig Leute drängeln an diesem schönen Maiabend in Hörsaal IV, viele "alte" Gesichter und erstaunlich viele neu(gierige). Das Romanistentheater stellt sein Projekt für 1994 vor und sucht (wie immer um diese Jahreszeit) Mitspieler/innen, Mitmacher/innen, Mitstreiter/innen. Nur Romanist/inn/en sind keine darunter. Null. Übrigens schon lange nicht mehr. Jedes Jahr dasselbe Bild.

In Seminaren zum modernen französischen Theater - Jarry, Anouilh, Becket, Ionesco - drängt man sich auch und zieht dem Seminarleiter buchstäblich den Stuhl unterm Hintern weg. Lauter Romanist/inn/en, versteht sich, à la recherche du Proseminarschein, und lauter nette, fleißige, höfliche, diskussionsfreudige, zuverlässige junge Leute. Doch wenn es darum geht, Theater, das nun mal zum Sehen und nicht zum Lesen geschrieben ist, in (natürlich freiwilligen, natürlich schweißtreibenden) freizeithlichen Abendstunden auf die Probe zu stellen, dann sind sie alle urplötzlich wie

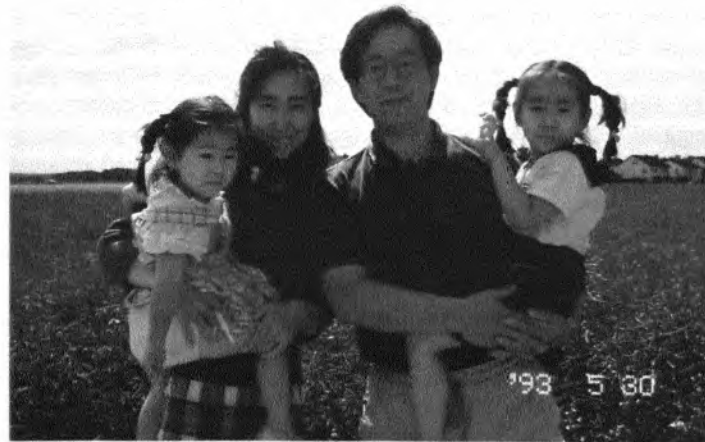
vom Erdboden verschluckt. Aber dafür gibt's ja auch keinen Schein; außerdem spielen die auf deutsch, also wo ist bitte der Nutzen? Und schließlich läßt sich mit derlei Tralala kein Blumentopf und schon gar kein Semester gewinnen. Tempus academicum fugit. Die Freundin sagt's, der KuMi sagt's und der zukünftige Arbeitgeber sagt's. Phantasie als schein-freier Luxus: Nein danke!

Für 1994 plant das Romanistentheater den Bürgerschreck KÖNIG UBU von Alfred Jarry aus dem Jahre 1896. "Ubus Habgier, Freßsucht, Eitelkeit und die Perversion herkömmlicher moralischer Kategorien haben eine staatliche Katastrophe ungeahnten Ausmaßes zur Folge", warnt die Literaturgeschichte (Jürgen Grimm, Das avantgardistische Theater in Frankreich, München 1983, S. 47). Also nichts für zukünftige bayerische Staatsdiener/innen. Quod erat demonstrandum?

Hanspeter Plocher

Im Zentrum der Inkunabeln

Der japanische Mediävist Akihiko Fujii erforscht die Augsburger Druckersprache im 15. Jahrhundert



Der japanische Mittelalter-Germanist Akihiko Fujii hat seine Familie nach Augsburg, ins "Zentrum der Inkunabeln", mitgebracht.

Foto: privat

Gast an der Universität Augsburg ist seit April dieses Jahres der japanische Mediävist Akihiko Fujii, der bis März 1994 hier an seiner Promotion über die "Augsburger Druckersprache im 15. Jahrhundert" arbeiten wird. Fujii, 1951 in Kika-ku/Tokyo geboren, studierte Germanistik (Mediävistik und Linguistik) an der Literaturwissenschaftlichen Fakultät der Waseda-Universität in Tokyo. Einen Lehrauftrag an dieser Universität, mit der die Universität Augsburg seit 1985 durch einen Kooperationsvertrag verbunden ist, unterbrach Fujii von September 1982 bis März 1984 für einen Studienaufenthalt an der Universität Bonn. 1986 wurde er Außerordentlicher Professor an der Josai-Universität, an der er schon seit 1981 Dozent gewesen war. 1987 kehrte er als Außerordentlicher Professor an die Waseda-Universität zurück. Seit 1991 ist er dort ordentlicher Professor.

Fujiis frühe Publikationen beschäftigen sich mit theoretischen und forschungsgeschichtlichen Aspekten des Frühneuhochdeutschen. Seit 1988 konzentriert sich der japanische Sprachwissenschaftler auf intensive Quellenstudien. Im März 1990 besuchte er die Bayeri-

sche Staatsbibliothek in München und die Universität Augsburg, um vor Ort Material zu Druckwerken des 15. Jahrhunderts zu sammeln. Dieser Aufenthalt, bei dem er seinen Augsburger Kollegen Prof. Dr. Johannes Janota kennenlernte, ermöglichte Fujii eine intensive Beschäftigung mit den Druckern Günther Zainers. Die Befunde aus den graphematischen Untersuchungen der Druckwerke dieses ersten und bedeutendsten Augsburger Buchdruckermeisters führten u. a. zu einer Publikation über den Beitrag der Erfindung und Ausbreitung des Buchdrucks im 15. Jahrhundert zur Herausbildung der neuhochdeutschen Schriftsprache. Fujiis zentrale These lautet, daß die Buchdrucker bereitwillig den prestigeträchtigen "Teilus", also den in einer

Region oder bestimmten sozialen Schicht geltenden Sprachgebrauch, übernahmen; über das unter quantitativen wie qualitativen neuartige Medium Buchdruck habe sich dieser "Teilus" zum "Sozialus" verallgemeinert und sei so in die neuhochdeutsche Schriftsprache eingegangen. Fujii arbeitet nun daran, die an der Untersuchung von Zainers Graphemgebrauch gewonnenen Einsichten durch die Untersuchungen der Erzeugnisse anderer Augsburger Drucker dieser Zeit zu erweitern und zu bestätigen, um nachzuweisen, daß das Bestreben, der sprachlichen Einigung ein Zeichen zu setzen, das wesentliche Charakteristikum der gesamten Augsburger Druckersprache im 15. Jahrhundert ist.

Die Universität Augsburg bietet nach Ansicht Fujiis ideale Voraussetzungen für systematische Quellenforschungen auf seinem Arbeitsgebiet. Die hiesige Staats- und Stadtbibliothek, das Stadtarchiv, das Staatsarchiv Schwaben und v. a. auch die Oettingen-Wallersteinschen Bestände der Universitätsbibliothek beherbergen, so Fujii, einen Schatz an Wiegendrukken, der es rechtfertigt, Augsburg als "Zentrum der

Inkunabeln" zu bezeichnen. Außerdem schätzt der japanische Mittelalter-Germanist die Beratung und Unterstützung seiner Augsburger Fachkollegen Janota und Graser. Die Verbindung zur Arbeitsstelle "Frühneuhochdeutsche Grammatik" am Lehrstuhl von Professor Janota, der mit einigen anderen Augsburger Dozenten im September 1990 an einer Ringvorlesung

der Waseda-Universität beteiligt war, ermöglicht eine fruchtbare fachliche Zusammenarbeit. Für 1995 ist in Augsburg eine große Ausstellung zum Thema "Druckerkunst Augsburg" geplant, zu der die Dissertation von Akihiko Fujii einen gewichtigen Beitrag leisten wird.

UniPress/HD

Transformationsprobleme aus erster Hand

Professor Kotow von der Moskauer Akademie der Wissenschaften war Gast bei den Politikwissenschaftlern

Prof. Dr. Wladimir Kotow war im Sommersemester 1993 Gastprofessor am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft der Philosophischen Fakultät I. 1931 geboren, studierte Kotow in Moskau Volkswirtschaft und arbeitete anschließend im Ministerium für Außenwirtschaft. 1957 wechselte er an die Akademie der Wissenschaften in Moskau, wo er promovierte, sich habilitierte und bis heute in Forschung und Lehre arbeitet. Kotow unterrichtet darüber hinaus auch an der Moskauer Universität; daneben ist er für den Unternehmerverband der russischen Metropole tätig und auch journalistisch engagiert. Deutschland kennt der Wissenschaftler bereits von Studienaufenthalten an den Universitäten Kiel und Münster her, an denen er nach seiner Promotion mit Unterstützung des DAAD arbeitete. Seinen Augsburger Gastgeber, Prof. Dr. Theo Stammen, lernte er über sein Interesse für die "Freiburger Schule" kennen.

Kotow befaßt sich als Ökonom vornehmlich mit der Ordnungstheorie, d. h. der einer Wirtschaft inhärenten Ordnung und der Rolle und Funktion der einzelnen Systemelemente. Im Zuge von Perestroika und Glasnost unterstützte er die Demokratischen Bewegung in Rußland und wandte sein Interesse dabei den aktuellen Transformationsproblemen zu. Der Übergang von der Planwirtschaft und Zentralverwaltung zur Marktwirtschaft und Demokratie brachte viele, völlig neue ökonomische Fragen und Probleme mit sich. Dieser Entwicklung, die einen neuen wissenschaftlichen Bereich zur Folge hatte, gilt sein Interesse, sowohl unter ökonomischen wie unter politischen Gesichtspunkten. Die Frage, ob es ihn nicht gereizt hätte, in dieser Pha-

se des Neubeginns selbst politisch aktiv zu werden, verneint Kotow entschieden. Seine Funktion als Wissenschaftler und damit als kompetenter und vor allem objektiver Beurteiler sei in Zeiten der politischen Streitereien und Verschleierungen von Realitäten hinter Machtinteressen nötiger und wichtiger denn je.

Zusammen mit den Augsburger Politikwissenschaftlern Stammen und Mühleisen bot Kotow im Sommersemester als hervorragender Kenner der Verhältnisse in der ehemaligen Sowjetunion ein Seminar über die politische Entwicklung in Osteuropa, insbesondere in der GUS an. In dieser Veranstaltung standen Fragen der Nationen- und Staatenbildung sowie der zukünftigen Integration dieser Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion in das noch von Gorbatschow projektierte "gemeinsame Haus Europa". Mit dem Wandel der politischen Systeme der GUS-Staaten beschäftigte sich Kotow in einem weiteren Seminar; hier ging es um die verschiedensten Aspekte der Um- und Neuorientierung der ehemaligen Sowjetunion - von Gorbatschows Perestrojka als Einstieg in die Transformationsphase, über die Reformen von Jelzin und Gaidar, die sozialen Probleme der postkommunistischen Gesellschaft und die Nationalitätenprobleme in der GUS bis hin zu den politischen Parteien. Neben diesen beiden Seminaren bot Professor Kotow eine Vorlesung an, die allgemein über die aktuelle politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung in der GUS informierte.

Über die Perspektiven der Reformen in Rußland und der GUS insgesamt äußert sich Kotow zurückhaltend.

Sowohl die Bevölkerung wie auch die Staaten an sich befinden sich in dieser Übergangsphase in einer sehr schwierigen Situation. Es gebe jedoch keinen Weg zurück - im Gegenteil: ein Ende der Probleme sei vorerst nicht abzusehen und viele Schwierigkeiten müßten noch bewältigt werden - je schneller, desto besser. Die gewaltigen Fortschritte, die das Land bereits hinter sich habe, der existierende politische Pluralismus und die Mechanismen der Marktwirtschaft, die inzwischen etabliert seien, geben dem Moskauer

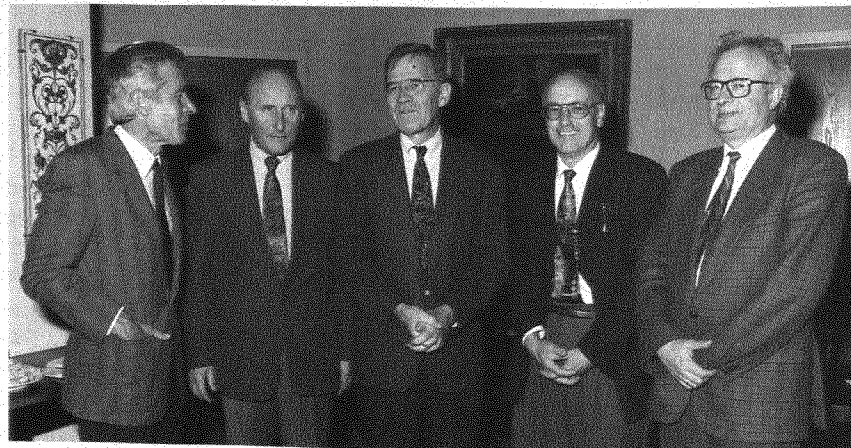
aber Hoffnung für die Zukunft seines Landes. Das Interesse der Augsburger Studierenden an diesen Themen sei groß gewesen und habe seine Erwartungen bei weitem übertroffen, resümiert der Gast aus Moskau. Welche angenehmen Erinnerungen er abgesehen von der Universität und den Augsburger Studenten mit nach Hause nehmen wird? Die Stadt insgesamt habe ihn begeistert, ganz besonders schön sei's im Siebentischwald und an der Kanustrecke gewesen.

UniPress/HD

James K. Lyon auf Bert Brecht-Gastprofessur

Der prominente Brecht-Forscher aus San Diego beeindruckte auch als akademischer Lehrer

Zum ersten Mal und gleich mit einem "Top-Mann der Brecht-Forschung" besetzt, war im Sommersemester 1993 eine von der Augsburger Universitätsstiftung finanzierte Bert Brecht-Gastprofessur an der Philosophischen Fakultät II. Inhaber war Prof. Dr. James K. Lyon von der University of California.



Beim "Einstand" des ersten Bert-Brecht-Gastprofessors der Universität Augsburg v.l.n.r.: Prof. Koopmann, Rektor Blum, Prof. Lyon, Brecht-Kreis-Vorsitzender Fritsch und Kanzler Köhler.

Foto: Ruff

Der 59jährige Germanist aus San Diego hat sich unter anderem mit Studien über Trakl, Celan und Karl Kraus und mit Forschungen zur deutschen Exilliteratur allgemein einen Namen gemacht. Insbesondere aber gilt er als der beste Brecht-Kenner in den Vereinigten Staaten. Ihm ist die Erschließung und Auswertung des weit verstreuten Quellenmaterials über Brechts amerikanische Emigrantenjahre zu verdanken. Der 1980 erschienene Band "Bertolt Brecht in Amerika" zählt neben weiteren einschlägigen Publikationen aus Lyon's Feder zur unverzichtbaren Standardlektüre für alle, die sich mit Brecht befassen.

Der Prominenz des Gastprofessors entsprechend war der Zuspruch, den seine Vorlesung und Seminare über die Dramen und die Lyrik Brechts bei den Augsburger Studentinnen und Studenten fanden. In der Person James K. Lyons war nicht nur ein profilierter Forscher zu erleben: Als Träger des unter amerikanischen Dozenten hochbegehrten "Outstanding Teacher Award" ist Lyon auch als exzellenter akademischer Lehrer ausgewiesen. Er hat, was seine Anziehungskraft mit erklären mag, zu alledem auch noch eine sehr einleuchtende und sympathische, hierzulande allerdings in die

Defensive geratene Vorstellung davon, was ein Studium erbringen, was eine Universität vermitteln soll: "Nicht vorrangig perfekte Berufsausbildung, aber Erziehung zu analytischem Denken und Selbstkritik, Sprachkompetenz, Auslandserfahrung, Sichauskennen in Mathematik, Computertechnik und geschichtlichen Zusammenhängen, kulturelle Bildung." In welchem wohlthuendem Kontrast steht dieses von einem profilierten Professor einer US-amerikanischen Spitzenuniversität formulierte Programm zu jenem entrüm-

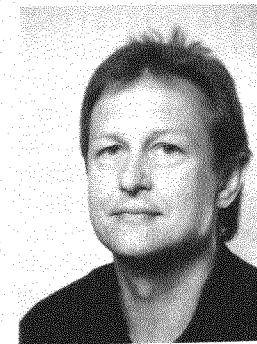
pelten, gestrafften, grundständig-praxisorientiert-berufsqualifizierenden Regelstudienzeitstudium, das die aktuellen deutschen Bildungs(ausgaben)reformkonzepte beherrscht!

In der Reihe "Bert Brecht an der Universität Augsburg" präsentierte sich Professor Lyon auch einem breiteren außeruniversitären Publikum: Thema seines öffentlichen Vortrags am 20. Juli war "Brecht in der DDR. Der Insider als Outsider".

UniPress

Neu an der Universität

In der Nachfolge von Prof. Dr. Peter Schulthess ist Prof. Dr. Werner Kießling neuer Inhaber des Lehrstuhls für Praktische Informatik II an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. 1953 in Schwarzenbach/Saale geboren, schloß Kießling sein 1973 begonnenes Studium der Informatik und Mathematik an der Technischen Universität München 1978 als Diplom-Informatiker ab. Er blieb dort zunächst als wissenschaftlicher Assistent, promovierte 1983 zum Dr. rer. nat. und war anschließend - unterbrochen von einem einjährigen Forschungsaufenthalt als DAAD-Stipendiat an der University of California at Berkeley (1984/85) - als Akademischer Rat



bis 1986 weiterhin an der TU München tätig. In den darauffolgenden drei Jahren leitete er die Forschung und Entwicklung eines verteilten deduktiven Datenbanksystems bei MAD Intelligent Systems GmbH, München/San Jose (Kalifornien).

Nach Vertretungen zweier C4-Professuren für praktische Informatik an der Universität Mannheim und der Ludwig-Maximilians-Universität München zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1991 wurde Kießling Extraordinarius für Datenbank- und Informationssysteme am Institut für Informatik der TU München. Die Forschungs- und Lehrschwerpunkte am Lehrstuhl Kießling umfassen Theorie und Praxis moderner Datenbanksysteme, objektorientierte Datenmodellierung sowie Synthese von Künstlicher Intelligenz und Datenbanken im Bereich der wissensbasierten Systeme. Besondere Bedeutung wird dabei einem raschen Technologietransfer zugemessen.

Rufe

Prof. Dr. Godwin Lämmermann (Lehrstuhl für Evangelische Theologie mit Schwerpunkt Religionspädagogik) hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Praktische Theologie an der Universität Bochum erhalten.

Dr. Gisela Schütz-Gmeineder (Technische Universität München) hat einen Ruf auf die C 3-Professur für Experimentalphysik mit Ausrichtung auf Strukturuntersuchungen von neuen Materialien und Oberflächen an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Augsburg angenommen.

Personalia

Der Präsident der Republik Österreich verlieh **Prof. Dr. Anton Rauscher** (Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre) das "Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse". Überreicht wurde die Auszeichnung am 31. März 1993 in München durch den Österreichischen Generalkonsul Dr. Anton S'egur-Cabanac.

Das in 11. Auflage vorliegende Standardwerk von **Prof. Dr. Heinz Lampert** (Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre IV) über "Die Wirtschafts- und Sozialordnung in der Bundesrepublik Deutschland", das bereits in einer spanischen und ungarischen Fassung vorliegt, ist nunmehr in englischer und russischer Sprache erschienen.

Dr. Klaus Offerhaus, Vizepräsident des Bundesfinanzhofs, ist vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst auf Antrag der Universität Augsburg zum Honorarprofessor an der Juristischen Fakultät für das Fachgebiet "Öffentliches Recht" bestellt worden.

Für seine Habilitationsschrift "Die Idee der postmortalen Persönlichkeit im römischen Testamentserbrecht" (Berlin 1992) wurde **Prof. Dr. Christoph Paulus** (Privatrecht mit Nebengebieten) im Rahmen des Wettbewerbs Gérard Boulvert mit der Medaille der Universität Sorbonne (Paris II) in Silber geehrt. Die Ehrung erfolgte anlässlich der Verleihung des Premio Romanistico Internazionale Gérard Boulvert am 12. Juni 1993 in Neapel.

Einem Antrag von **Prof. Dr. Klaus Mainzer** (Lehrstuhl für Philosophie mit Schwerpunkt Analytische Philosophie/Wissenschaftstheorie) entsprechend fördert die Deutsche Forschungsgemeinschaft einen Gastaufenthalt von **Dr. J. Talanga** in Augsburg. Dr. Talanga kommt vom Institut für Philosophie der Uni-

versität Zagreb. Er wird in Augsburg über den kroatischen Physiker und Naturphilosophen R. G. Boscovich (1711 - 1787) arbeiten.

Prof. Dr. Friedemann Maurer (Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Grundschuldidaktik) wurde als Gutachter in die vom Landtag Baden-Württembergs eingesetzte Enquete-Kommission "Die Lage des Kindes in der gegenwärtigen Gesellschaft" berufen.

Prof. Dr. Peter Hänggi (Lehrstuhl für Theoretische Physik I) hielt den Hauptvortrag über "Metastability and Hysteresis" auf einer gleichnamigen Tagung, die Anfang Juli 1993 in Edinburgh, England, stattfand.

Von Januar bis Juli 1993 erneut zu Gast bei **Prof. Dr. Friedrich Pukelsheim** (Lehrstuhl für Stochastik und ihre Anwendungen) war **Prof. Dr. Norman R. Draper** von der University of Wisconsin-Madison. Draper, der als einer der weltweit führenden Experten auf dem Gebiet der Versuchsplanung und Regressionsanalyse gilt, nahm dabei die zweite Hälfte eines Humboldt-Forschungspreises für Senior U. S. Scientists wahr, der ihm 1991 verliehen wurde. - Ebenfalls Gast am Lehrstuhl Pukelsheim war im Juli 1993 **Prof. Dr. Andrej Pázman** von der Comenius-Universität Bratislava. Pázman, dessen Arbeitsschwerpunkt im Bereich der Versuchsplanung und der nichtlinearen Modelle liegt, hatte vom Deutschen Akademischen Austauschdienstes im Rahmen der Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Slowenischen Republik ein vierwöchiges Stipendium erhalten. - Pukelsheim selbst organisierte im Mai 1993 zusammen mit seinen Kollegen Ching-Shui Cheng (Berkeley) und Dieter Rasch (Wageningen) im Mathematischen Forschungsinstitut Oberwolfach eine Tagung zum Thema "Design of Experiments: Optimality, Construction and Applications". Die 25 ausländischen und 17 deutschen Teilnehmerinnen und Teil-

nehmer referierten und diskutierten über die neuesten Ergebnisse zur Versuchsplanung und über deren Umsetzung in die Praxis.

Prof. Dr. Bernd Stritzker (Lehrstuhl für Experimentalphysik IV) ist zum Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Hahn-Meitner-Instituts, Berlin, gewählt worden. - Für das Projekt "Synthese superharter Materialien" haben Stritzker und **Dr. Matthias Schreck**

von der Deutschen Forschungsgemeinschaft eine Sachbeihilfe in Höhe von DM 212.000,- bewilligt bekommen. Von dieser Summe sind rund 184.000,- DM für ein Rasterkraftmikroskop mit Meßkopf bestimmt, das für die Dauer der Forschungsarbeiten als Leihgabe zur Verfügung gestellt wird. Aus dem Rest der bewilligten Summe sollen auf zwei Jahre eine studentische Hilfskraft, Verbrauchsmaterialien, anfallende Reisen und weitere Geräte finanziert werden.

Autoren

Gudrun Schönknecht, M.A.
(wiss. Mitarbeiterin/Augsburg)

Prof. Dr. Hildegard Macha
(Ordinaria für Pädagogik/Augsburg)

Prof. Dr. Dieter Ulich
(Ordinarius für Psychologie/Augsburg)

Prof. Dr. Hans Wellmann
(Ordinarius für Deutsche Sprachwissenschaft/
Augsburg)

Dr. Anton Losinger
(wiss. Assistent/Augsburg)

Christian Doser
(stud. phil./Augsburg)

Jörg Bradtke
(stud. phil./Augsburg)

Martin Lehmann/Michael Feil
(bac. oec./Augsburg)

Dr. Gertrud Roth-Bajadzhev
(Lehrerin für Kunstszziehung/Augsburg)

Prof. Dr. Oswald Neuberger
(Ordinarius für Psychologie/Augsburg)

Dr. Hanspeter Plocher
(Akad. Dir., Romanische Literaturwissenschaft/
Augsburg)

Impressum

UniPress Augsburg (ISSN 0937-6496)
herausgegeben im Auftrag des Senats der
Universität Augsburg - Auflage 4000

Geschäftsführende Chefredaktion:
Prof. Dr. Jochen Brüning (verantwortlich)

Redaktion und Organisation: Klaus P. Prem,
Heike Ditzler (HD), Silvia Reißner-Jenne (SRJ)

Redaktionskomitee:
Prof. Drs. K. Küppers, H. Reimann, J. Tenckhoff,
R.-D. Kraemer, K. Schröder, Dr. Ch. Bender,
Dr. R. Frankenberger, V. Sommitsch

Layout und Satz:
Herta Allinger, Heike Ditzler

Druck und Anzeigenverwaltung:
Presse-Druck- und Verlags-GmbH
Curt-Frenzel-Straße 2, 86167 Augsburg
Tel.: (0821) 7007-551

Redaktionsanschrift:
Pressestelle der Universität Augsburg,
Universitätsstraße 2, 86159 Augsburg
Briefanschrift: 86135 Augsburg
Tel.: (0821) 598-2094/-2096, Fax -5288.

hoffentlich

Kopp - Allianz

versichert



Fuggerstraße 26 (Allianz-Haus)
86150 Augsburg
Telefon 08 21 / 3 70 66
Telefax 31 16 00

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift UniPress erscheint im November 1993

Redaktionsschluß: 15. Oktober 1993

Anzeigenschluß: 29. Oktober 1993